

Sitzungsbericht

20. Sitzung der Tagung 1994/95 der XIV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich
Mittwoch, den 7. Dezember 1994

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 456).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 456).
3. **Spezialdebatte:** Gruppe 7, Wirtschaftsförderung - (Fortsetzung).
Redner: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 456), Abg. Dkfm. Rambossek mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 457), Abg. Breiningner (Seite 461), Abg. Keusch mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 464), Abg. Dr. Strasser (Seite 468), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 471), Abg. Preiszler (Seite 475), Abg. Dr. Bauer (Seite 476), Abg. Klupper (Seite 479), Abg. Marchat mit Resolutionsantrag (Seite 480), Abg. Lembacher (Seite 486), Abg. Gratzner (Seite 489), Abg. Schütz (Seite 490), Abg. Ing. Hofbauer (Seite 492), Abg. Dr. Prober (Seite 494), Abg. Rupp (Seite 496), Abg. Kurzreiter (Seite 498), Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 502), Abg. Ing. Wagner Josef (Seite 502), Abg. Hiller (Seite 503), Abg. Marchat (Seite 504).
Abstimmung (Seite 507).
4. **Spezialdebatte:** Gruppe 8, Dienstleistungen.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger (Seite 507).
Abstimmung (Seite 508).
5. **Spezialdebatte:** Gruppe 9, Finanzwirtschaft.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger (Seite 508).
Redner: Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 508), Abg. Treitler (Seite 511), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 512).
Abstimmung (Seite 513).
6. Dienstpostenplan 1995.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger (Seite 513).
Abstimmung (Seite 514).
7. Abstimmung über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995 als Ganzes (Seite 514).
8. Schlußwort des Finanzreferenten LR Mag. Freibauer (Seite 514).
9. Schlußworte des Präsidenten des Landtages, Mag. Romeder (Seite 515).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 9.00 Uhr*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es wurde nicht beanstandet und gilt demnach als genehmigt.

Von der heutigen Sitzung hat sich die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix entschuldigt. Ich darf, Hohes Haus, bekanntgeben, daß im Einvernehmen mit den zuständigen Ausschuß-Obmännern die Ausschüsse in bezug auf die Vorbereitung der Landtagssitzung vom 15. Dezember 1994 heute im Anschluß an diese Landtagssitzung stattfinden. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Ich bringe dem Hohen Hause folgenden Einlauf zur Kenntnis (*liest*):

Ltg. 244/B-37 - Vorlage der Landesregierung betreffend Gesetz über die Vollziehung der StVO 1960 durch die Bundespolizeidirektionen in Niederösterreich.

Ich weise diese Vorlage hiemit dem Verkehrs-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Wir setzen die Verhandlungen zum Vorschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 7 fort. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Mautner Markhof.

Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zuerst auf meinen Vorredner, Abgeordneten Preisler, kurz eingehen. Er hat sich gestern im Rahmen der Wirtschaftsdebatte sehr eingehend beschäftigt mit den illegalen Ausländern und mit den Grenzgängern. Und er hat gemeint, daß dadurch auf dem österreichischen und speziell auf dem niederösterreichischen Arbeitsmarkt gehörige Probleme entstehen. Ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen, Herr Abgeordneter Preisler, daß ich mich auch gegen jegliche Illegalität ausspreche. Es ist eine Schweinerei, egal, von welcher Branche, wenn man Arbeitnehmer beschäftigt und diese nicht anmeldet oder illegal Ausländer hier beschäftigt. Ich möchte aber auch sehr deutlich sagen, meine Damen und Herren, daß viele Branchen, viele Unternehmungen ihr Gewerbe nicht einen Tag ausüben könnten, wenn

es keine Ausländer gäbe, oder wenn keine ausländischen Arbeitskräfte zur Verfügung stünden. Natürlich müssen diese ausländischen Arbeitskräfte im Rahmen der Gesetze eingesetzt werden.

Mein eigentliches Thema ist aber die Wirtschaftspolitik des Landes und da im besonderen der Wirtschaftsstandort Niederösterreich. Niederösterreich präsentiert sich heute etwa folgendermaßen: Westlicher Leistungsstandard an den Grenzen zum Osten oder Brückenkopf zwischen EU und den neuen Demokratien Osteuropas. Niederösterreich bietet alle Vorzüge als Wirtschaftsstandort, wie hohe politische und soziale Stabilität, wirtschaftliche Dynamik, leistungsstarke Infrastruktur und unternehmerfreundliches Klima. Aufgabe der NÖ Landespolitik in diese Richtung ist, die Verbesserung der Rahmenbedingungen durch strategische Standort- und Wirtschaftspolitik zu erreichen. Hiefür ist wesentlich, die Verbesserung der Qualität der NÖ Wirtschaftsförderung durch möglichst effiziente Förderung mit folgenden Zielen: Verbesserung der Wirtschaftsstruktur als Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmungen am Markt, Unternehmensneugründungen und Impulse für Innovation, technologische Erneuerung sowie Forschung und Entwicklung. Und darüber hinaus noch als Spezialthema eine landesweite Sicherung der Nahversorgung.

Auf Initiative unseres Wirtschaftslandesrates Ernest Gabmann wurden die Förderungsrichtlinien entsprechend geändert. Und zwar aus folgenden Gründen: Weil es Anpassungserfordernisse bei der Wirtschaftsförderung durch den EU-Beitritt gibt. Weil es eine Neuabgrenzung der Förderzonen in Niederösterreich in Übereinstimmung mit den von der ESA anerkannten regionalen Fördergebieten gibt. Und wegen der Zielsetzung einer weiteren qualitativen Verbesserung der NÖ Wirtschaftsförderung als Grundlage für ein optimales regionales Wirtschaftswachstum. Für Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sowie für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die Schwerpunkte der neuen Förderung sind folgende: Investitionsförderung als Hauptquelle für betriebliche Strukturverbesserung durch folgende Maßnahmen. Unter bestimmten Voraussetzungen soll es möglich werden, die öffentliche Förderung für Investitionen von 50 % auf 75 % zu erhöhen. Der Ankauf von Baulichkeiten wird mit einbezogen und die Neueinteilung der Fördergebiete führt zu

einer Reduktion der Darlehenszinsen für den Förderungswerber. Zweitens: Die Innovationsförderung wird aufgestockt um 10 Millionen Schilling. Ein sehr wichtiger Punkt, weil gerade auf dem Sektor Forschung und Entwicklung bekanntlich die österreichische Wirtschaft hinter den europäischen Wirtschaftsräumen zurückliegt und die NÖ Wirtschaft im speziellen noch einmal hinter dem österreichischen Durchschnitt zurückliegt.

Ein dritter Punkt betrifft die Betriebsansiedlung. Es wird eine eigene Landesaktion eingeführt in Form von Arbeitsplatz- bzw. Investitionsprämien, Zinszuschüssen oder Direktdarlehen für die Betriebsansiedlung. Darunter versteht man die Übersiedlung eines Betriebes aus einem anderen Bundesland bzw. überhaupt die Neuinstallation eines Betriebes oder die Neugründung eines Betriebes. Warum, meine Damen und Herren, die Förderung überhaupt verstärken? Ich glaube, die Konkurrenz der europäischen Regionen durch die internationale Arbeitsteilung erfordert ganz einfach diese Verstärkung der Förderungen. Investitionen, meine Damen und Herren, werden in Zukunft genauso nur dort stattfinden, wo es Vorteile für den Unternehmer gibt. Immer höhere Mobilität bewirkt immer strengere Bewertung der Standortfaktoren.

Ich möchte jetzt kurz auf die Standortperspektiven von Niederösterreich eingehen. Wie stellt sich Niederösterreich im neuen Europa dar? Einerseits, wenn man es von der EU-Seite her betrachtet, sind wir eine Übergangsregion in Westeuropa. Und zwar zwischen den Kernregionen der EU und den entwicklungsschwachen Regionen am Rande. Wenn man es aber geographisch betrachtet, sind wir sehr wohl ein Zentralraum für Mitteleuropa. Niederösterreich hat alle Chancen, seine Lage zwischen Ost- und Westeuropa zur Entwicklung eines Zentralraumes zu nutzen. Voraussetzung dafür ist eine offensive Strukturpolitik, eine Förderpolitik. Die Infrastruktur ist ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor. Ganz besonders wichtig ist die Förderung und die Beistellung von hochrangigen Verkehrssystemen, Kommunikationssystemen und als zweiter Punkt ist natürlich unerlässlich das Ausbildungswesen, also das Humankapital. Der Faktor Transport und der Faktor Humankapital machen den Entwicklungsstand einer Region aus. Ich möchte hier auch bemerken, daß die ECO-PLUS als hundertprozentige Tochterunternehmung des Landes Partner bei Betriebsansiedlungen ist und in dem Bereich der Betriebsansiedlung in Niederösterreich im Management der landeseigenen Industriezentren tätig ist.

Welche konkreten Maßnahmen hat die NÖ Landespolitik gesetzt? Ich nenne Beispiele dafür: Die Förderung der Qualitätsoffensive - Unternehmen werden bei Einführen eines Qualitätssicherungssystems, das in der Erlangung eines Zertifikates seinen Ausdruck hat, unterstützt. Also eine ganz wichtige und neue Art der Förderung, die seit 1994 gemeinsam mit dem Bund eingesetzt hat. Ein anderer Punkt wären die Einrichtung von spezialisierten Schulen wie die Fachhochschulen, und natürlich soll auch die Einrichtung der Donau-Universität hier genannt werden als Beispiel für Maßnahmen, die der Wirtschaft zugute kommen, als Beispiel für Maßnahmen einer Wirtschaftspolitik. Die Verwaltungsvereinfachung ist schon angesprochen worden, meine Damen und Herren. Ein ganz wesentlicher Punkt: Konzentration, soweit es geht. Ökonomie im Verfahren ist ganz wichtig für die Ansiedlung von internationalen Unternehmungen. Das NÖ Beteiligungsmodell ist ein sehr wesentlicher Bereich der Förderung, auch relativ neu eingeführt. Ein Volumen von 700 Millionen Schilling, meine Damen und Herren, ist bisher bewilligt worden vom Landtag und davon sind etwa 540 Millionen dem Gewerbe und der Industrie zugute gekommen, die restlichen 160 Millionen dem Tourismus. Und zuletzt noch die Errichtung eigener Industriezentren durch die ECO-PLUS, die hier auch einen wesentlichen Bereich der Infrastruktur bereitstellt. Alle diese Maßnahmen sind nur Beispiele, wenn auch wesentliche, daß das Land Niederösterreich auf dem richtigen Weg ist. Die NÖ Wirtschaft braucht Rahmenbedingungen, welche herzustellen eine Aufgabe der Politik darstellt.

Das Motto "Partnerschaft ist unser Weg" trifft besonders für das Gedeihen unserer Unternehmungen bzw. unserer Wirtschaft. Niederösterreich hat eine jahrhundertealte Kultur und eine industrielle Tradition mit einer aussichtsreichen Zukunft. Erfolgreiche Politik für unsere Wirtschaft hat bisher größtenteils für sichere Arbeitsplätze gesorgt. Und ich bin überzeugt davon, daß sie auch in Zukunft dafür sorgen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte generell darauf eingehen, daß der Voranschlag 1995, wie auch in den vergangenen Jahren, ein weiteres Auseinanderklaffen zwischen den Einnahmen und den Ausgaben von rund 5,5

Milliarden Schilling ausweist. Das heißt, die Ausgaben wachsen stärker als die Einnahmen, von einer restriktiven Ausgabenpolitik in möglichen Bereichen ist ganz einfach nichts zu merken, das Defizit, der Abgang steigt explosionsartig an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein stärkeres Anwachsen der Ausgaben im Vergleich zu den Einnahmen hätte unserer Meinung nach wirklich Sinn, wenn dadurch zusätzliche notwendige Impulse für den bevorstehenden EU-Beitritt ausgelöst werden, wenn dadurch die NÖ Wirtschaft zusätzlich für das neue Europa gestärkt wird. Bei einer genaueren Analyse finden sich jedoch im gesamten Voranschlag keinerlei Hinweise auf ein zusätzliches gesondertes EU-Programm. Denn wir meinen, daß eine wirkliche Stärkung der NÖ Wirtschaft für das neue Europa mit wirtschaftsfördernden und arbeitsplatzsichernden Maßnahmen in einer Größenordnung von 15,3 Milliarden Schilling nur sehr schwer möglich sein wird. Und wenn uns der Herr Finanzlandesrat Mag. Freibauer in einer seiner Presseaussendungen glaubhaft machen wollte, daß die Erhöhung der wirtschafts- und arbeitsrelevanten Förderungen 1995 um 3,3 % auf die genannten 15,3 Milliarden Schilling die große Wirtschaftsoffensive sein soll, um die Chancen des EU-Beitrittes zu nützen, so muß dazu schon etwas angemerkt werden. Nämlich, daß das Ausgabenvolumen des Gesamthaushaltes 1995 gegenüber 1994 um 4,1 % ansteigt, während sich die wirtschaftsrelevanten Förderungen selbst nach seiner Berechnung nur um 3,3 % erhöhen. Wir meinen, daß ein solcher Budgetkurs schon zu denken geben sollte. Tatsache ist nämlich, daß das Rekorddefizit 1995 von 5,5 Milliarden Schilling unserem Herrn Finanzlandesrat kaum einen weiteren Handlungsspielraum einräumt. Tatsache ist aber auch, daß Herr Mag. Freibauer von sich aus gar nicht gewillt ist, sich des Steuerungsmechanismus im Budget durch phantasievollen Umschichtungen im Wege eines Nachtragsvoranschlages zu bedienen, da er einen solchen in seinen Ankündigungen bereits ausgeschlossen hat. Es bleibt daher das Faktum bestehen, daß die Ausgaben der Gruppe 3, Kunst und Kultur, gegenüber 1994 das größte Wachstum aller Budgetgruppen mit 22,96 % aufweisen, während die Ausgaben der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, inklusive land- und forstwirtschaftliche Förderungen lediglich um 6,21 % angehoben wurden. Auch ist der Anteil der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, am Gesamtbudget gegenüber 1994 von 3,48 % auf 3,45 % im Jahre 1995 leicht zurückgegangen.

Was nun das für das Frühjahr angekündigte EU-Anpassungsbudget betrifft, so muß uns, Hoher Landtag, bereits heute bewußt sein, daß durch dieses ein noch düsteres Bild von unserem Haushalt gezeichnet werden wird, da sich in diesem EU-Anpassungsbudget fast nur Ausgabenpositionen finden werden. Mit anderen Worten, das EU-Anpassungsbudget ist gleichzusetzen mit einer weiteren Verschuldung des Landes. Und hier glauben wir Freiheitlichen, daß der Zeitpunkt gekommen ist, daß die eingeschlagene Budgetpolitik, wenn man noch dazu den Anteil des Landes Niederösterreich an den Beitrittskosten zur Europäischen Union überlegt, daß dieser Budgetkurs geändert werden sollte. Denn es müßte allgemein bekannt sein, daß auf Grund einer Beantwortung einer dringlichen Anfrage der FPÖ im Bundesrat an den Herrn Bundesminister für Finanzen vom 13. April 1994 für Herrn Mag. Freibauer die Befürchtung naheliegen müßte, daß die finanziellen Auswirkungen des EU-Beitrittes zu einem großen Teil auch von den Ländern getragen werden sollten. Führte doch Bundesminister Dkfm. Lacina damals wörtlich folgendes aus: "Die Länder weisen seit Jahren insgesamt einen Budgetüberschuß auf, folglich nahm die Finanzschuld der Länder in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sogar ab. Gleichzeitig konnten die Länder ihre Nettovermögensposition in den letzten Jahren verbessern, per Ende 1992 stehen den Schulden der Länder in Höhe von rund 43 Milliarden Schilling liquide Aktiva von rund 215 Milliarden Schilling gegenüber." So gesehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte der NÖ Landtag gegenüber der Bundesregierung und dem Finanzminister nach unserer Meinung bereits mit dem zur Diskussion stehenden Voranschlag 1995 ein Zeichen setzen sollen, welche Beitrittslasten Niederösterreich maximal zu übernehmen bereit ist. Ein Zeichen setzen sollen, welchen Abgang wir insgesamt für 1995 in Kauf zu nehmen bereit sind. Wenn der Herr Finanzlandesrat Mag. Freibauer auf Grund meiner Anfrage in seiner Beantwortung vom 19. Oktober 1994 meint, daß der Bund mit der EU in Brüssel die Beitrittsverhandlungen geführt und den Beitrittsvertrag abgeschlossen hat, so ist das sicher richtig. Doch wenn er meint, daß auf Grund der Verhandlungen mit den Sozialpartnern ausschließlich für den Bund eine Verpflichtung entstanden ist, so klingt dieser Zusatz für mich und für uns wie ein frommer Wunsch an das Christkind. Noch dazu, wo wir immer wieder aus Pressemeldungen von ihm, aber auch vom Herrn Landeshauptmann hören können, daß beide Herren rund 400 Millionen Schilling an EU-Förderungsgeldern erwarten. Diese Aussagen

bleiben ja in Österreich sicherlich nicht geheim und werden ihre Auswirkungen auch in Richtung des Herrn Bundesministers für Finanzen haben. Und da wäre es sicherlich ein Zeichen gewesen, in diesem Budget bereits die Richtung aufzuzeigen, was Niederösterreich bereit ist, an EU-Beitrittskosten zu verkraften. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hoher Landtag! Wir freuen uns selbstverständlich mit unseren Weinbauern, wenn die heurige Weinernte in Niederösterreich zwischen 1,3 und 1,5 Millionen Hektoliter betragen wird. Wir freuen uns, wenn der Ertrag sohin um 10 % bis 15 % höher liegen wird als im Vorjahr. Wir fragen uns aber, wie diese Tatsache der höheren Weinernte, wie diese Tatsache mit der eingefrorenen Budgetposition Weinabsatz - 34 Millionen Schilling - in Einklang gebracht werden kann, nachdem 1993 dafür 72,4 Millionen Schilling und 1994 dafür 43,4 Millionen Schilling erforderlich waren. Dieses eine Beispiel, das ich anmerken wollte, Hoher Landtag, zeigt, daß der Voranschlag 1995 in weiten Bereichen als ein phantasieloses Fortschreiben von alten Zahlen gewertet werden muß. Dem Voranschlag fehlt nach unserer Meinung der Mut, für die Wirtschaft und die Landwirtschaft jene Möglichkeiten zu schaffen, die ganz einfach notwendig sind, damit wir im neuen Europa nicht in einem Verdrängungswettbewerb unterliegen.

Hohes Haus! Trotz des prognostizierten Wirtschaftswachstums für 1994 von 2,5 % darf nicht übersehen werden, daß wir uns am Vorabend des EU-Beitrittes in einer wirtschaftlichen Situation befinden, die durch eine Verhärtung des Standortwettbewerbes, die durch eine Globalisierung der Märkte geprägt ist. Berücksichtigt man die Tatsache, daß Wohlstand, Wirtschaftswachstum und günstige Beschäftigungslage auf der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft beruhen, so liegt es ganz einfach in der Verantwortung der Politik, auch für die vorhandene Wirtschaftsstruktur in unserem Land Anpassungsmöglichkeiten an die neuen Wettbewerbsbedingungen im neuen Europa zu schaffen. Auch wenn die Bemühungen von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll und von Herrn Landesrat Gabmann, was die Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Niederösterreich im Ausland betrifft, wirklich zu begrüßen sind, so darf ganz einfach nicht vergessen werden, daß es insbesondere unsere Klein- und Mittelbetriebe sind, die für Beschäftigtenzuwächse, die für das Beschäftigungsniveau in unserem Land verantwortlich sind. Es sind nun einmal fast 97 % der Betriebe in Niederösterreich, die weniger als 100 Arbeitnehmer beschäftigen und fast 69 % aller

Betriebe beschäftigen entweder überhaupt keine, oder nur ein bis vier Arbeitnehmer. Auch für diese Unternehmen sollte ein Zugang zum NÖ Beteiligungsmodell möglich sein und nicht durch eine Mindestumsatzgrenze von 30 Millionen Schilling eine teilweise unüberbrückbare Barriere bestehen bleiben. Man darf nämlich in diesem Zusammenhang ganz einfach nicht übersehen, daß insbesondere durch eine bessere Eigenkapitalausstattung unserer Betriebe auch eine überregionale Konkurrenzfähigkeit sichergestellt werden kann.

Diese Konkurrenzfähigkeit werden unsere Betriebe dringend brauchen, denn der Eintritt in die EU bringt für alle Unternehmer, ob groß oder klein, gleich in welchem Gebiet sie beheimatet sind, mehr Wettbewerb nach Österreich. Ich meine daher, daß diese Wirtschaftsförderungsmaßnahme nicht nur Großbetrieben zugänglich sein sollte. Das NÖ Beteiligungsmodell sollte vielmehr im Zuge der von Herrn Landesrat Gabmann erarbeiteten Neuordnung der NÖ Wirtschaftsförderung, wie wir gehört haben mit 1. Jänner 1995 dahingehend adaptiert werden, daß die Förderqualität für alle Betriebe in Niederösterreich entsprechend den Erfordernissen durch den EU-Beitritt angepaßt wird. Insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen gilt es zu steigern. Es gilt, die Abhängigkeit mancher Unternehmen vom Bankenbereich durch eine Stärkung der Eigenkapitalbasis einzudämmen. Es gilt aber auch, insgesamt die Möglichkeit zu schaffen, der Wirtschaft entsprechende EU-Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Ich bringe daher in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag ein. Ich darf jetzt schon die Damen und Herren des Landtages um ihre Zustimmung ersuchen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1995, Ltg. 218/V-2, betreffend NÖ Beteiligungsmodell, Änderung der Umsatzuntergrenze.

Der NÖ Landtag hat am 4. März 1993 das NÖ Beteiligungsmodell neben anderen Maßnahmen beschlossen, um der gewerblichen Wirtschaft und der Tourismuswirtschaft in Niederösterreich Beteiligungskapital zur Verfügung stellen zu können und damit die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu stärken.

Diese positive Wirtschaftsinitiative soll vor allem der mittelständischen Wirtschaft dienen, weil

ja gerade diese Unternehmen die Hauptsäulen der Wirtschaft des Landes Niederösterreich darstellen. In den Genuß dieses Beteiligungsmodells kommen aber derzeit nur solche Betriebe, die einen jährlichen Umsatz zwischen 30 und 300 Mio. Schilling aufweisen können. Auf Grund dieser Betriebsgrößengrenzen entsprechend dem Nettoumsatz ergibt sich unter Zugrundelegung der letzten verfügbaren Umsatzsteuerstatistik für 1990, daß nur 2,28 % der damals noch 66.103 Unternehmen von diesem Modell Nutzen ziehen, also bis zu 10 Mio. Schilling Beteiligungskapital ansprechen können. Über 97 % der Unternehmen erzielten jedoch einen Umsatz unter 30 Mio. Schilling. Im Hinblick auf eine effiziente Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der mittelständigen Wirtschaft wäre es - auch in Anbetracht des EU-Beitrittes - notwendig, die Umsatzuntergrenze als Förderungsvoraussetzung der Wettbewerbsfähigkeit auf zumindest 15 Mio. Schilling zu senken.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung, insbesondere der Herr Wirtschaftslandesrat, wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung das NÖ Beteiligungsmodell so zu modifizieren, daß als Voraussetzung für eine Förderung die Nettoumsatzuntergrenze auf 15 Mio. Schilling gesenkt wird."

Hoher Landtag! Im Zusammenhang mit dem NÖ Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, dem NÖ Fremdenverkehrsförderungsfonds und den weiteren Fonds bringe ich noch einen weiteren Resolutionsantrag ein. Ich darf auch in diesem Fall die Damen und Herren des Landtages um ihre Zustimmung ersuchen (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1995, Ltg. 218/V-2, betreffend periodischen Wechsel von Wirtschaftsprüfern bei mehrheitlich im Eigentum des Landes Niederösterreich befindlichen Gesellschaften sowie bei Fonds im Bereich des Landes Niederösterreich.

Die Berufsordnung der Wirtschaftstreuhandler sowie das Handelsgesetzbuch gehen von der Unabhängigkeit des Berufsstandes der Wirtschaftsprüfer von den sie bestellenden Organen der Kapitalgesellschaften als Voraussetzung für die effiziente Kontrolltätigkeit der Wirtschaftsprüfer aus. In der Praxis ist es aber meistens so, daß die

Wirtschaftsprüfer über einen entsprechenden Vorschlag der Geschäftsführungen der jeweiligen Gesellschaften von den Eigentümern bestellt werden, was dazu führt, daß die Geprüften ihre eigenen Prüfer selbst auswählen.

Das 'Wohlverhalten' derart bestellter Wirtschaftsprüfer im Sinne der Wünsche der Geschäftsführung ist Voraussetzung für ein Dauermandat und zufriedenstellende Honorierung der Prüfer, weswegen diese sich hüten werden, sich durch allzu konsequentes Vorgehen unbeliebt zu machen. Dazu kommt, daß sich nach Durchführung mehrerer Abschlußprüfungen durch den gleichen Prüfer bei diesem langsam eine Betriebsblindheit einschleichen kann, und er selbst dann, wenn er nach Ablauf mehrerer Jahre auf Fehler stößt, diese wiederum nicht ohne Prestigeverlust aufdecken kann, weil es sich ja bei diesen in der Regel um solche handelt, die schon seit Jahren bestehen und ihm daher bei Vorprüfungen hätten auffallen müssen.

Bei mehrheitlich im Eigentum des Landes Niederösterreich befindlichen Gesellschaften und bei Fonds kommt auch noch hinzu, daß im Falle von parteipolitischer Besetzung der Geschäftsführungen bei Aufdeckung von Fehlern durch den Wirtschaftsprüfer u.a. auch das Parteiprestige geschädigt werden könnte. Es besteht daher auch seitens der die Wirtschaftsprüfer formal bestellenden Organe wenig Interesse daran, daß Fehler der Geschäftsführungen offen gelegt werden.

Dem könnte durch folgende Maßnahmen entgegen getreten werden:

1. Die Wirtschaftsprüfer müssen spätestens nach vier Jahren abgelöst werden und dürfen dann bei der gleichen Gesellschaft bzw. beim Fonds mindestens vier Jahre nicht mehr prüfen.
2. Die Abberufung der Wirtschaftsprüfer darf in den vorgegebenen vier Jahren nur aus wichtigen Gründen erfolgen, zu denen keinesfalls ein besonders engagiertes Prüfverhalten der Wirtschaftsprüfer im Sinne ihrer Aufgabenerfüllung zählen darf.
3. Der einem abgelösten Wirtschaftsprüfer nachfolgende Wirtschaftsprüfer ist zu verpflichten, in seiner Berichterstattung insbesondere auf Fehler hinzuweisen, die durch seinen Vorgänger nicht entdeckt wurden, wobei diesem Vorgänger das Recht zur Stellungnahme gegeben werden muß. Er-

folgen keine unwiderlegbaren negativen Feststellungen durch den neuen Wirtschaftsprüfer, dann wäre der abgelöste Wirtschaftsprüfer in den Kreis jener Wirtschaftsprüfer aufzunehmen, aus dem jeweils die neu zu bestellenden Wirtschaftsprüfer vorrangig zu wählen sind.

4. Bei der Bestellung von Wirtschaftsprüfern muß grundsätzlich darauf geachtet werden, daß die mehrheitlich im Eigentum des Landes Niederösterreich befindlichen Gesellschaften bzw. die jeweiligen Fonds vorzugsweise solche Prüfer bestellen, die ihren Sitz in Niederösterreich haben, weil diese schon aus geschäftlichen Gründen daran interessiert sein müßten, nicht durch schlechte Leistungen in ihrem eigenen Bundesland in Mißkredit zu geraten. Dies sollte selbstverständlich auch ein Anliegen des Bundeslandes Niederösterreich im Sinne der Wirtschaftsförderung sein.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung für eine objektive und periodisch wechselnde Bestellung von Wirtschaftsprüfern zum Zwecke einer effizienten Prüfung der mehrheitlich im Eigentum des Landes Niederösterreich befindlichen Gesellschaften sowie der Fonds im Bereich des Landes Niederösterreich zu sorgen."

Hoher Landtag! Ich darf Sie noch einmal bitten, den Resolutionsanträgen die Zustimmung zu geben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Breininger.

Abg. BREININGER (ÖVP): Hoher Landtag!

Zum Kapitel Wirtschaft und Tourismus erlaube ich mir, folgendes hinzuzufügen bzw. auszuführen: Gemäß dem Generalmotto des gesamten Budgets, "Partnerschaft ist unser Weg", schlage ich als Motto für das Kapitel Fremdenverkehr und Tourismus vor: "Erfolgreicher Tourismus sichert zusätzliche Arbeitsplätze". In dieser Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen durch den Tourismus sehen wir einen ganz wichtigen Impuls für die Zukunft. Für die wirtschaftliche Weiterentwicklung in Niederösterreich. Denn Forschung und Praxis sind sich darüber einig, daß die

Tourismus- und Freizeitwirtschaft weiterhin eine dynamische Wachstumsbranche bleibt. Es ist ein erklärtes Anliegen des Landes Niederösterreich, den Stellenwert des Tourismus und der Freizeitwirtschaft zu stärken und zu erhöhen, damit diese günstigen Chancen für Niederösterreich optimal genutzt werden können.

Der Tourismus in Niederösterreich stand im Jahr 1994 im Schwerpunkt der Entwicklung des touristischen Leitbildes Niederösterreich 2001. Darauf werde ich auch noch zu sprechen kommen, wenn wir die diesbezüglichen Resolutionsanträge erörtern werden. Die aktuellen Entwicklungstendenzen des NÖ Sommer- und Wintertourismus, die absehbaren Auswirkungen des EU-Beitrittes sowie die Entwicklung bei unseren östlichen Nachbarn haben die Notwendigkeit einer deutlichen tourismuspolitischen Kursbestimmung des Landes akut werden lassen. Vor ziemlich genau einem Jahr wurde die erste Stufe, das landesweite Tourismusleitbild Niederösterreich 2001, präsentiert. Vor einem Jahr, betone ich. Vor dem Hintergrund der Leitidee "Kulturland Niederösterreich" sollen künftig fünf weitere Angebotsschwerpunkte gezielt ausgebaut werden.

Gute Chancen bestehen im Familientourismus. Familien werden in der Nachfrage ein bedeutender Faktor bleiben, wie sie es auch jetzt schon sind. Das derzeitige NÖ Angebot ist aber noch zu halbherzig. Das wird ebenfalls in diesem Leitbild, in dieser Studie festgestellt. Einen wichtigen Wachstumszweig bilden Tourismusangebote im präventiven Gesundheitsbereich. Unter anderem im Bereich Bio-, "wellness", um die modernen Fachausdrücke zu erwähnen und auch bei den alternativen Heilmethoden. Mir als Präsident des Heilbäder- und Kurortverbandes von Österreich ist es hier ganz wichtig, nicht nur von "wellness" zu sprechen und nicht nur von unverbindlichen Gesundheitsangeboten, die sehr schick sind, die auch in Mode sind, zugegeben. Aber vor allem ist nicht zu vergessen auf das klassische medizinische Angebot in den Kurorten. Auf die klassischen traditionellen Kurgemeinden darf nicht vergessen werden. Denn dieser seriöse Gesundheitstourismus, meine Damen und Herren, glauben Sie mir, wird der einzige sein, der alle Zeitstürme überlebt und auf den werden wir immer setzen müssen. Die Menschen werden immer krank und werden immer rekonvaleszent sein, daher brauchen wir seriöse, ordentliche Einrichtungen in den Kurgemeinden. Aber ich gebe zu, der Gedanke "wellness", Bio- und "Alternativ" darf heute einfach nicht verschwiegen werden und muß einbezogen werden.

Im Sporttourismus haben die sanfteren Aktivitäten, das heißt Bewegung mit sportlich-spielerischer Betätigung die besten Expansionschancen, Freizeitsportarten wie Radfahren, Reiten, Golf, Tennis, Angelsport. Auch der Seminar- und Tagungstourismus besitzt überdurchschnittliche Wachstumsraten in Niederösterreich. Es ist zwar für die Hoteliers nicht das allerangenehmste Geschäft, das Kurzgeschäft des Seminartourismus, aber ich glaube, man darf ihm nicht entsagen, man muß ihm zusprechen. Der Trend zu kleineren Veranstaltungen eröffnet engagierten Betrieben in Niederösterreich gute Chancen.

Freiere Gestaltungsmöglichkeiten bei den Arbeitszeiten werden eine überdurchschnittliche Zunahme der Kurzurlaube bewirken. Optimales Wertschöpfungswachstum im Gegensatz zu unregelmäßigem Wachstum, zu kurzfristiger Ertragsmaximierung und reiner Mengenorientierung ist unser Ziel, ist das Ziel der künftigen Angebotsorientierung im Tourismus von Niederösterreich. Daher sagen wir immer, Qualität geht vor Quantität. Niederösterreich wird immer das Land des sanften Tourismus bleiben und muß auf den Qualitätsstandard bedacht sein. Dort liegt unsere Chance.

Qualitatives Wachstum heißt aber für uns konkret, von Standard- und Allroundangeboten, von allem ein bißchen sozusagen für jeden, zu zielorientierten Angeboten, zum Ausbau touristisch relevanter Infrastruktur und Aktivitätsmöglichkeiten zu kommen. Von der Beliebigkeit wegzukommen. So wie es in der Politik schlecht ist, beliebig zu sein und für jeden etwas zu bieten, ist auch im Tourismus und in der Wirtschaft schlecht, für jeden alles bieten zu wollen. Man muß Linie, Profil zeigen, muß sich abheben und muß Kontrast bilden.

Von mehr Betten zu höherwertigen Betten sollte man gehen. Ja zur Frequenzsteigerung sagen, aber unbedingt mit mehr Wertschöpfung pro Gast. Das immer höher werdende Individualverkehrsaufkommen im Tourismusverkehr ist eine ganz wichtige Frage für unseren Tourismus. Die Bewältigung des Verkehrs in den Kurzentren muß gelingen, um zu besser organisiertem, attraktiverem öffentlichen Verkehr und zu mehr Verkehrs-entlastung in Tourismusgemeinden zu kommen.

Von mehr Ausflugstouristen zu mehr neigungsspezifischen Kurzurlaubern und längerer Zeitbindung pro Gast. Ziel muß sein, den Gast länger in den Fremdenverkehrsorten zu halten. Und dazu muß man ihm Grund geben, bis zum Schlechtwetterprogramm, wenn Sie so wollen.

In einer zweiten Stufe des touristischen Leitbildes befaßt sich eine Gruppe von Experten mit den Zielsetzungen und Angebotsorientierungen in den einzelnen Regionen. Das ist jetzt die Umsetzung in den Regionen. Darum, wenn heute ein Resolutionsantrag bezüglich Einhaltung des Tourismusleitbildes käme oder kommt, muß man jetzt schon dazu sagen, das tun wir bereits. Es steht aber dem nichts im Wege, das noch einmal zu bejahen. Aber diese Umsetzung erfolgt bereits. In jeder Region wurden unter Einbindung der Wirtschaft, der Gemeinden, der Tourismusgebietsverbände und der Tourismusregionen Workshops abgehalten, in denen alle Teilnehmer die Gelegenheit hatten, ihre Vorstellungen und Projekte einzubringen.

Das Tourismusleitbild 2001 soll als Grundlage dafür dienen, ein mehrjähriges Tourismusedwicklungsprogramm zu beschließen und auch das gegenwärtige Förderungsinstrumentarium entsprechend anzupassen. Es sind klare Prioritäten festzulegen, Schwerpunktprogramme und Pilotprojekte zu entwickeln und Überlegungen hinsichtlich der optimalen Nutzung der EU-Förderungsmöglichkeiten anzustellen. Alle EU-Förderungsmöglichkeiten beruhen auf Co-Finanzierungen. Es erscheint daher unbedingt notwendig, die

Landes- und Bundesförderungen erforderlichenfalls so zu verändern, daß alle möglichen EU-Gelder, auch dann, wenn es um Beratungs- und konzeptive Leistungen geht, ein nationales Pendant finden. Das heißt, es muß eingepackt werden, vorgerechnet und auch vorkalkuliert werden, was an EU-Geldern unseren Mitteln, die wir einbringen, gegenübersteht.

Die Wichtigkeit von immateriellen Leistungen läßt sich an Hand der NÖ Wirtshausaktion sehr schön darstellen. Diese Förderungsaktion "Pro Gasthaus" für die Gasthäuser, die geschaffen wurde, um den Fortbestand der noch bestehenden heimischen Wirtshäuser zu sichern und ihre Kommunikationsfunktion zu bewahren, stützt sich weitgehend auf Marketing-, Beratungs- und Seminarleistungen. Die Komponente der Finanzierungshilfe ist zwar gegeben, steht aber bei dieser Aktion nicht im Vordergrund. Ein weiteres Beispiel für effiziente Beratungsleistungen stellt das von der Tourismusabteilung geplante Seminar- und Beratungsprogramm für Gemeinden unter dem Titel "Tourismusmarketing auf Gemeindeebene" dar.

Meine Damen und Herren! Um mehr Flexibilität im Marketingbereich zu ermöglichen und zusätzliche Kooperations- und Finanzierungspartner zu gewinnen, wurde die NÖ Tourismuswerbung aus der Landesverwaltung ausgegliedert und wird ab 1. Jänner 1995 als GesmbH mit privatwirtschaftlichen Rahmenbedingungen agieren. Wir haben vernommen, daß sich sehr viele Bewerber gemeldet haben und daß das Hearing derzeit im Gange, vielleicht auch schon abgeschlossen ist. Der letzte Stand ist mir nicht bekannt. Auf jeden Fall wird ab 1. Jänner 1995 hier ausgegliedert und privatwirtschaftlich agiert werden.

Österreichweit steht seit einigen Jahren ein touristisches Informationssystem, genannt TIS, zur Diskussion. Niederösterreich hat diese Entwicklung genau verfolgt, aufgegriffen und ist an einem Pilotversuch mit einigen Gemeinden und Regionen bereits beteiligt. Die Erfahrungen aus den nächsten sechs Monaten werden zeigen, ob dieses System die optimale Eignung für die NÖ Struktur aufweist. Parallel dazu ist die Österreichwerbung bemüht, ein Verteilungsnetz für diese touristische Datenbank vorwiegend im Ausland aufzubauen. Niederösterreich möchte auf diesem touristischen Datenhighway vom Start weg mit dabei sein und vertreten sein.

Hohes Haus! Viele dieser umfangreichen Maßnahmen konnten umgesetzt werden, weil der

Landesbeitrag - und das ist wichtig - zum Fremdenverkehrsförderungsfonds von 1994 bis heute wesentlich aufgestockt wurde. Und zwar auf 165 Millionen im Jahr 1994. Und auf diesem hohen Niveau hält sich die Dotierung dieses Fonds auch für das Jahr 1995. 1993 waren es nur, wie wir wissen, 128 Millionen. Insgesamt umfaßt das Kapitel Fremdenverkehr in unserem neuen Budget 236,5 Millionen inklusive Werbung. Mit der Beibehaltung dieses Landesbeitrages auch für 1995 wird für die Umsetzung der zahlreichen, im touristischen Leitbild erfaßten projektbezogenen Maßnahmen die erforderliche finanzielle Basis geschaffen.

Und nun einige Stellungnahmen von mir namens meiner Fraktion zu den eingebrachten Resolutionsanträgen. Zum Antrag bezüglich Wirtschaftsprüfer wird Dr. Strasser sprechen. Zum anderen Antrag, der bisher vorliegt, nämlich dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Beteiligungsmodell muß ich leider namens meiner Fraktion die Zustimmung verweigern, und zwar mit folgender Begründung: Im Grunde haben wir dieselbe Zielrichtung. Wir wollen allen Betrieben auch unter 30 Millionen helfen. Für die gibt es die größte Anzahl von Förderungsmöglichkeiten. Die Administration für eine Beteiligung unter Aufhebung dieser Grenze oder Halbierung dieser Dreißigmillionengrenze wäre, meine Damen und Herren, administrativ unmöglich. Da kämen Ansuchen einer Vielzahl von kleineren und mittleren Betrieben herein, daß sie in dieses Beteiligungsmodell eben nicht passen. Es wäre auch nicht finanzierbar. Es würde diese Position überbeansprucht werden. Betriebe mit einem Umsatz unter 30 Millionen besitzen viele, viele Möglichkeiten. Für diese ist ja eine ganz große Palette von Möglichkeiten geschaffen worden, um diese Betriebe unter der Umsatzgrenze von 30 Millionen zu bedienen. Ab 30 Millionen greift dann unser Beteiligungsmodell. Daher diese angekündigte Ablehnung zu diesem Resolutionsantrag. Zu dem anderen Antrag wird noch gesprochen werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mein Referat und meine Stellungnahme zum Tourismus in Niederösterreich schließen mit der Rückbesinnung auf das Leitthema des Gesamtbudgets und betone, daß der Tourismus in Niederösterreich auch eine Partnerschaft eingegangen ist. Er geht nämlich Hand in Hand mit der Wirtschaft, Hand in Hand mit der Schaffung von Arbeitsplätzen getreu dem Motto "Partnerschaft ist unser Weg". Denn der Tourismus sichert partnerschaftlich ganz unterschieden Arbeitsplätze. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keusch.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Zum Kapitel Wirtschaft, glaube ich, muß man zu Beginn feststellen, daß die Wirtschaftskrise, von der zwangsläufig auch Österreich erfaßt war, überwunden scheint. Die Wirtschaft erholt sich, der Aufschwung hält an. Es gibt Signale aus den USA, aus den EU-Ländern, insbesondere aus Deutschland, das ja unser Haupthandelspartner ist, aber auch aus Fernost. Und davon profitiert natürlich auch Österreich. Die Daten sind ja bekannt. Die Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 1994 in Österreich mit 2,7 % sehr kräftig gewachsen. Und für nächstes Jahr wird uns von den Wirtschaftsforschern ein Wachstum von 3 % prognostiziert. Ein hervorragender Wert, insbesondere auf die Situation in den vergangenen Jahren bezogen.

Besonders erfreulich ist, daß diese Konjunkturbelebung auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. In Österreich sind Ende Oktober 1994 3.092.113 Beschäftigte vermerkt gewesen, das sind um etwa 20.000 mehr Beschäftigte als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Und auch in Niederösterreich ist eine kontinuierliche Zunahme der Beschäftigten zu verzeichnen. Im Vergleich zum Oktober des Vorjahres sind heuer um 5.621 Beschäftigte mehr festzustellen. Niederösterreich hat in dem Zusammenhang den höchsten Beschäftigtenanstieg im Vergleich zu allen Bundesländern.

Erfreulich in dem Zusammenhang, daß nicht passiert - zumindest hat es derzeit den Anschein - was die Prognostizierer voraussagen: Daß zwar die Beschäftigtenzahl steigen wird, aber die Arbeitslosigkeit nicht geringer wird. Die Arbeitslosigkeit oder die Anzahl der als arbeitssuchend Gemeldeten hat sich auch verringert. Also mehr Beschäftigte und eine Reduktion der Arbeitssuchenden ist festzustellen. Und wenn man das vergleicht mit dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, November 1993, so sind heuer, im November 1994, um 2.715 Arbeitssuchende weniger gemeldet. Und ich meine, daß es in dem Zusammenhang doch angebracht ist, daß die NÖ Wirtschaftspolitik ein Bekenntnis zur Vollbeschäftigung oder zu einem möglichst hohen Beschäftigungsniveau ablegt. Weil ich meine, daß unser bescheidener Wohlstand, der Lebensstandard, nur durch eine funktionierende, durch eine florierende Wirtschaft abgesichert und erhalten werden kann. Und daher muß

Vollbeschäftigung wirtschaftspolitisches Ziel Nummer 1 in Niederösterreich sein. Vollbeschäftigung oder ein hohes Beschäftigungsniveau schafft Einkommen. Einkommen bedeutet Kaufkraft, bedeutet Bedürfnisbefriedigung, das bewirkt Konsumnachfrage, löst Investitionen aus und so schließt sich dieser Kreis in einer florierenden Wirtschaft. Das ist natürlich nicht leicht. Ich bin mir schon dessen bewußt, daß das leichter gesagt als getan ist, Vollbeschäftigung zu erreichen, aber da gibt es ja Bemühungen und ich glaube, daß die Wirtschaftspolitik im Land Niederösterreich zumindest vom Ansatz her genauso wie die gesamtösterreichische Volkswirtschaft von vielen Faktoren, auch von Auslandseinflüssen, von der weltwirtschaftlichen Situation und den Rahmenbedingungen abhängig ist.

Aber ich meine, daß die NÖ Wirtschaftspolitik im Ansatz doch ganz tadellos ist, daß sie zufriedenstellend ist. Daß man merkt, daß richtig angesetzt wird. Und daher glaube ich, sollte man den Weg, den man mit der ECO-PLUS begonnen hat, fortsetzen. Nämlich, wertschöpfungsintensive Produktionen und Dienstleistungen, sogenannte Leitprojekte, zur Stärkung der Regionen anzusiedeln.

Das Landesbudget hat hierfür die Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Das wurde schon erwähnt, ich bin der gleichen Meinung. Und ich bin überzeugt davon, daß vom Landesbudget im Bereiche der Wirtschaft wichtige Impulse ausgehen werden, nämlich Investitionen in die Infrastruktur. Ich denke hier an den Wohnbau, an den Schul- und Kindergartenfonds, an den Wasserwirtschaftsfonds, an die Investitionen im Pflegeheimbereich und in den Spitälern und auch die Beschäftigungssituation, die durch den Bau der Landeshauptstadt und des Regierungsviertels gegeben ist.

Wirtschaft ist natürlich umfassender als nur diese Infrastrukturinvestitionen. Ein sehr wichtiger Bereich ist das produzierende Gewerbe und die Industrie, der Tourismus, auch die Landwirtschaft. Da gibt es eigene Gesetzmäßigkeiten, meine Damen und Herren, da kommt es auf die Marktpräsenz an, da kommt es auf die Wettbewerbsfähigkeit an, auf die Exportfähigkeit. Es kommt darauf an, daß man ständig an der Verbesserung der Produkte arbeitet, um konkurrenzfähig zu sein. Das bedingt die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, der Bereich Forschung und Entwicklung ist wesentlich. Und auch, daß die Fragen der Aus- und Weiterbildung oder die Heranbildung qualifizierter Fachkräfte gewährleistet

ist, auch das ist ganz wichtig im Bereiche der Wirtschaft.

Diese Voraussetzungen, diese Rahmenbedingungen hat das Budget abzudecken. Und ich meine, das geschieht insofern auch über die direkte Wirtschaftsförderung, über den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, über den Fremdenverkehrsförderungs-fonds, über diese speziellen Förderungsaktionen, die es gibt, insbesondere über das Beteiligungsmodell und auch die Exportförderung.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Feststellung treffen, meine Damen und Herren, von der ich meine, daß man diese Tatsache einmal aussprechen muß: Bei allem Verständnis für die bäuerliche Landwirtschaft in Niederösterreich muß ich festhalten, daß die Wertschöpfung ausschließlich in der Industrie, im produzierenden Gewerbe, im Tourismus, der leider nicht so läuft in den letzten Jahren, wie wir uns das wünschen, und im gehobenen Dienstleistungsbereich, sozusagen im wahrsten Sinn des Wortes erzeugt wird. Und daß es nicht so ist, daß die Umverteilung zwischen den bösen und unersättlichen Arbeitnehmern, den unselbständig Erwerbstätigen passiert, die ja hohe Lohnkosten und Lohnnebenkosten verursachen. Sondern daß die klassische Umverteilung zwischen der produzierenden Wirtschaft und der Landwirtschaft vor sich geht, meine Damen und Herren. Das ist Faktum. Das wollte ich bei der Gelegenheit einmal darstellen. Es gilt natürlich im Bereiche der Wirtschaft weitere wichtige arbeitsmarktpolitische Funktionen wahrzunehmen. Hier darf ich die im Zusammenhang mit der Budgetdebatte schon oft zitierte ECO-PLUS erwähnen, deren ursprüngliche Aufgabenstellung und Idee war, die Betriebsansiedlung in Niederösterreich zu forcieren. Später wurde sie dann mit der Umsetzung der Regionalförderung betraut. Die ursprüngliche Idee der ECO-PLUS war im Zusammenhang mit der Betriebsansiedlung, daß die

ECO-PLUS Grundstücke erwirbt, diese speziell im Hinblick auf Betriebsansiedlungen infrastrukturell erschließt, ich brauche das nicht deutlicher ausführen. Mittlerweile gibt es sieben Industriezentren bzw. Industrie- und Gewerbeparks in Niederösterreich. Und ich stehe nicht an, festzustellen, und ich freue mich auch darüber, daß alle von der ECO-PLUS betreuten Bereiche, das Management der Industriezentren, die Betriebsansiedlung und auch die Regionalförderung ganz tadellos funktionieren, florieren. Und ich meine, daß die ECO-PLUS sozusagen das Herzstück der NÖ Wirtschaftspolitik ist. Einige "highlights" im Eilzugstempo: Das Industriezentrum Wr. Neudorf funktioniert natürlich am besten. 250 Firmen angesiedelt, 6.000 Mitarbeiter in etwa beschäftigt. Im Industriezentrum Wr. Neustadt gibt es 21 angesiedelte Betriebe. Fünf sind im Entstehen, kann man dem Bericht der ECO-PLUS entnehmen. Wolkersdorf ist etabliert, heuer wurden Grundverhandlungen für die Ansiedlung von fünf Betrieben abgeschlossen. In Ennsdorf im äußersten Westen Niederösterreichs entsteht bei einer hervorragenden Verkehrsinfrastruktur, bei Autobahn, Bundesbahn und im Bereiche der Donau, im Ennshafenbereich ein Industrie- und Gewerbepark. Und auch hier läuft die Betriebsansiedlung befriedigend. Man hat sich zur Nordstrategie entschlossen im Zusammenhang mit der Ostöffnung und hat Gewerbeparks in Heidenreichstein und in Poysdorf in Angriff genommen. Und zuletzt die Gründung des Industrieparks Bruck a.d. Leitha beschlossen. Hier ist es so, daß Grundstücke erworben wurden und man derzeit bei der Aufschließung ist. In dem Zusammenhang eine Meldung, die mir sehr wichtig erscheint und die die Richtigkeit dieses eingeschlagenen Wegs der Wirtschaftspolitik in Niederösterreich bestätigt. Das ist eine Mitteilung vom 10. November 1994 aus den "Salzburger Nachrichten". Wirtschaftskammerpräsident Nettig wird darin zitiert: "Das ist besorgniserregend, so kommentiert der Wiener Wirtschaftskammerpräsident Walter Nettig das Ergebnis einer Umfrage unter mittelständischen Industrieunternehmen in der Bundeshauptstadt. Fast 20 % geben an, den Standort verlagern zu wollen. Rund 39 % wollen sich außerhalb Wiens ansiedeln, 31 % ziehen das unmittelbare Wiener Umland vor. Als Hauptgründe für die Umsiedlungs- und Abwanderungsbereitschaft werden vor allem Verkehrsprobleme, Flächenmangel usw. angegeben." Das heißt, daß die Aussiedlung aus Wien stattfindet und daß in erster Linie das Umland von Wien, Niederösterreich und die Industriezentren, die Wirtschaftsparks hierfür in Frage kommen.

Daß die ECO-PLUS auch an strategisch interessanten Projekten beteiligt ist, möchte ich hier festgestellt haben, Ihnen aber die Details ersparen. Vielleicht eine kurze Statistik: Im Leistungsbereich der Betriebsansiedlung in den Regionen wurden seit Anfang 1994 elf Unternehmen angesiedelt bzw. erweitert und 246 neue Arbeitsplätze dadurch geschaffen. Ein Projekt zur Verdeutlichung: Die Ansiedlung der Firma Magna, eines internationalen Automobilzulieferers, der sein Zentrum in Niederösterreich errichtet und derzeit einmal von 20 bis 30 Mitarbeitern ausgeht. In der Folge sollten das dann 150 Mitarbeiter werden. Ich sage das deswegen, damit deutlich wird, daß die ECO-PLUS auch bei der Betriebsansiedlung in den Gemeinden Niederösterreichs ihr Know-how zur Verfügung stellt, Kontakte herstellt, dabei behilflich ist, Betriebsansiedlungen praktisch umzusetzen. Insgesamt haben in dem Bereich Betriebsansiedlung und Betriebserweiterung seit 1986, seit es auch die Regionalförderung gibt, 463 derartige Ansiedlungen oder Erweiterungen stattgefunden. Und dadurch sind 13.618 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Eine durchaus feststellenswerte Größenordnung.

Auch die Regionalförderung hat 25 Projekte erbracht, die realisiert wurden. 3,25 Milliarden Schilling an Regionalförderung wurden eingesetzt, das hat ein Investitionsvolumen von 11 Milliarden Schilling verursacht. Das sind schon bedeutende Impulse für die Wirtschaft. Ein paar Projekte, das Eisenstraßenprojekt, die Initiativen des Naturparks Kamptal, der Archäologiepark Carnuntum, der Donauradweg, das NÖ Radwegekonzept, das jetzt umgesetzt wird, und die Skilandförderung seien hier beispielhaft angeführt.

Und jetzt darf ich ohne Umschweife, um die Bedeutung des Tourismus für Niederösterreich besonders hervorzuheben, eben zum Tourismus kommen. Ein trauriges Kapitel der NÖ Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren. Denn der Tourismus ist seit Jahren rückläufig. Und es kann kein Trost für uns in Niederösterreich sein, wenn das österreichweit so ist. Dennoch meine ich, daß man ob dieser Entwicklung die NÖ Tourismuspolitik nicht als gescheitert betrachten kann. Das wäre eine voreilige Entscheidung, weil es wirklich eine Reihe objektiver Gründe gibt, die eben zu dieser Entwicklung führen. Ich denke hier an die Wechselkursverschiebungen, an die Auswirkungen der weltweiten Rezession in den letzten Jahren und an die drastische Reduktion bei den Flugpreisen. Das animiert natürlich, daß man Flugreisen macht. Das alles und eine Reihe

anderer Faktoren mögen die Ursachen sein. Faktum ist - und das ist nicht wegzudiskutieren, meine Damen und Herren - daß es nicht gelungen ist, diesen seit Jahren anhaltenden rückläufigen Besucher- und Nächtigungstrend in Niederösterreich zu stoppen. Mit 5.453.900 Nächtigungen im Zeitraum Jänner bis Oktober 1994 haben wir einen Rückgang von 3,8 % zu verzeichnen. Und es kann kein Trost sein, habe ich schon gesagt, daß wir uns da in bester Gesellschaft mit den Tourismusspitzenländern in Österreich, mit Salzburg, Kärnten, Tirol, befinden. Das gleiche gilt für die Ergebnisse im Sommer- und im Winterhalbjahr. Da gibt es Nächtigungseinbrüche bis zu 8,8 % in diesen Bereichen. Und da müssen natürlich die Alarmglocken läuten. Das Problem nämlich dabei ist, daß das nicht ein natürlicher, ein normaler Abwärtstrend ist, sondern daß sich dieser Trend beschleunigt, wie die Vergleiche 1992/93 zu 1993/94 ergeben, das heißt eine besorgniserregende Entwicklung. Und was mich stört dabei ist, daß für meine Begriffe kein ernsthafter Versuch des Gegensteuerns unternommen wurde. Und da muß ich dem Herrn Landesrat, mit dem ich sonst in vielen Phasen konform gehe, was die Tourismuswirtschaft anlangt, diesbezüglich muß ich dem Herrn Landesrat einiges entgegenhalten: Da gibt es eine Aussendung der Landeskorespondenz vom 30. September 1994, in der er für meine Begriffe fast ein bißchen hilflos argumentiert (*liest*): "Die Einbrüche, die heuer im Tourismus eingetreten sind, sollten bei der Tourismuswirtschaft trotz aller ertragswirtschaftlichen Problematik nicht zur Resignation führen, stellte der Wirtschaftslandesrat Ernest Gabmann zum bisherigen Verlauf des heurigen Jahres im Fremdenverkehr fest. Die zunehmende Verbesserung der Wirtschaftskonjunktur wird auch den Tourismus wieder ankurbeln. Darüber hinaus kann damit gerechnet werden, daß sich die Aktivitäten im Rahmen der Tourismuspolitik des Landes bald positiv bemerkbar machen." Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, Herr Landesrat. Ich habe mir dabei die Frage gestellt, wo sind diese Aktivitäten? Ich komme dann gleich dazu. Ich muß nur vorher noch den Chef der Tourismuswerbeabteilung, Herrn Dr. Weghofer zitieren, der unserer Tourismuspolitik in den "NÖN" neue Markierungen für den Tourismus verordnet. Für den Fremdenverkehr in Niederösterreich sind neue Impulse notwendig, sagt er, Impulse gegen sinkende Nächtigungsziffern. Er verordnet uns also neue Impulse. Ich frage mich, wo sind sie? (*LR Gabmann: "Leitbild 2001."*)

Der Herr Abgeordnete Breininger hat das Leitbild zitiert, ich habe es sehr aufmerksam gelesen. Das

sind Ansätze bitte. Und da geht es im wesentlichen darum, daß wir endlich einmal dazu übergehen, diese Ansätze zu realisieren. Nicht nur davon reden, was alles geschehen soll. Reiten, Wandern, Radfahren, alles kann man tun. Nur bitte schön, wir reden davon. Es gibt Gottseidank, obwohl wir sehr lange gebraucht haben, endlich unsere Tourismusidentität zu finden, es gibt Gottseidank schon Konzepte. Das Leitbild 2001 muß umgesetzt werden. Da müssen wir Geld in die Hand nehmen und müssen konkrete Projekte fördern. Und daher werde ich auch meinen Resolutionsantrag einbringen. Ich begründe auch, wie ich das meine:

Wir haben lange gebraucht, um zu wissen, wohin der Tourismus in Niederösterreich fahren soll. Jetzt haben wir das Leitbild 2001, jetzt haben wir das Donauraumkonzept. Und es gibt auch ein Radkonzept für das Mostviertel zum Beispiel, wo man der Meinung ist, daß es nicht genügt, Radwege herzustellen. Sondern daß man auch die Infrastruktur dazu erarbeiten soll. Und da gibt es vieles, das zu tun ist. Und jetzt, glaube ich, ist es hoch an der Zeit, daß wir mit der Umsetzung dieser Konzepte beginnen. Ich darf daher einen Resolutionsantrag stellen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch, Dkfm. Rambossek und Breininger zu Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995, Ltg. Zl. 218, betreffend Umsetzung von Tourismus-Konzepten.

Die derzeit rückläufige Tourismusedwicklung läßt geboten erscheinen, nach einer relativ langen Phase der Tourismus-Identitätsfindung in Niederösterreich die nun vorliegenden Konzepte raschest in die Tat umzusetzen. Im speziellen ist hier an die Regionalkonzepte des Tourismus-Leitbildes 'NÖ 2001', an das Donauraumkonzept und an das Radwegekonzept Mostviertel gedacht.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, die ECO-PLUS im Sinne der Antragsbegründung in die umgehende Erstellung eines Finanzierungs- und Umsetzungskonzeptes miteinzubeziehen."

Und in dem Zusammenhang stelle ich einen weiteren Resolutionsantrag (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Keusch, Gruber, Kautz und Sacher zu Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995, Ltg.

Zl. 218, betreffend Beschaffung von Panoramawagen.

Zu den in der NÖ Tourismuswerbung angepriesenen Sehenswürdigkeiten zählen auch Fahrten durch die Wachau, auf den Semmering und nach Mariazell. Für die Durchführung solcher Fahrten wäre im besonderen Ausmaß die jeweilige Bahnstrecke geeignet. Während es in der Zwischenkriegszeit noch vereinzelt sogenannte 'Aussichtswagen' gegeben hat, befinden sich derartige Fahrzeuge nicht mehr im Wagenstand der Bundesbahnen. Andere Bahnverwaltungen, wie etwa jene der Schweiz, haben eigene Panoramawagen entwickelt, die zum Teil auch auf österreichischen Strecken eingesetzt werden und sich großer Beliebtheit erfreuen. Im Interesse des Fremdenverkehrs, zumindest in den oben genannten Gebieten wäre es sinnvoll, wenn das Land Niederösterreich einige solcher Panoramawagen für Normalspur bzw. auch für Schmalspur beschafft und als Privatwagen bei den Österreichischen Bundesbahnen einstellt.

Die Landesregierung wird aufgefordert, aus Mitteln der Tourismusförderung Panoramawagen für beide in Betracht kommenden Spurweiten zu beschaffen und in den Wagenstand der ÖBB einzustellen."

Ich würde mich sehr freuen, wenn die Damen und Herren des Hohen Landtages diesen Anträgen zustimmen könnten.

Meine Damen und Herren! Zum Abschluß noch eine Feststellung im Zusammenhang mit dem von Dkfm. Rambossek geäußerten Auseinandertriften bei den Einnahmen und Ausgaben im Landesbudget. Mir macht dieses Faktum weniger Sorgen. Mir ist eine ordentliche Beschäftigungspolitik in Niederösterreich wichtiger als daß die Ausgaben und die Einnahmen sich in etwa die Waage halten. Und da ist durchaus ein Budget-

defizit in Kauf zu nehmen, Herr Kollege Dkfm. Rambossek. Und da halte ich es mit dem Herrn Landesfinanzreferenten, mit Landesrat Mag. Freibauer, der gemeint hat, es wäre falsch, man sollte während eines Konjunkturaufschwunges in Hinsicht auf die Förderung der Wirtschaft jetzt nicht auf die Bremse steigen. Wie gesagt, mir ist eine ordentliche Beschäftigungspolitik wichtiger. Wir werden das bei guter wirtschaftlicher Entwicklung zweifelsohne zustande bringen, diese derzeit etwas stärker ausgefallene Verschuldung wieder auszugleichen. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! *(Beifall bei der SPÖ, den Abg. Dr. Strasser u. Ing. Hofbauer sowie LR Gabmann.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Hochverehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Keusch hat eine ganz genaue und imponierende Analyse der Wirtschaftssituation in Niederösterreich gegeben. Und ich glaube, in seiner Analyse hat er auch sehr vieles von dem angesprochen, was im heutigen Wirtschaftsleben gang und gäbe ist. Er hat insbesondere auch der Wirtschaftspolitik der NÖ Landesregierung in vielen Teilbereichen ein sehr, sehr gutes Zeugnis ausgestellt und ich möchte das auch namens der ÖVP-Fraktion für den Landeshauptmann, den Landeshauptmannstellvertreter, für den Finanzreferenten und für den Wirtschaftslandesrat unterstützen und das unterstreichen, was der Vorredner gesagt hat.

In einem Punkt möchte ich einen Hinweis anbringen. Im Bereich des Tourismus hast Du zu Recht verwiesen auf das Leitbild 2001 und hast auch zu Recht darauf verwiesen, daß jetzt die Umsetzung folgen muß. Ich glaube, daß wir hier insgesamt auf einem sehr guten Weg sind, den der Herr Wirtschafts- und Tourismuslandesrat eingeschlagen hat. Daß es ab 1. Jänner 1995 eine neue Struktur gibt in der gesamten Bewertung des Fremdenverkehrs in Niederösterreich. Daß wir innerhalb von wenigen Wochen eine Geschäftsführung und eine Struktur haben werden, die aktiv daran arbeitet in Zusammenarbeit mit der Österreichwerbung und wir uns sehr bald, sehr modern und sehr effizient auch im Ausland wie in Berlin und ähnlichen Städten auf internationalen Touris-

musmessen präsentieren werden. Und ich glaube, daß das in einer nächsten Verhandlungen hier in diesem Saal schon entsprechend gewürdigt werden kann. Hier scheint mir der Wirtschaftslandesrat und seine Mitarbeiter im Amt der Landesregierung auf einem sehr, sehr guten Weg zu sein.

Zu Recht hast Du angesprochen, und ich möchte das auch sehr deutlich unterstreichen, die Vollbeschäftigung ist nicht nur für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer, sondern auch für das Land Niederösterreich ein vorrangiges Ziel. Wir haben hören müssen bei der Grundsatzdebatte einige Zahlen zur Situation der Beschäftigung und der Beschäftigten in Niederösterreich. Herr Klubobmann Gratzler! Ich habe mir diese Zahlen angesehen. Sie sind derzeit offenbar anderweitig beschäftigt und können das leider nicht hören. Aber vielleicht können Ihre Fraktionskollegen Ihnen das mitteilen. Denn mit hohem Interesse habe ich gehört, daß der Herr Klubobmann Gratzler vielleicht mit Absicht die Zahlen von Jänner bis Mai 1994 genannt hat und, aus welchen Gründen immer, die Zahlen des letzten halben Jahres dem Hohen Landtag hier nicht in der entsprechenden Form nahegebracht hat. Und das möchte ich sehr gerne tun.

Punkt 1: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist im Oktober in Niederösterreich um 1,2 % gestiegen - im Vergleich zu Österreich um die Hälfte mehr. Die Arbeitslosenzahlen sind um 5,9 % im Oktober gesunken, in Gesamtösterreich um 4,8 % - also um ein Prozent mehr als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Die ausländischen Arbeitskräfte, das, was ja scheinbar die Freiheitliche Partei in keiner Wortmeldung vergißt, zu sagen und zu besprechen, und das möchte ich Ihnen gerne mitteilen und ich gebe Ihnen auch gerne die Kopien, wenn sie Ihnen nicht zur Verfügung stehen oder wenn Sie sie nicht sehen wollen, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte jedenfalls ist im Oktober 1994 um 2,1 % gesunken; im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt auch entsprechend mehr. Und der Ausländeranteil in Niederösterreich ist im Vergleich zum gesamtösterreichischen Anteil und zwar seit dem Jahr 1993 um mindestens ein halbes Prozent weniger als der gesamtösterreichische Anteil. *(Abg. Preiszler, ein Konvolut hochhaltend: Stimmt nicht! - Zwischenruf bei Abg. Haberler.)*

Wissen Sie, wir sollten über Statistiken nicht streiten, wir sollten sie uns einfach ansehen. Ich gebe Ihnen gerne die Unterlage vom Statistikrefe-

rat und dann überprüfen wir das gemeinsam. Und wenn Sie der Meinung sind, daß sich hier jemand geirrt hat, dann besprechen wir das gemeinsam.

Was besonders erfreulich ist - und auch das sollten wir festhalten - daß gerade in jenen Gebieten in Niederösterreich mit schwierigen Beschäftigungssituationen, ein ganz besonderer Fortschritt festzustellen ist. Also, wenn ich mir die Zahlen vom Oktober 1994 ansehe, insbesondere in den Bereichen Berndorf, Gmünd und Neunkirchen, wo gute Erfolge erzielt worden sind. Dort ist in Zusammenarbeit - und das muß man auch sehr deutlich sagen - mit der Arbeitsmarktverwaltung, mit der Arbeiterkammer, mit dem Wirtschaftslandesrat, mit der Frau Landeshauptmannstellvertreterin und dem Soziallandesrat gemeinsam in einem Maßnahmenpaket für unsere Arbeitnehmer sehr viel Positives passiert.

Und wissen Sie, meine Damen und Herren von der FPÖ, ich habe mir Ihre letzten Vorschläge angeschaut zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Ich darf Sie daran erinnern, was Ihre Kollegen auf der Bundesebene hier vor einigen Tagen vorgeschlagen haben. Ich darf Ihnen das zitieren und wörtlich vorlesen. Unter dem Titel "FPÖ präsentiert Sparpaket" steht da: "Schaffung von zusätzlich 50.000 Arbeitsplätzen durch höhere Einnahmen bei den Sozialversicherungsbeiträgen und bei der Lohnsteuer." Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, schlagen hier in Ihren Konzepten vor, Erhöhungen der Steuern und Erhöhungen der Sozialabgaben. Das scheint mir auch ein bemerkenswertes Ding zu sein. Und wissen Sie, was Sie noch vorschlagen? Ich darf Sie daran erinnern. Zum Beispiel Ausländerpolitik. Wissen Sie, was Sie vorschlagen, Herr Kollege Marchat? Darf ich Ihnen das vorlesen, wenn Sie Ihre eigenen Papiere nicht kennen sollten. Daß öffentliche Krankenhausleistungen durch Ausländer, wie zum Beispiel Urlauber, nicht ohne Kostenbeteiligung in Anspruch genommen werden können. Wissen Sie, was das heißt? Das jeder Österreicher, der irgendwo im Ausland krank wird, daß der plötzlich riesige Probleme mit der ärztlichen Versorgung bekommt, weil es bekanntlich internationale Verträge gibt. Daß derjenige, der in österreichischen Krankenhäusern als Urlauber etwa nicht versorgt wird, auch einem Österreicher im Ausland keine Versorgung gewährt. Und diese Bereiche und diesen Schutz der Österreicher, die sich als Urlauber im Ausland bewegen, den wollen wir nicht abschaffen und den werden wir nicht abschaffen! *(Abg. Marchat: Seht doch zu, daß die ärztliche Versorgung in NÖ klappt, das ist wichtiger!)*

Der Herr Abgeordnete Keusch hat zu Recht hingewiesen auf die letzten Zahlen, die genannt worden sind vom November. Gestern sind diese bekanntgegeben worden. Wir dürfen mit ein bißchen Freude und Genugtuung festhalten, daß im November 1994 wieder um 7.418 Arbeitnehmer mehr Beschäftigung gefunden haben. Ich glaube, auch das ist ein Zeichen dafür, daß wir auf dem richtigen Weg sind.

Damit komme ich zu den Resolutionsanträgen. Vorerst zu dem von Herrn Abgeordneten Preiszler eingebrachten Resolutionsantrag. Auch hier ein klares Wort, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die NÖ Volkspartei ist nicht dafür, daß die Judensterne wieder eingeführt werden. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Das ist nicht die Art und Weise, wie man das macht. Wir halten mehr davon und das würde ich Ihnen gerne anraten, daß wir gemeinsam die Dinge anschauen, die in der Arbeiterkammer richtigerweise und sinnvoll erarbeitet worden sind. Den von der sozialdemokratischen und von der ÖAAB-Fraktion unter AK-Vizepräsidenten Dirnberger erarbeiteten Vorschlägen, denen sollte man nähertreten. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ. - Heftige Unruhe bei Abg. Haberler.)*

Wissen Sie, Herr Abgeordneter, nicht die Lautstärke in diesem Landtag, sondern die Macht und die Gewalt der Argumente zählen hier. Sie müssen da woanders hingehen, wenn Sie glauben, daß man durch Lautstärke manche Dinge regeln kann. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. der SPÖ.)*

Man sollte vielleicht überlegen und gemeinsam überlegen, ob man mit einem Anmeldebuch weiterkommt. Man sollte überlegen, ob man die Sozialversicherungskarte verwenden kann. Man soll die Dinge überlegen, die in der Arbeiterkammer zu Recht diskutiert und verhandelt werden und dort ein vernünftiges Maßnahmenpaket gemeinsam vortragen und gemeinsam dann auch umsetzen. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Resolutionsantrag ab.

Ein zweiter Resolutionsantrag wurde vom Herrn Dkfm. Rambossek eingebracht betreffend den periodischen Wechsel von Wirtschaftsprüfern. Ich darf auch hier sagen - und wir haben das ja in einem Gespräch während der Landtagssitzung feststellen können - der Herr Wirtschaftslandesrat hat von sich aus eine klare Vorstellung, wie er ab dem nächsten Jahr diese Frage der Wirtschaftsprüfer behandeln will. Und er hat von sich aus Veranlassungen getroffen, daß eine im Sinne des Ergebnisses dieses Antrages entsprechende Umsetzung erfolgt. Ich möchte in diesem Sinn auch ersuchen, daß die Vorschläge des Wirtschaftslandes-

desrates von der FPÖ noch einmal geprüft werden.

Damit zum Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Keusch betreffend Beschaffung von Panoramawegen. Wir müssen festhalten und feststellen, daß wir innerhalb der ÖBB die Gourmetzüge haben. Eine sehr, sehr gute Einrichtung, die sehr gut funktioniert. Die leider völlig "überausgelastet" ist. Es scheint für den, der das von außen her prüft, daß das ein bißchen auch daran liegen könnte, daß die Organisation verbessert werden sollte. Und damit ein wesentlich besserer Zugang jener Interessenten, die solche Panoramawägen oder Gourmetzüge besuchen wollen, auch entsprechend erreicht werden kann. Mit einem Schmunzeln möchte ich bemerken, nachdem nicht zu erwarten ist, daß der Semmering-Tunnel bald kommt und man auch im Semmering-Tunnel nichts sähe, ist es nicht vordringlich, daß wir solche Panoramawagen haben. Außer es wäre daran gedacht, etwaige Transporte über die Grenze, auch von größeren Gütern, wie das in den letzten Wochen scheinbar passiert ist, dadurch leichter sichtbar zu machen. Aus vielen dieser Gründe sagen wir, namens der Fraktion der Volkspartei können wir diesem Resolutionsantrag nicht unsere Zustimmung geben.

Damit komme ich zu den Schwerpunkten 1995 des Wirtschaftsbudgets. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Das Jahr 1994 ist vom Herrn Finanzlandesrat Mag. Freibauer ganz bewußt unter den Prätext gestellt worden der Arbeitsplatzsicherung und der Konjunkturbelebung. Daher hat der Herr Finanzlandesrat im jetzt gültigen Budget eine Konjunkturmilliarde vor allem zur Ankurbelung wirtschaftlicher Maßnahmen eingeführt und auch in Umsetzung gebracht. Und was dem Wirtschaftslandesrat und dem Finanzlandesrat bei diesem Budget 1995, wie ich glaube, gemeinsam gelungen ist, ist jene Tatsache, daß in diesem Wirtschaftsbudget nicht nur die Konjunkturmilliarde beibehalten, sondern noch um über drei Prozent erhöht werden konnte. Und ich glaube, gerade im Übertritt nach Europa, im Eintritt zur Europäischen Union ist das ganz ein entscheidender Punkt, den wir in diesem Bereich einzubringen haben. Denn ich möchte das so bezeichnen, wie das der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl gesagt hat, vor welchen Aufgaben wir stehen an der Schwelle zu Europa, an der Schwelle zum 1. Jänner 1995. Er hat das in vier Punkten zusammengefaßt. Helmut Kohl hat als Punkt 1 gesagt, die Beschäftigten in Deutschland haben die kürzeste Wochen- und

Lebensarbeitszeit. Zugleich leisten wir uns die kürzesten Maschinenlaufzeiten.

Punkt 2: Für den Erhalt nicht wettbewerbsfähiger Wirtschaftszweige wird mehr Geld ausgegeben, als staatliche Mittel im Forschungsbereich zur Verfügung stehen.

Punkt 3: Bürokratie, komplizierte Verwaltungsverfahren und überlange Genehmigungsfristen erschweren die Ansiedlung moderner Industrien.

Punkt 4: Im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung zeichnen sich nach der Jahrtausendwende dramatische Veränderungen ab. Im Jahr 2030 wird voraussichtlich jeder Dritte über 50 Jahre alt sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir über die Wirtschaftssituation Niederösterreichs, wenn wir über den Wirtschaftsstandort Niederösterreich nachdenken, dann sind viele dieser Punkte auch für uns Punkte, die wir in unseren Zukunftsüberlegungen einzuschließen haben. Und daher möchte ich diese Förderungsphilosophie des Herrn Wirtschaftslandesrates Gabmann ganz klar unterstützen, die er in drei Punkten zusammengefaßt hat:

Punkt 1: Die beste Förderung vor allem für unsere mittelständische Wirtschaft und für unsere Industrie ist, wenig Bürokratie und weniger Verwaltungsaufwand. "Schneller und schlanker" heißt die Devise. Und hier haben sich alle, die dazu beitragen können, ein bißchen auch am Riemen zu reißen.

Punkt 2: Wir müssen voll investieren - Und Niederösterreich ist dabei und ist eigentlich Tabellenführer - in die Bildung und Ausbildung für unsere jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Donau-Universität, die Fachhochschulen - der Herr Abgeordnete Gruber hat hier ein Plädoyer für die Fachhochschule in St. Pölten gehalten - die technischen und die Ingenieurausbildungszweige in Niederösterreich, das sind Dinge, die uns in der Zukunft stark beschäftigen sollen. Landesrat Gabmann sagt zu Recht, wir müssen ein "upgrading" unserer Infrastrukturförderung betreiben. Vor allem im Bereich der Verkehrs- und Kommunikationssysteme, in den Technologieparks und Wissenschaftsparks. Hier gibt es die verschiedensten Standorte, die anstehen, sei es Wr. Neustadt, seien es Gmünd und andere. Hier müssen wir weiterkommen.

In diesem Sinne und anschließend an das, was Herr Kollege Keusch vorhin gesagt hat, darf ich aufrufen: Tragen wir die Förderungsphilosophie und die Aktivitäten des Wirtschaftslandes mit, tragen wir mit die Beschäftigungsaktivitäten des Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger und der Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop.

Denn dann, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg für das Zukunftsland Niederösterreich in der Europäischen Union. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Der Geräuschpegel ist oft sehr hoch. Ich bitte, auf den jeweiligen Redner Rücksicht zu nehmen. Ich danke für das Entgegenkommen. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Nach der emotionalen Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Strasser möchte ich wieder zum Tourismus zurückkehren, bevor ich dann Stellung nehme dazu. Ich glaube, wir sind uns einig darüber, daß Niederösterreich, vor allem was verschiedene Tourismussparten betrifft, gute Entwicklungsmöglichkeiten hat. Die Experten weisen immer wieder darauf hin, daß dies vor allem für den Gesundheitstourismus, aber auch für den Sporttourismus gilt. Daß hier für Niederösterreich ein entsprechender Wachstums- und Hoffnungsmarkt besteht. Daß eben sehr gute Voraussetzungen gegeben sind, um die sich Niederösterreich ganz besonders bemühen soll.

Wir meinen daher, das Tourismusleitbild, die verschiedenen Regionalkonzepte sind ja auch gegeben. Und Kollege Keusch als Vorredner hat das ja schon erwähnt und auch einen Resolutionsantrag eingebracht, daß entsprechende Konzepte zur Finanzierung und Umsetzung in Anlehnung an das Tourismusleitbild und in Anlehnung an die Regionalkonzepte geschaffen werden sollen. Ich möchte aber im Zusammenhang mit diesen zu schaffenden Konzepten auch darauf hinweisen, daß sich heute nach Expertenmeinungen die Tourismus- und Freizeitbranche, so wie jede andere Wirtschaftssparte mit immer kürzer werdenden Produktlebenszyklen auseinanderzusetzen hat. Daher bedeutet dies und ist dies ein Erfordernis, sich laufend auf die Konsumentenwünsche, laufend auf die Nachfrageveränderungen einzustellen und zu reagieren.

Erhebungen haben ergeben, daß in den Reisemotiven in den nächsten Jahren Veränderungen zu erwarten sind. An der Spitze soll stehen das Motiv, zurück zur Natur, zurück zu einer intakten Umwelt. An der Spitze soll stehen, wiedererwachendes Interesse für Brauchtum und Tradition des Gastgeberlandes. An der Spitze soll stehen, Wohlbefinden und Gesundheit. Ich glaube, das alles haben wir in Niederösterreich zu bieten. Niederösterreich hat die Möglichkeit, seine

Chancen, seine Position als Zielland des Tourismus auszubauen. Dieser Trend für die Zukunft verlangt aber auch entsprechendes Marketing, will man die Chancen für regionaltypische Angebote auch nützen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Ausgliederung der Tourismuswerbung aus der Landesverwaltung eingehen, die ab dem 1. Jänner 1995 den Mantel einer GesmbH umgehängt bekommt. Der Sachbereich der NÖ Tourismuswerbung soll also ab 1. Jänner 1995 in die NÖ Werbung GesmbH übergehen, von der erwartet wird, daß sie in Zukunft flexibler, damit auch wirtschaftlicher als die Landesverwaltung agiert, wie dies bei jeder Privatisierung normalerweise der Fall ist. Wir begrüßen das wirklich dem Prinzip nach. Wir haben diesem Vorhaben auch in der Regierungssitzung zugestimmt. Nur, beim Studium des Voranschlages für 1995 habe ich doch verschiedene, sagen wir, Ungereimtheiten, ohne daß das Wort böse verstanden wird, in Zielrichtung der Privatisierung festgestellt. Nämlich, daß eigentlich über das Budget nach wie vor der Einfluß auf die Tourismuswerbung im Amt der Landesregierung angesiedelt bleibt. Man muß das mit den trockenen Zahlen sehen. Denn von den insgesamt für touristische Werbemaßnahmen ausgewiesenen Budgetansätzen von immerhin rund 71,5 Millionen Schilling erhält die ausgegliederte, oder ich möchte meinen, man sollte wirklich hier den Weg in Richtung Privatisierung gehen, erhält die ausgegliederte NÖ Werbung rund 24 Millionen Schilling oder 33,5 %. Rund 47,5 Millionen Schilling werden weiterhin in der Tourismusabteilung des Amtes der Landesregierung verwaltet und für Werbe- und Marketingmaßnahmen eingesetzt. Ob das der richtige Weg ist, darf ja wohl angezweifelt werden. Im Detail handelt es sich um 11,5 Millionen Schilling für den Mitgliedsbeitrag an die Österreichwerbung. Hier frage ich mich schon, nachdem ich aus verschiedenen Pressemeldungen wahrnehmen mußte, daß eine gezielte Werbekampagne in Richtung der Anwerbung der Urlaubsgäste aus Deutschland daran gescheitert sein soll, daß auch seitens Niederösterreich kein höherer Beitrag geleistet wurde.

Zwei Millionen Schilling von diesen 47,5 Millionen sollen die Gemeinden für den Druck von Ortsprospekten erhalten. Nach meiner Information müssen diese Gemeinden ihre Prospekte dem Amt bzw. der Abteilung im Amt der NÖ Landesregierung vorlegen. Ich meine, es sollte hier wirklich ein anderer Weg eingeschlagen werden. Ich meine, es sollten - und das setze ich ja voraus, daß in der NÖ Werbung GesmbH Marketing-

fachleute tätig sein werden - daß man hier eine Entlastung der Landesverwaltung herbeiführt und vielleicht diese Prospekte von den Marketingfachleuten im Sinne einer wirklichen Privatisierung begutachten läßt, wenn man schon die Begutachtung der Prospekte, die seitens der Gemeinde geschaffen werden, vor hat.

13 Millionen Schilling von den 47,5 Millionen erhalten die Tourismusregionen aus der Regionaltaxe über die Tourismusabteilung der Landesverwaltung. Und weitere 16,5 Millionen Schilling sind in diesem Budgetansatz vorgesehen für Subventionen an Regionalorganisationen. Ich meine hier, es sollte wirklich eine Linie des Tourismusmarketing gefunden werden, daß nicht einerseits Subventionen vergeben werden und andererseits Marketingstrategien von der ausgegliederten GesmbH wahrgenommen werden sollen. Daß dieses nützt, hat ja auch der Resolutionsantrag meines Vorredners Keusch, zumindest hinsichtlich seiner Begründung gezeigt. Es wurde auch von dieser Stelle aus betont, daß die Tagestourismuszahlen steigen, daß die Nächtigungszahlen jedoch zurückgehen. Und da meine ich, daß diese Mittel, die der Tourismuswerbung zur Verfügung stehen, gezielt und von einer Hand eingesetzt werden sollen.

Ich habe mir aber auch den Gesellschaftsvertrag der neuen NÖ Werbung GesmbH ein bißchen angeschaut. Dabei mußte ich feststellen, daß diese GesmbH, auf die ja alle unsere Zukunftshoffnungen in großem Maße ruhen, keinerlei, wenn man es so sagen darf, keinerlei Zugriffsrecht, keine Zugriffsmöglichkeiten auf die regionale Ebene hat. Das kommt mir ein bißchen so vor, wie wenn der Herr Landeshauptmann keine Zugriffsmöglichkeit auf seine Bezirkshauptmannschaften hätte und diese Bezirkshauptmannschaften die Entscheidungen der Landesregierung oder des Landtages auf rein freiwilliger Basis exekutieren könnten. *(Abg. Gabmann: Kennen Sie das Prinzip der Subsidiarität?)*

Das ist richtig. Aber er hat die Möglichkeit, auf die Bezirkshauptmannschaften bezüglich der Regierungsbeschlüsse und bezüglich des Landtages durchzugreifen, Herr Landesrat. In dem GesmbH-Vertrag ist diese Möglichkeit nach meiner Meinung und nach meinem Studium jedoch ausgeschlossen. Und daher glaube ich, daß mit dieser Privatisierung eigentlich der Zweck, der angestrebt worden ist, nicht erreicht wurde. Wir haben auch mehrmals darüber gesprochen, Herr Landesrat, und die Lösung hat ja von der ersten Ankündigung weg doch eine lange Zeit in Anspruch genommen. Gut Ding braucht Weile, bin

ich ganz mit Ihnen in Übereinstimmung. Aber das Ziel, das ich eigentlich aus Ihren ersten Äußerungen im Jänner und auch aus den Äußerungen des Herrn Landeshauptmannes immer wieder herausgehört habe, daß es zu einer Entbürokratisierung, zu mehr Effizienz usw. kommen sollte, ich glaube, dieses Ziel ist mit dem Korsett des Gesellschaftsvertrages wirklich nicht erreicht worden. *(LR Gabmann: Herr Kollege! Sie kritisieren etwas, das noch gar nicht begonnen hat! Das beginnt doch erst mit Jänner '95!)*

Herr Landesrat! Wir beide wissen, daß Sie der Landesregierung praktisch einen Gesellschaftsvertrag vorgelegt haben und die Zustimmung dazu bekommen haben. *(LR Gabmann: Das habt Ihr mitbeschlossen!)*

Und Sie wissen genauso, daß die Mitglieder des Landtages derartige Vorlagen erst nach einem Beschluß der Landesregierung studieren können. Und ich meine, Landesrat Schimanek ist ein exzellenter Fachmann auf seinem Gebiet, er kann aber nicht in allen Belangen der Fachmann sein. Ich habe die Vorlage erst nach dem Regierungsbeschluß, das habe ich auch erwähnt, durchstudiert und mir angeschaut. Und da komme ich zu meinen Schlüssen, weil ich glaube, Herr Landesrat, Du kannst mir zutrauen, daß ich GesmbH-Verträge lesen kann. *(LR Mag. Freibauer: Also das ist eine Kritik am Verhalten des Herrn Landesrat Schimanek!)*

Nein! Ich habe gesagt, der Landesrat Schimanek ist auf seinem Gebiet ein exzellenter Fachmann, aber man kann nicht bis ins kleinste Detail in allen Punkten Fachmann sein. Und daher kann es ganz ohne weiters passieren, daß er einen Beistrich oder einen Punkt vielleicht in einem GesmbH-Vertrag nicht so wertet, wie wir das werten. Und das muß mir ja zugestanden werden. *(LR Gabmann: Aber Herr Kollege! Jetzt haben wir eine Gesellschaft, im Jänner fangen wir an! Können wir das nicht einmal gemeinsam annehmen?)*

Herr Landesrat! Ich sage Ihnen auch nur meine Meinung. *(LR Mag. Freibauer: Nein, Sie kritisieren Landesrat Schimanek!)* Herr Landesrat Freibauer! Sie nehmen immer das Wort kritisieren in den Mund. Das ist ja nicht wahr! Das hätten Sie gerne, wenn ich das tue. Ja, das hätten Sie gerne. Nehmen Sie doch einmal meine Wortmeldung so, wie sie gemeint ist. Sie werden doch auch wissen, daß man jeden Gesellschaftsvertrag ändern kann. Nehmen Sie einmal meine Worte, Herr Landesrat Freibauer, wirklich einmal als Anregung, damit auch die Mitglieder der Landesregierung über freiheitliche Vorstellungen nachdenken. Das wäre manchmal ganz gut, glauben Sie mir das! *(Beifall bei der FPÖ. - LR Mag. Freibauer: Deswegen sitzt doch ein Regierungsmitglied der FPÖ in der Regierung, damit die FPÖ mitreden kann.)*

Aber wenn Sie mir zugehört haben, habe ich gesagt, wir haben in der Regierungssitzung im Prinzip auch zugestimmt. Habe ich etwas anderes gesagt? Das kann man im Protokoll dann nachlesen, bitte. Ich habe Ihnen gesagt, nehmen Sie manchmal die Vorstellungen von uns auf, denken Sie nach, es würde sicher einiges besser sein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte aber auch heute diese Debatte nochmals zum Anlaß nehmen, auf die sogenannte "Zeltfestproblematik" zurückzukommen. Ich glaube, es ist eines klar: Daß wir Freiheitlichen hier im Landtag eben eine unterschiedliche Meinung zur Österreichischen Volkspartei, zur Sozialdemokratischen Partei vertreten haben. Nämlich, daß die gewerbliche Gastronomie, die Gastwirte nicht die Verlierer bei den angestrebten Ausnahmeregelungen sein dürfen. Wir haben aber auch - und das sage ich ganz deutlich hier - Verständnis dafür gezeigt, daß die Feuerwehren und die Rettungsdienste für die Abhaltung von Festen ohne Gewinnabsicht an höchstens drei Tagen der Gewerbeordnung entzogen werden sollen. Wir sind aber auch massiv dafür eingetreten, daß derartige Feste die örtliche Gastronomie nicht benachteiligen dürfen, daß die Chancengleichheit ganz einfach zwischen Gastwirt und Freiwilliger Feuerwehr sowie Vereinen, die gemeinnützigen Zwecken dienen, gewahrt bleiben müsse. Ich betone es heute nochmals: Die Gasthäuser müssen als Kommunikationszentren erhalten bleiben. Wir müssen alles tun, das Wirtshaussterben in Niederösterreich zu stoppen. Ich bringe daher in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag ein *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zur Gruppe 7 zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995, Ltg. 218/V-2, betreffend Geltendmachung von Steuerfreibeträgen durch gastronomische Betriebe bei Abhaltung von sogenannten 'Zeltfesten'.

Die Abhaltung von Zeltfesten in Gemeinden durch Freiwillige Feuerwehren, Rettungsdienste etc. ist sicherlich eine gewisse Notwendigkeit. Man darf dabei aber die gastronomischen Betriebe nicht außer Acht lassen und muß ihnen auf jeden Fall Chancengleichheit zubilligen. Dies wäre durch die Einführung eines Steuerfreibetrages für Gastwirte für die Anzahl von Tagen, an denen nachweislich derartige Veranstaltungen in der selben Gemeinde erfolgen, möglich. Die Höhe dieses

Steuerfreibetrages sollte sich am Durchschnittswert der Tagesumsätze im Fiskaljahr orientieren.

Freiwillige Feuerwehren, Rettungsdienste, sowie Vereine, die gemeinnützigen, mildtätigen oder karitativen Zwecken dienen, erhalten zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes Geld durch die öffentliche Hand. Dennoch müssen sie zur Finanzierung ihrer Tätigkeit in den meisten Fällen Eigenmittel aufbringen. Diese werden im wesentlichen durch Spenden, aber auch durch Veranstaltung von Festen aller Art, wie Heurigen, Frühschoppen, Zeltfeste usw. aufgebracht. Sofern diese Veranstaltungen an höchstens drei Tagen im Jahr mit einer gastgewerblichen Tätigkeit verbunden sind, so die derzeitige Gesetzeslage, müssen diese Vereine weder Umsatz- noch Ertragssteuer entrichten. Dies darf andererseits jedoch nicht zu einer Benachteiligung der örtlichen Gastronomie führen. Deshalb sollte eine Gleichbehandlung zwischen Gastwirt und derartigen Veranstaltern in steuerlicher Hinsicht geschaffen werden.

Dazu einige Zahlen:

1993 gab es in Niederösterreich 3.225 derartige Veranstaltungen, wovon 1.068 allein die Feuerwehren organisiert haben. Dazu ist vergleichsweise die Zahl der 'Wirtshäuser', besonders im ländlichen Raum, stark rückläufig. So sperren pro Jahr an die 50 Gastwirte ihren Betrieb zu und diese Entwicklung scheint sich in letzter Zeit zu beschleunigen.

Daher ist aus diesen Gründen eine steuerliche Gleichbehandlung der Gastwirte durch die Möglichkeit der Geltendmachung von Steuerfreibeträgen bei Zeltfesten eine unabdingbare Notwendigkeit.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei den zuständigen Stellen des Bundes im Sinne der Antragsbegründung Änderungen im Umsatz- und Ertragssteuerrecht zu erwirken, wonach gastronomische Betriebe Steuerfreibeträge bei Abhaltung von sogenannten Zeltfesten in ihrer Betriebsstandortgemeinde geltend machen können."

Ich möchte auch auf einige meiner Vorredner eingehen: Wenn etwa der Herr Abgeordnete Dr. Strasser gemeint und unterstrichen hat die Förderungsphilosophie von Herrn Landesrat Gabmann, so habe ich hier vom Rednerpult bitte immer erklärt, daß wir das NÖ Beteiligungsmodell

begrüßen, weil es der effizienteste Weg ist, der mittelständischen Wirtschaft Beteiligungskapital zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, ich habe auch heute in meiner Rede gesagt, daß es darum geht, eine gewisse Abhängigkeit der mittelständischen, der kleineren Betriebe von den Banken einzudämmen und dazu ist das ein gutes Modell. Und wenn der Herr Abgeordnete Breininger dazu gemeint hat, das ist nicht administrierbar, also dem kann ich mich wirklich nicht anschließen, weil im Zeitalter der EDV ist alles administrierbar. *(Zwischenruf bei LR Gabmann.)*

Bitte, darf ich den Satz noch sagen, Herr Landesrat? Worum es wirklich geht ist, daß man vielleicht in die Förderungsvoraussetzungen eben aufnehmen muß, daß Voraussetzung wäre, einmal ein geordnetes Rechnungswesen vorzufinden. Daß Voraussetzung wäre, auch eine entsprechende zukunftsorientierte Unternehmensplanung, damit wir auch wissen, wofür die Haftung übernommen wird. Und daß das im Zeitalter der EDV nicht administrierbar wäre, dem kann ich mich bitte nicht anschließen.

Und wenn der Herr Kollege Keusch von einer ordentlichen Beschäftigungspolitik gesprochen hat, so vertreten auch wir die Meinung, daß die Arbeitsplätze erhalten werden sollen. Daß neue geschaffen werden sollen und bestehende abgesichert werden sollen. Und ich habe auch in meinen Ausführungen gesagt, daß eine Steigerung der arbeitsplatzrelevanten und wirtschaftsfördernden Ausgaben, wie der Herr Landesrat Mag. Freibauer selbst in seiner Presseaussendung gemeint hat, um 3,3 % auf 15,3 Milliarden Schilling meines Erachtens nicht ausreicht, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn ich nämlich diese 3,3 % bitte im Vergleich dazu setze, daß das gesamte Ausgabenwachstum auf 4,1 % ansteigt. Dazwischen klafft etwas. Und ich glaube, in einer Zeit, wo wir uns um jeden Arbeitsplatz und um die Erhaltung eines jeden Arbeitsplatzes bemühen müssen, ist es nur richtig, daß man sagt, diese wirtschaftsfördernden und arbeitsplatzrelevanten Ausgaben sollten zumindestens im gleichen Ausmaß wie das Gesamtbudget steigen.

Und wenn der Herr Abgeordnete Dr. Strasser hier auch aufgezeigt hat bezüglich der Arbeitsplatzsicherung, dann muß ich schon sagen, daß sich die ÖVP bitte selbst widerspricht. Ich weiß nicht, welcher Kollege es in der Gruppe 0 war, der aufgezeigt hat, daß die Gemeinden die größten Investoren sind. Und wenn die Gemeinden nun einmal die größten Investoren sind, glaube ich, wird mir jeder wirtschaftlich denkende Mensch recht geben, daß sie damit auch Arbeitsplätze

absichern, damit auch zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Warum habe ich gesagt, die ÖVP widerspricht sich selbst? Ich darf Ihnen zitieren aus einer Pressekonferenz des Herrn Landesrates Mag. Freibauer bzw. aus einem Artikel im "Standard" unter der Überschrift: "Niederösterreich - Sparen in allen Bereichen soll Schuldenzuwachs bremsen". Unter anderem steht in diesem Artikel wie folgt: Sparen will er in allen Bereichen, der größte Brocken wird allerdings im Gesundheitswesen und bei den Gemeindeförderungen liegen. Meine Damen und Herren von der ÖVP! Sie widersprechen sich selbst, indem Sie einerseits die Gemeinden als die größten Investoren darstellen und andererseits Ihr Finanzlandesrat nachweislich im "Standard" diese Äußerung getan hat! Und wenn hier auch erwähnt wurden die Vorschläge der Freiheitlichen auf Bundesebene zur Arbeitsplatzbeschaffung von 15.000 Arbeitsplätzen, so würde ich halt, wenn das angezweifelt wird, Herr Dr. Strasser auch ein bißchen darüber nachdenken.

(Zweiter Präsident Haufek übernimmt den Vorsitz.)

Zusätzliche Arbeitsplätze bewirken nun einmal erhöhte Sozialversicherungsprämien. Zusätzliche Arbeitsplätze bewirken nun einmal höhere Lohnsteuereinnahmen. Und mit diesen höheren Steuereinnahmen, Herr Dr. Strasser kann man nun einmal auch entsprechende Förderungen der Wirtschaft zur Verfügung stellen, kann man die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Ich möchte auch auf noch etwas hinweisen, aber das dürfte den Damen und Herren der ÖVP ein bißchen entgangen sein, als ich zur Wohnungsdebatte zu dieser Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, gesprochen habe. Da habe ich Ihnen gesagt, daß die Wohnungsnot in Österreich auch zusammenhängt mit der Gesamtabgabenquote. Das ist nachgewiesen in einer Studie, ich stelle sie Ihnen gerne zur Verfügung, daß die Gesamtabgabenquote in Österreich zu hoch ist und dadurch verschiedene Jungfamilien auch das Primärbedürfnis nach Wohnraum selbst nicht befriedigen können.

Und weil hier auch immer wieder zitiert wird aus dem Regierungsabkommen darf auch ich bitte daraus zitieren. Was steht da drinnen? "Steuern und Sozialversicherungsbeiträge können daher künftig nicht mehr getrennt gesehen werden. Gerechtigkeitsabwägungen machen vielmehr eine Gesamtbetrachtung von Lohnsteuer und Sozialabgaben erforderlich, um einen für den

Sozialstaat akzeptablen gleichmäßigen Verlauf der Gesamtbelastung zu gewährleisten." Ich meine daher, wenn der Herr Abgeordnete Dr. Strasser derartiges in den Raum stellt bezüglich unserer Vorschläge auf Bundesebene zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Absicherung von Arbeitsplätzen, dann soll er vorerst das gesamte Regierungsübereinkommen lesen und nicht nur vielleicht eine ihm so zugetragene Meldung hier zitieren. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt nun der Herr Abgeordnete Preiszler.

Abg. PREISZLER *(FPÖ)*: Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Der Grund meiner Wortmeldung ist der, leider ist Herr Dr. Strasser nicht hier, aber ich hoffe schon, das an die Herren der ÖVP gerichtet, daß Sie ihm sagen, daß er heute wiederum etwas von sich gegeben hat, das wirklich vollkommen unplaziert war. Ja nicht nur das, sondern gegen jeden guten Geist verstößt.

Ich glaubte, daß es ein einmaliger Ausrutscher war des Herrn Dr. Strasser im Vorjahr, und zwar in der fast gleichen Kulturdebatte, wo er sich fürchterlich geäußert hat, unter anderem mit dem Ausdruck daß wir Zünder wären, Häuslanzünder sind und dergleichen. Heute, das mit den Judensternen ist wirklich sehr, sehr arg. Und ich würde schon sehr bitten darum, hier im Hohen Haus die Würde zu wahren und sich dessen bewußt zu sein, was man hier zum Ausdruck bringt. Und nicht leichtfertig mit Dingen umzugehen, die man letztendlich immer wiederum der Freiheitlichen Partei vorschmeißt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Also, Herr Dr. Strasser, ich glaube, daß es nicht so sein kann im Interesse der Zusammenarbeit hier im Hohen Haus und überall dort, wo man zusammenarbeiten soll, immer wiederum mit solchen Dingen zu kommen, die wirklich niemanden interessieren! Interessieren vielmehr sollte der ÖVP sehr wohl, was draußen in der Wirtschaft, was draußen politisch geschieht. Und ich glaube, das wäre der Aufmerksamkeit wert, dem wäre mehr Augenmerk zu widmen.

Ich darf nochmals zitieren - ich habe auch mit dem Herrn Wirtschaftslandesrat darüber gesprochen - und ich darf Ihnen hier sagen, in diesem Papier, das ich gestern nicht zitiert habe, aus dem Koordinations-Ausschuß sagt das Landesarbeitsamt folgendes: Daß neuerdings eine Umgehung der Bestimmungen oft durch

Neugründung von GesmbHs versucht wird. Das heißt, durch die Ausländer. Hier gibt es eine "crew" von österreichischen Beschäftigten, die das "klaß" umgehen mit Neugründungen von Firmen. Die Landeshöchstzahl für Ausländer in Niederösterreich war Ende April 1994, 1994 im April, bereits um 53 % überschritten und die Bundeshöchstanzahl um 94,7 %. Warum sage ich das? Merken Sie bitte nicht, wie es draußen ausschaut in dieser Sache? Und ich glaube, wenn ich schon wortwörtlich zitiert habe aus dem Regierungsabkommen der neu gegründeten Bundesregierung, daß hier wirklich Handlungsbedarf besteht. Und darum kann es

nicht so sein, wie Sie sagten, daß naja, die Bundesregierung, es steht ohnehin alles geschrieben, wir werden schon etwas daraus machen. Das ist 1990 schon drinnen gestanden. Und es ist sehr wenig gemacht worden. Es geht um Niederösterreich! Begreifen Sie das nicht? Es geht um Ihre Wirtschaft, der Sie vorstehen, und wo Sie im Handlungsbedarf sind, Herr Landesrat! Nicht nur immer reden und Papiere schreiben und Kommissionen, das ist zu wenig. Das ist zu wenig! Es sprechen die Fakten und die Zahlen und hier ist akuter Handlungsbedarf gegeben. Und wir verlangen nicht mehr und nicht weniger als was die Bundesregierung schon 1990 gefordert hat und jetzt noch massiver fordert: Daß hier auch Sie einmal beide gemeinsam begreifen, was draußen wirklich zu geschehen hat. Nichts anderes. Das wollte ich nur zur Verdeutlichung sagen. *(LR Gabmann: Wobei bin ich im Handlungsbedarf? - Abg. Keusch: Diese Aussagen sind allerdings etwas dürftig!)*

Das ist nicht dürftig, Herr Kollege! Wir sind letztendlich ja nicht an der Regierung. An Euch liegt es ja, auf Bundesebene und auch hier auf Landesebene. Ich weiß nicht, Ihr habt immer scheinbar eine gewisse Scheu, wenn Ideen von anderer Seite kommen. Weil dann könnte man vielleicht da irgendwo... Das ist falsch! *(Abg. Uhl: Gute Ideen schon! Die kann man immer verwenden!)*

Gute Ideen, natürlich, Herr Kollege Uhl! Aber dann müssen Sie auch einmal Ideen suchen. Aber nicht mit Polemik hausieren gehen. Das ist wirklich dem Hohen Haus hier nicht zumutbar und ich glaube, Sie wären gut beraten, wenn Sie dem Herrn Dr. Strasser dies erklären könnten. Wir haben geglaubt, er meldet sich überhaupt nicht zu Wort. Diese Wortmeldung hätte er sich ohne weiteres ersparen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Klubobmann Dr. Bauer hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz zu einigen Resolutionsanträgen Stellung nehmen. Zuerst einmal zu der Frage der Geltendmachung von Steuerfreibeträgen durch gastronomische Betriebe bei Abhaltung von sogenannten Zeltfesten. Dieser Antrag ist nicht neu, es ist ein Antrag, der schon einmal gestellt wurde. Wir haben zu diesem Antrag schon einmal begründet, daß das wirklich auseinanderzuhalten ist. Zeltfeste, die letztlich von gemeinnützigen Vereinen auf eine bestimmte Zeit und in bestimmter Form zu begrenzen sind. Und dafür gibt es nun einmal tatsächlich Bedarf nach einer

Regelung im Gewerberecht. Im steuerlichen Bereich ist das ja geregelt und ist damit abgeschlossen.

Ich möchte klarstellen: Es ist nicht zuordbar, wenn man ein Zeltfest abhält, wer wirklich hier wirtschaftlich davon betroffen ist, wenn hier ein Zeltfest eben stattfindet. Ich behaupte sogar, daß viele Großveranstaltungen sogar positive Effekte haben und nicht nur diese negativen Effekte, wie zum Beispiel auch bei größeren Messeveranstaltungen. Denn gerade in dieser Zeit erlebt die Gastronomie einen besonders großen "boom". Und auch dabei finden letztlich Volksfeste statt und die ganze Umgebung profitiert aber.

Das Zweite ist, wenn man eine Gemeinde aus vielen Katastralgemeinden hat und man hier die Ausnahme letztlich erteilt für jeden einzelnen Fall, dann kommt ja das Paradoxe heraus, daß ich das ganze Jahr über nur Steuerfreibeträge zu vergeben habe. Weil ja einer aus der Nachbarkatastralgemeinde mit gutem Recht sagt, ich bin auch ein Betroffener. Und wenn ich jetzt neun Katastralgemeinden hernehme, bedeutet das, daß in der Summe immer irgendwo ein Fest stattfindet. Und im übrigen, Herr Kollege Dkfm. Rambossek, wissen Sie ganz genau, daß die Grenze sozusagen, die Gemeindeabgrenzung nicht das Kriterium einer Befreiung sein kann. Weil die Nachbargemeinde vielleicht näher liegt und dort eine stärkere Betroffenheit herrscht als bei einem, der unmittelbar in dieser Gemeinde lebt. Ich anerkenne durchaus die Tendenz, daß hier ein gewisser Mechanismus geschaffen werden soll. Aber es ist einfach nicht möglich, nicht machbar. Darüber hinaus muß man deutlich sagen, daß hier - und darauf läuft eigentlich der Antrag hinaus - ein Steuerfreibetrag geschaffen werden soll. Und das ist es! Mit dem wollt Ihr hausieren gehen. Und ich muß sagen, dem kann man nicht folgen. Das wollte ich klarstellen. *(Abg. Dkfm. Rambossek: Nein! Hausieren gehen wir nicht! - Abg. Marchat: Womit geht Ihr hinaus?)*

Herr Kollege Dkfm. Rambossek! Das ist nicht böseartig gemeint, das war salopp formuliert. Man geht halt hinaus und sagt, wir hätten Euch einen Steuerfreibetrag herausgerissen, die bösen "Roten" und "Schwarzen" haben das nicht verstanden. Und daher kommt er nicht. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

Sie sind da viel zu geschickt, als daß Sie nicht wüßten, was Sie beantragt haben. Sie wissen das aus fachlicher Sicht ganz genau, daß Sie sich selbst schwer tun würden. Aber als politischen Antrag würde ich das so bewerten und ich möchte gar nicht näher darauf eingehen. Ich respektiere

sozusagen die politische Absicht, aber nicht den politischen Inhalt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch zu einem weiteren Antrag Stellung nehmen, nämlich, auch vom Herrn Kollegen Dkfm. Rambossek eingebracht, zu jenem über den periodischen Wechsel von Wirtschaftsprüfern.

Nun, ich kann der Begründung wirklich nicht folgen. Es ist irgendwo eine diskriminierende Aussage und es sind einige solcher Aussagen enthalten gegenüber Wirtschaftsprüfern. Denn wenn ich auch unter Anführungszeichen sage, das "Wohlverhalten" derart bestellter Wirtschaftsprüfer im Sinne der Wünsche der Geschäftsführung ist Voraussetzung für ein Dauermandat, dann ist das eigentlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Ungeheuerlichkeit. Das ist eigentlich die Aussage, daß die Wirtschaftsprüfer nicht objektiv sind und jenes Siegel, mit dem sie ihre Prüfung beurkunden, eigentlich nichts wert wäre. Ich bin nicht unmittelbar Wirtschaftsprüfer, aber es ist irgendwo aus meinem Studium heraus ein mir sehr nahe verwandter Beruf. Und ich möchte meinen, dieser Bestätigungsvermerk, den man bekommt, der hat einen Wert. Weil tatsächlich in Österreich so geprüft wird, daß man auf den Bestätigungsvermerk vertraut. Und das wissen Sie auch ganz genau. Sogar bei Aufsichtsratssitzungen, wenn dieser Bestätigungsvermerk gegeben wird und gegeben wurde, trägt man haftungsmäßig eigentlich ganz andere Konsequenzen: Nämlich die Nichthaftung, wenn dieser Vermerk von einem Wirtschaftsprüfer gegeben wurde. Ich glaube, diese Formulierung kann so nicht hingenommen werden, ja sie muß sogar schärfstens zurückgewiesen werden, weil das wirklich diskriminierend ist! (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Was aber an sich vielleicht auch mit eingepackt wurde, dieses Problem wurde leider erschlagen von der Einleitung. Das gibt es manchmal. Wenn man als Einleitung so falsche Darstellungen macht, dann ist das, was kommt, sozusagen schwierig zu rechtfertigen. Und ich meine, daß durchaus es Sinn ergibt, daß man sich überlegt, in welchen periodischen Abfolgen Wirtschaftsprüfer eben gewechselt werden. Das ist etwas, womit wir durchaus uns einverstanden erklären. Daß hier Wechsel stattfinden, daß nicht eine Art Dauermandat erfolgt. Das wird auch in allen Firmen gemacht, in jeder größeren Firma wechselt man. Das ist also kein Problem.

Unter Punkt 3 formulieren Sie, ein nachfolgender Wirtschaftsprüfer ist zu verpflichten, in seiner Berichterstattung insbesondere auf Fehler hin-

zuweisen, die durch seinen Vorgänger nicht entdeckt wurden. Ich verstehe das nicht, wo Sie doch aus der Branche sind, daß Sie diese Formulierung getroffen haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann daher dem im Grunde und der Zielsetzung nach durchaus folgen. Aber beim Durchlesen dieses Antrages kann ich mich eher nur wundern. Weil das nämlich von einem Fachmann kommt. Wenn es von irgendwem kommt, sage ich halt, na gut und bin ich großzügiger.

Zur Frage des Resolutionsantrages betreffend Beschaffung von Panoramawagen. Ich möchte noch einmal einen Appell an Sie richten. (*Abg. Lembacher: Glauben Sie wirklich, daß das sinnvoll ist?*) Das ist in der Schweiz eine sehr gute Sache und kommt sehr gut an. (*LR Gabmann: In der Schweiz finanziert das die Bundesbahn!*) Wieso? Man sagt ja immer, daß man für Investitionsmittel die Mineralölsteuer durchaus zur Verfügung stellen kann. Man kann die dann auch blau-gelb gestalten, damit das auch werbeträchtig ist. Damit man sieht, da fährt der "blau-gelbe Panoramawagen". Also ich möchte meinen, daß diese Ablehnung nicht aus einer grundsätzlichen Gegnerschaft zu Panoramas geschieht. Weil ich glaube, daß meine Kollegen von der rechten Reichshälfte durchaus nicht "narrow minded" sind, sondern ansonsten durchaus Panoramasischt haben.

(*Zwischenruf bei der ÖVP: Wir brauchen für unsere Weitsicht keine Panoramawaggons!*) Wenn man so vehement auftritt, daß man gegen größere Sichtweiten ist, dann könnte man das durchaus auch anders verstehen. Aber ich möchte keine Rückschlüsse ziehen, Herr Kollege. Sie kennen mich, ich bin da tolerant. (*Beifall bei der SPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.*)

Ich habe auch nur andeutungsweise und nicht sehr konkret diesen Hinweis gegeben, oder auch nur in Form einer Frage, Herr Kollege Schneeberger, nicht wirklich. (*LR Gabmann: Aber da müssen Sie auch sagen, wie man das bezahlt. Nämlich, wem nehmen wir das weg?*)

Nicht wegnehmen! Ganz einfach: Ich sage Ihnen, wir müssen uns generell über etwas ganz anderes unterhalten. Jetzt fragt sich einmal, was habt Ihr bisher gemacht mit den Millionen aus der Mineralölsteuer? Denn bisher ist es nur thesauriert. Langsam muß man einmal Farbe bekennen, was geschieht damit? Und nicht nur, ich habe das schon in meiner Rede in der Generaldebatte gesagt, "Pingpongspielen", wer was zahlt. Und keiner fühlt sich etwa für die Beteiligungen an den sogenannten Nebenbahnen zuständig. Ich habe das schon einmal gesagt: Dieses Spiel interessiert langsam niemanden mehr, wer hat nun den Aufschlag, Ping oder Pong. Langsam

wollen die Pendler wissen, ob sie sich jetzt verlassen können auf die Beteiligung des Landes in irgendeiner Form, investiv oder eben in Form von Beteiligungen, die man vereinbart. Daß die Bundesbahn Betreiber bleibt, über all das muß man sich einigen. *(LR Gabmann: Aber Herr Kollege! Sie machen für das Defizit der Bundesbahn das Land verantwortlich! Das ist eine bundespolitische Frage, genauso wie die DDSG!)* Nein! Die Mineralölsteuer bedeutet für uns eine Bindung an den Nahverkehr in Wirklichkeit. Und das ist etwas, wozu wir uns bekennen. Aus dieser kommen einige hundert Millionen herein. Und das kann einmal zum Beispiel in eine Komfortausstattung einer Strecke fließen, mit Waggon zum Beispiel. Ich habe schon einmal gesagt, wenn wir hier ein vernünftiges Leasingmodell anbieten, könnte man zum Beispiel mit etwa 50 Millionen jährlichem Aufwand durchaus an die 500 Millionen bis 600 Millionen Anschaffungseffekt erzielen, was eine ungemeine Qualitätsverbesserung für viele Strecken bedeuten könnte. *(Abg. Mag. Schnee-*

berger: Es fährt doch niemand damit!)

Wer fährt nicht damit? Ich rede nicht vom Panoramawagen, ich rede von Pendlern, die sehr wohl fahren! Ich weiß schon, Sie haben immer Angst, daß der Panoramawagen in einen Tunnel fährt. Und den wollen Sie nicht, das weiß ich schon, Herr Kollege! *(Beifall bei der SPÖ.)* Dort bringt ein Panoramawagen natürlich sehr wenig, wenn Sie diesen ansprechen im Süden. Das weiß ich schon alles. Nur, ich rede bereits vom Einsatz der Mineralölsteuer. Und da sind wir uns schon einig, daß sie für den Nahverkehr eine Bindung darstellen sollte. Und daher glaube ich auch, daß wir darüber reden können. Es geht jetzt nicht um die Panoramawagen allein, sondern wollen wir für diese touristischen Strecken so etwas anbieten? Das ist eine Überlegung, das sollte geprüft werden und sollte nicht vorweg einmal abgelehnt werden. Andere haben damit gute Erfahrungen gemacht. Und ich glaube, daß unsere wunderschönen Tourismusstrecken mindestens den gleichen Wert besitzen wie die der Schweizer, die das haben. Man muß nicht alles nachmachen. Aber man kann manches vielleicht mit überlegen. Darum geht es! *(LR Gabmann: Ich hab ja nichts dagegen, aber die ÖBB soll das finanzieren!)*

Schauen Sie, das ist ja immer so. Ich möchte jetzt einmal fragen, wie stellen Sie sich die Verwendung der sogenannte Mineralölsteuer vor, daß Sie Ja sagen können, Herr Landesrat? Das einzige, was Ihnen einfällt, ist, daß die NÖVOG irgendein Geld bekommt und was kaufen darf. Da sind Sie sofort dafür. Aber bei allem anderen sind Sie skeptisch. Und wenn Sie die NÖVOG

anschauen und dann einen Parallelverkehr dort einrichten wollen oder den Konkurrenzverkehr einrichten wollen, dann sind Sie begeistert davon. Denn damit können Sie ein kleines "Altzerl" der Bundesbahn entreißen. Nur, das geht alles in Wirklichkeit zu Lasten der Pendler, um die es geht. Und da können Sie mir erzählen, was Sie wollen. 55 Millionen, glaube ich, sollten einmal überlegt werden. Ob man das jetzt "Luxusbusse" nennt, für mich ist der Begriff ein falscher. Denn es ist kein Luxus, wenn man länger fährt, daß man sozusagen bestimmte Möglichkeiten im Bus vorfindet, etwa auch, um Verspätungen unter Umständen hintanzuhalten. Das ist mir schon alles klar, Herr Kollege. Nur, dort sind Sie sofort großzügig. Dort wissen wir, daß wir 55 Millionen Schilling brauchen. Aber da, wenn es darum geht, die Qualität der Pendlerzüge zu erhöhen, wenn es darum geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß man eine Sicherheit für die Aufrechterhaltung des Regionalverkehrs gibt, dazu ist man dann sozusagen nicht bereit. Und da meine ich dieses, "Pingpongspiel" bringt für alle nichts. Und ich sage Euch das rein politisch einmal, ich sage das auch ganz offen. *(Abg. Dr. Strasser: Heute wird der Park-and-ride-Vertrag unterschrieben!)*

Park-and-ride habe ich als guten Erfolg bezeichnet, aber ich bin heute gar nicht darauf eingegangen, sondern das letzte Mal bereits. Ich habe das als Erfolg bezeichnet. Wir werden das auch noch zwischen Land und Gemeinden regeln. Aber die Mittel nur zu thesaurieren und sagen, jetzt habe ich diese und jetzt kann ich spielen und kann ein kleines Verkehrsunternehmen simulieren. Und der Dr. Stindl, der sehr tüchtig und bewegt da rennt und sagt, jetzt sitze ich endlich einmal auf Millionen und darf etwas bewegen und darf etwas tun. Und ich werde die anderen ein bißchen sekkieren. Das Sekkieren steht auch ein bißchen im Vordergrund. Ich kenne das alles. *(Beifall bei der SPÖ. - Unruhe bei der ÖVP.)*

Schauen Sie, das ist ungefähr so wie bei der Privatisierung. Wenn es um Bundesinstanzen geht bei Privatisierung, verlangt die ÖVP, sagen wir es einmal sehr deutlich und offen, daß es gar nicht schnell genug gehen kann. Ich entsinne mich einer Großkonferenz im Austria-Center, da hat Dr. Pröll gesagt, das kann doch nur ein politischer Gag sein, die Privatisierung zu verlangen. Gemeint war die Straßenverwaltung. Hier ist es ein politischer Gag, wenn man die Privatisierung verlangt, dort ein absolutes Erfordernis der Zeit. Man kann nicht rasch genug privatisieren, zum Beispiel die Post. Nämlich den Teil, der Gewinne bringt. Keiner ist so unvorsichtig, daß er gutes Geld einem Verlustun-

ternehmen nachträgt. Und daher stelle ich fest, es war zum Beispiel ein wesentlicher Bereich im Koalitionsübereinkommen. (*Abg. Dr. Strasser: Aber das hat der Gewerkschaftsvorsitzende mitverhandelt!*)

Moment! Die Frage ist nicht, was herausgekommen ist, sondern, was verlangt worden ist, sage ich jetzt einmal. Was verlangt worden ist. Da ist verlangt worden, daß die Post als eigenes Unternehmen dasteht. Dazu bekennen wir uns. Aber da muß nicht drinnen stehen die Trennung der sogenannten "gelben Post", der Brief- und Paketpost, die rund fünf Milliarden Abgang bringt, von der "grauen Post", die Telekommunikation und Telefonie bedeutet und viele Milliarden Gewinn bringt. Daß ich dort einen finde, der sich beteiligt, das ist nicht schwer. Die Frage ist, was man mit den fünf Milliarden macht, die übrigbleiben. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Jeder kennt die Hintergründe. Doch es ist völlig klar: Nach dem Motto, "das Gute ins Kröpfchen, das Schlechte ins Töpfchen", nach dem Motto kann man nicht miteinander leben. Da muß man schon ein bißchen mehr Verantwortung zeigen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber ich wollte eigentlich nur zu den Resolutionsanträgen sprechen und daher kehre ich dorthin zurück. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was nun die Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer betrifft: Das ist eine Forderung, die ja auch nicht neu ist. Und auch Abgeordneter Dr. Strasser hat hier sehr leidenschaftlich dieser Nicht-Diskriminierung das Wort gesprochen. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Nicht-Diskriminierung gesichert sein muß. Wir haben hier nicht nach zweierlei Maß zu messen und wir wollen das nicht! Das ist ein Grundprinzip beider Großparteien. Es gibt in diesem Bereich durchaus Vorgänge, die uns nicht gefallen, die unter Schwarzarbeit laufen. Natürlich muß man sagen, das gehört einfach möglichst rasch beseitigt, mit dem Ziel, daß sie nicht stattfindet. Jetzt kann man verschiedene Maßnahmen setzen. Da gibt es Ansätze. Das Arbeitsbuch ist zum Beispiel eine Überlegung, ich wiederhole, eine Überlegung. Es gibt eine Überlegung in Zusammenhang mit der Versicherungsnummer für alle. Das ist etwas, was fast jeder mit sich trägt. Die Versicherungsnummer hat man meistens mit im Geldbörstel usw. Daher ist das auch kein Problem. Es darf durchaus darüber nachgedacht werden und ist auch im Koalitionsübereinkommen so vereinbart, daß Maßnahmen gesetzt werden, die diese Schwarzarbeit eindämmen, mit dem Ziel sie zu beseitigen. Aber immer wieder der Hinweis, daß eine Diskriminierung dadurch nicht stattfinden

darf. Und mit dem Grundsatz ausgestattet, können wir dem Resolutionsantrag in der vorliegenden Form nicht die Zustimmung geben. Wir fügen aber hinzu, daß wir, auch in unserem Interesse, zum Schutze der Unternehmer und der Arbeitnehmer, die hier ordnungsgemäß gemeldet sind und arbeiten, daß wir nachzudenken haben und auch Maßnahmen setzen werden, die dem entgegenwirken. (*Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Klupper.

Abg. KLUPPER (*ÖVP*): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte vor allem Stellung nehmen zu dem Antrag betreffend Geltendmachung von Steuerfreibeträgen durch gastronomische Betriebe bei Abhaltung von sogenannten Zeltfesten. Vielleicht zuvor ein Satz zu dem Antrag betreffend Wirtschaftsprüfer: Ich glaube auch, daß in der ganzen Textierung eigentlich ein sehr starkes Mißtrauen gegen eine beeidete Berufsgruppe zum Ausdruck kommt. Wenn die Zielsetzung auch vielleicht eine andere war, die Textierung weist darauf hin.

Aber nun zu diesem Antrag: Herr Abgeordneter! Ein Antrag wird deshalb in der Argumentation für das Hohe Haus nicht sinnvoller, wenn er neuerlich gestellt wird. Wir haben diesen Antrag in der letzten Landtagssitzung bereits vorgefunden. Und es ist auch damals argumentiert worden, warum wir diesem Antrag ganz einfach nicht zustimmen können. Wir glauben, daß er nicht durchführbar ist in dieser Art der Zielsetzung. Herr Klubobmann Dr. Bauer hat die meisten Argumente schon gebracht. Es läßt sich ganz einfach nicht feststellen, welcher Gastwirt tatsächlich durch solche Veranstaltungen einen Nachteil erleidet. Betroffen sind häufig die umliegenden Katastralgemeinden, aber auch Gemeinden. Bei einem Fest der Bezirksstelle des Roten Kreuzes möglicherweise der gesamte Bezirk, der gesamte Rettungsbezirk. Weil die Menschen eben dort hinfahren, aber dort, an Ort und Stelle, nicht nur dieses Fest besuchen, sondern dort auch Abendessen gehen, sich dort auch außerhalb des Festes aufhalten. Das heißt, es läßt sich das nicht so zuordnen, wie Sie meinen.

Und ich glaube vor allem eines: Wir haben in der letzten Sitzung einen Antrag beschlossen zur Erleichterung für die Feuerwehr, für die Rettungsorganisationen, für die Vereine. Daß sie dieser so wichtigen, auch aus der finanziellen Sicht so wich-

tigen Tätigkeit sich leichter unterziehen können, nämlich, Geld zu beschaffen, das sie letztendendes für ihre Aufgabenerfüllung im Interesse der Allgemeinheit brauchen. Wenn wir jetzt zu diesem Antrag, der ja auf Bundesebene behandelt werden muß, einen Antrag praktisch dazukoppeln, daß gleichzeitig auch im Steuerrecht für die Gastwirte etliches verändert werden muß, dann bringe ich damit diesen ursprünglichen Antrag zu Fall.

Ich habe das letzte Mal schon gesagt, das ist ein populistischer Antrag. Der Herr Klubobmann hat dann gemeint, so ist es nicht. Aber es ist doch klar zu erkennen, daß dieser Antrag in die Richtung geht, quasi bei den Gastwirten Stimmung zu machen. Ich könnte aber auch anders argumentieren. Ich könnte ja sagen, dieser Antrag ist in jene Richtung gerichtet, daß letztendendes unser Antrag auf Erleichterung für die Vereine nicht durchgeführt werden kann. Daß diesem der Erfolg nicht beschieden ist. (*Zwischenruf bei Abg. Marchat.*) Wie immer man das sehen mag, ich möchte das nicht boshaft bemerken, aber es ist so zu sehen. Ich glaube daher, daß wir diesem Antrag ganz einfach auch diesmal nicht die Zustimmung geben können. Wir werden diesen Antrag ablehnen. (*Beifall bei der ÖVP und Abg. Keusch.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Es gelangt der Herr Abgeordnete Marchat zum Wort.

Abg. MARCHAT (*FPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Bevor ich im Kapitel 7 besonders zur Landwirtschaft spreche, möchte ich auch noch kurz eingehen auf diesen Antrag bezüglich der Ausweispflicht für ausländische Arbeitnehmer am Arbeitsplatz.

Lieber Herr Klubobmann Dr. Bauer! Mit Deiner zitierten Diskriminierung komme ich drauf, daß Du ja doch das Arbeitsübereinkommen zwischen Sozialdemokratischer Partei und Volkspartei gelesen hast. Aber ich möchte es trotzdem noch einmal zitieren, damit das den Damen und Herren des Hohen Hauses einmal klar ist: Ihr schimpft gegen etwas, was Eure Leute auf Bundesebene in einem Arbeitsübereinkommen beschlossen haben. Da steht wortwörtlich, ich zitiere das jetzt: "Bei gewerbsmäßiger illegaler Beschäftigung von Ausländern sind die Verwaltungsstrafen zu verschärfen. Zur besseren Beweissicherung sind" - und jetzt kommt es - "unter Umständen differenziert nach Branchen nicht-diskriminierende Erken-

nungsmittel (Beispielsweise Ausweise) an der Betriebsstätte selbst sowie aktuelle praktikable Beschäftigungsverzeichnisse einzuführen". Und genau das ist es! (*Abg. Dr. Bauer: Richtig gelesen, aber falsch verstanden!*)

Es heißt Ausweise! Ein Ausweis wird immer ein Ausweis bleiben. Ich weiß nicht, ich sehe da keinen Unterschied. Ihr müßt Euch das vielleicht einmal von Euren Bundesspitzen erklären lassen. (*Heftige und anhaltende Unruhe im Hohen Hause.*)

Zum Kollegen Dr. Strasser möchte ich nur eines sagen: Am Montag war eine Schulklasse da und wir, der Kollege Dr. Michalitsch, Kollege Rupp, Kollege Ing. Dautzenberg haben mit den Schülerinnen und Schülern gesprochen, wie das da ist. Und ich habe wirklich betont das hervorragende Klima, das da herinnen herrscht. Wir sind uns nicht immer einig, da werden ein bißchen die Standpunkte abgeklärt. Aber es gibt immer einen, der dieses Klima zu vergiften versucht. Und das ist der Strasser. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich kenne ja die Aufgaben eines Landesparteisekretärs. Das kannst Du mir schon glauben. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Es kann nicht vorrangiges Ziel sein, immer da hereinzugehen, uns zu beschimpfen. Dann geht er ohnehin wieder. Ich möchte wissen, wieviele Stunden der Herr Abge-

ordnete Dr. Strasser der Budgetdebatte beige-wohnt hat. Sicher nicht viele. Die kann ich an einer Hand abzählen. Und wir setzen uns drei Tage her. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Da fällt mir in dem Zusammenhang ein der "leistungsbezogene Gehalt" eines Politikers. Aber mir ist schon klar, er hat Arbeit genug. Er muß immer diese Kandidatinnen von den Vorwahlen wegbringen oder so. Das ist seine Arbeit. Das soll er machen, da kennt er sich aus. Und da mische ich mich nicht ein. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und zu Dir, lieber Herr Klubobmann Dr. Hannes Bauer! Du entwickelst Dich immer mehr zum Trau-mich-nicht. Sei mir nicht böse, daß ich Dir das sage. Du gibst uns immer recht in den Anträgen, das war auch gestern bei der Privatisierung der Straßenmeistereien so, aber zustimmen darfst Du nicht. Ich weiß nicht, Du hast gestern selber im persönlichen Gespräch gesagt, daß der Antrag nicht schlecht war, aber ein Absatz hat Dich gestört. Den hätten wir herausnehmen können. Aber zustimmen traust Du Dich nie. Du kritisierst immer in irgendeiner Richtung dahin, aber mitstimmen kannst Du nicht. Ich sage Dir, ich weiß wirklich nicht, warum Dich der Mut verlassen hat in letzter Zeit. Es geht mich auch nichts an.

Ich möchte mich jetzt dem widmen, warum ich ursprünglich herausgegangen bin, dem Kapitel Wirtschaftsförderung. Wenn man die Zahlen betrachtet für das gesamte Kapitel Wirtschaftsförderung, so macht das im NÖ Landesbudget 3,45 % aus. Wenn ich dem gegenüberstelle, daß die Verwaltung 14,99 % beträgt, dann muß ich sagen, der Kollaps für das nächste Budget ist vorprogrammiert. Es wird keine Budgetkonsolidierung geben. Beim Bund, der Klubobmann hat das schon gesagt, wird gespart bei der Verwaltung, in Niederösterreich blasen wir sie noch auf, obwohl die handelnden Personen dieselben sind, das muß man auch einmal sagen.

Zum Landwirtschaftsbudget: Das Landwirtschaftsbudget hat überhaupt noch keine Ansätze für die Auswirkungen des EU-Beitrittes berücksichtigt. Jetzt kommt dann das Argument, wir bekommen ein eigenes EU-Budget. Das müssen Sie einmal dem Bauern draußen erklären. Der hat ja schon anbauen müssen, der hat seine Betriebsmittel teuer eingekauft. Der kann nicht kalkulieren, weil er nicht weiß, was er bekommt, wieviel er an degressiven Ausgleichszahlungen bekommen kann. Das weiß er noch nicht. Versprochen wurde ihm genug. Ob er es auch bekommt, das werden wir sehen. (*Zwischenruf bei Abg. Lembacher.*)

Das schauen wir uns an, Frau Kollegin! Ich hoffe es.

Insgesamt muß man sagen bei diesen Budgetansätzen, wenn man das zusammenzählt, ergibt das wieder weniger Geld für die Bauern. Wenn man nur die Budgetansätze nimmt, die wirklich den Bauern zufließen. Aber das Kammerbudget, sprich die Zuwendungen an die Landes-Landwirtschaftskammer sind natürlich wieder massiv erhöht worden. Der NÖ Steuerzahler subventioniert die Landes-Landwirtschaftskammer mit 157 Millionen Schilling. (*LR Blochberger: Das Geld kommt jedem einzelnen Bauern zugute.*) Das schaue ich mir an. Reden Sie einmal draußen mit den Bauern. Die 157 Millionen sind keine Förderungsgelder. Die sind dazu da, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Der Betrieb dieser 65 Bezirksbauernkammern, von denen ich schon gesagt habe, daß die Sekretäre, einer am Bach und einer auf der anderen Seite, in Sichtweite zueinander sitzen. So eine Situation aufrecht zu erhalten, das gibt es sonst in keinem Bundesland. Und das verschlingt das meiste Geld. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Landarbeiterkammer wird ebenfalls mit neun Millionen Schilling aus Steuermitteln finanziert. Ich frage mich überhaupt, was eine Kammerfinanzierung, mit der ich den Betrieb einer Institution aufrecht erhalte, die sowieso ein bißchen umstritten ist, was das mit dem Kapitel Wirtschaftsförderung zu tun hat. Ich weiß nicht, wie dieses Geld irgendwann wieder der Wirtschaft zugute kommt. Es würde meines Erachtens viel wichtigere Budgetposten geben. Ich nehme den Budgetansatz Viehabsatzförderung heraus. Im Rechnungsabschluß 1993 finden wir 170 Millionen Schilling. Das heißt, das Land Niederösterreich hat 170 Millionen Schilling bei der Viehabsatzförderung zugeschossen. Im Budget 1995 steht ein Ansatz von 135 Millionen. Ja wie soll denn das funktionieren, Herr Landesrat? Wenn ich jetzt schon um 35 Millionen weniger budgetiere und dabei nagle ich mich fest, daß es keinen Nachtrag gibt für die Viehabsatzförderung! (*LR Blochberger: Herr Kollege! Es ist ja nicht weniger budgetiert!*) 135 Millionen sind 1994 budgetiert, da gebe ich Ihnen recht. Aber 1993 haben wir schon 170 Millionen gebraucht. Diesmal gibt es ja keinen Nachtrag. Wir haben doch gemeinsam mit Euch einen Resolutionsantrag beschlossen, daß es keinen Nachtrag geben wird. (*Beifall bei der FPÖ. - LR Blochberger: Herr Kollege, das beweist, wie ahnungslos Du bist! Laß' Dir das erklären!*) Ja, das höre ich immer wieder. Aber die Zahlen sind aus Eurem Budget. Das hat mit Ahnungslo-

sigkeit nichts zu tun. Das sind Eure Zahlen. Und wenn ich Eure Zahlen nenne, dann kannst Du nicht sagen, ich bin ahnungslos. Der das Budget erstellt hat, ist ahnungslos! *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Der Weinabsatz schlug im Rechnungsabschluß 1993 mit über 72 Millionen zu Buche. Im Budget 1995 wurden 34 Millionen angenommen. Jeder weiß, was auf die Weinwirtschaft zukommt. Die werden sich wirklich bedanken bei Dir.

Posten, die weiters bedenklich stimmen, sind diese beiden Posten, "Elementarschäden" und "Notstände", wo vom Land vier Millionen budgetiert sind, aber 17 Millionen zweckgebunden vom Bund. Wir wünschen es uns nicht, daß eine Katastrophe kommt, aber was ist, wenn doch? Herr Landesrat, ich hoffe, Du wirst mir das noch erklären. Es wird keinen Nachtrag geben. Was ist, wenn wirklich eine Umweltkatastrophe eintritt? Die wird ja nicht nur die Landwirtschaft treffen. Was ist, wenn so etwas kommt? Woher nehmen wir das Geld? Wir haben uns festgelegt, keinen Nachtrag zu beschließen. Ich glaube, gerade in diesem Punkt hätten wir das offen lassen müssen. Sollte irgendwo der Notstand ausgerufen werden - wie gesagt, ich wünsche mir das nicht - aber zumindest die Möglichkeit sollte bestehen bleiben.

Für die Schlachtvieh- und Fleischuntersuchung ist ein neuer Budgetposten geschaffen worden. Der ist aber schon auf Grund des EU-Beitrittes gegeben. Das ist die neue Schlachtvieh- und Fleischuntersuchung, für die vier Millionen zwar zweckgebunden vom Bund kommen, also das kostet dem Land nichts. Da muß ich Dir recht geben. Aber trotzdem kann ich nicht sagen, entweder mache ich ein EU-Budget, oder ich mach' keines. Das tut man da schon hinein, aber das Geld, das die Bauern bekommen, tut man noch nicht hinein, obwohl es ja für die viel wichtiger wäre. *(Unruhe im Hohen Hause. - Zwischenruf bei Abg. Keusch.)*

Du bist ein klassischer Bauernfeind, aber solche Leute muß es auch geben. Die Milch kommt aus der Molkerei, Du wirst wahrscheinlich so naiv sein und wirst das auch glauben. *(Beifall bei der FPÖ.)* Es ist tragisch, daß ein Mensch wie Du, der aus einem ländlichen Bereich, aus dem Mostviertel kommt, so redet. Ich weiß nicht, redest Du zu Hause auch so? Ich kann es mir nicht vorstellen. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)*

Der Budgetposten Hagelversicherung wurde mit 12,7 Millionen Schilling unverändert angesetzt. Damit bin ich jetzt beim Kernpunkt. Es hat voriges Jahr im Zuge der Budgetdebatte von mir drei Re-

solutionsanträge gegeben, die alle einstimmig beschlossen wurden. Und keiner wurde vollzogen. Das muß man auch einmal sagen, Herr Landesrat! Wir haben voriges Jahr da herinnen einstimmig beschlossen, daß die Hagelversicherung zu 25 % vom Land und 25 % vom Bund gefördert wird. Jetzt kommt das Argument, im Zuge des EU-Beitrittes wird das ohnehin kommen. Aber wir haben es bereits im Vorjahr beschlossen. Der Budgetansatz hat sich um nichts geändert. Wenn ein Regierungsmitglied ein Jahr Zeit hat, das in die Wege zu leiten, und macht das nicht, dann stimmt irgendwo etwas nicht. Dann solltet Ihr nicht immer brav mitbeschließen, sondern stimmt gleich dagegen und sagt, daß Ihr das Geld den Bauern nicht geben wollt. Aber nicht mitbeschließen und damit nur in die Zeitungen gehen. Und bis heute hat kein Bauer etwas gespürt davon. Nichts hat er gespürt davon! *(LR Blochberger: Herr Kollege, warte! Die 50 Prozent werden kommen! Warte, Sie werden kommen!)*

Die kommen natürlich, weil sie in der EU gang und gäbe sind. Aber das hat mit unserem Antrag gar nichts zu tun. Wir waren ein Jahr vorher dran. Ich hoffe, daß diese Förderung bald kommt.

Der nächste Kritikpunkt: Die ökosozialen Direktzahlungen sind nicht erhöht worden. Der Resolutionsantrag war da. Man kann nur sagen, gut, das läuft im Förderungsfonds, aber der ist auch gleich geblieben. Diese beiden Budgetposten sind komplett gleich geblieben. Das wurde auch nicht vollzogen.

Zum Antrag auf Förderung der Mostobstbäume erhielten wir eine Antwort, in der auch steht, es gibt jetzt eine Förderung. 3.000,- Schilling pro Hektar Obstbaumbestand sind allerdings vernachlässigbar. Man wartet auf ÖPUL, auf das "Österreichische Programm für eine umweltschonende Landwirtschaft" in Entsprechung der EU-Richtlinie 2078 aus dem Jahre 1992. Ich hoffe, wir warten nicht mehr recht lange, sonst wird es einmal zu spät sein. Die Hinhaltetaktik gegenüber den Bauern erkennt man bei diesen drei Anträgen. Es kommt nichts. Die große Hoffnung der NÖ Land-

wirte sind die EU-Förderungen. Die Bundesregierung, die Landespolitiker haben versprochen, die Bauern haben das geglaubt.

Herr Landesrat, jetzt muß ich Dir einmal gratulieren. Es freut mich wirklich, daß zumindest die Lagerabwertung gesichert ist. *(LR Blochberger: Auch davon habt Ihr gesagt, das kommt nicht!)* Das habe ich nie gesagt! Ich habe gesagt, wir werden uns das anschauen, wann sie kommt. Das kannst Du nachvollziehen. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Ihr macht auch nicht das, was im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung steht, doch ich nagle Euch deswegen auch nicht an, oder? Die Zahlungen für die Lagerabwertung, bitte, das ist ja der Tropfen auf den heißen Stein. Wichtiger wird sein, daß man die degressiven Ausgleichszahlungen einhalten kann.

Zu diesem Thema bringe ich einen Resolutionsantrag ein *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Marchat zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995 (Ltg. 218/V-2) betreffend Finanzierung der Zuwendungen an die Landwirtschaft im Verhältnis 60 % Bund - 40 % Länder.

Aufgrund des bevorstehenden EU-Beitrittes werden die Bedingungen für die österreichische Landwirtschaft, insbesondere aber für die niederösterreichischen Bauern härter. Es müßten daher schon jetzt Vorkehrungen getroffen werden, um die Ertragseinbußen einigermaßen auszugleichen. Nach dem jetzigen Stand der Dinge sind die sogenannten 'degressiven Ausgleichszahlungen' für die heimische Landwirtschaft nicht gesichert. Es wäre daher die moralische Pflicht der Politiker gegenüber den heimischen Bauern, die Versprechungen, die vor der EU-Abstimmung getätigt wurden, auch einzuhalten. Das Land Niederösterreich als das Kernland der österreichischen Landwirtschaft sollte in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle übernehmen.

Im Budget 1995 sind nicht einmal Ansätze für Ausgleichszahlungen zu finden. Diese Situation ist für die Bauern untragbar, steht doch einer Kalkulation in den heimischen Landwirtschaftsbetrieben eine mehr oder weniger große Unbekannte im Weg. Der Antragsteller verweist auch auf die Aussagen des Bundesministers für Finanzen

Dkfm. Ferdinand Lacina in der 162. Sitzung des Nationalrates am 20. April 1994, in welcher dieser wörtlich feststellt: 'Jene Zuwendungen an die Landwirtschaft, welche von Österreich zu finanzieren sind, werden im Verhältnis von 60 % durch den Bund und 40 % durch die Länder aufgebracht. Die genaue Qualifizierung kann erst dann erfolgen, wenn alle Rahmenbedingungen geklärt sind' (Ende des Zitates).

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung insbesondere der für Agrarfragen zuständige Landesrat Blochberger und der Finanzlandesreferent Landesrat Mag. Freibauer werden aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die Rahmenbedingungen zu schaffen und die Finanzierung des 40 %igen Landesanteiles zu veranlassen. Weiters werden die beiden Landesräte aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und die zuständigen Minister Molterer und Lacina darauf zu drängen, auch die Finanzierung des 60 %igen Bundesanteiles sicherzustellen."

(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Hiller: Sie sind ein Dreiviertel Jahr zu spät dran!) Sage mir einen Beschluß, wo gesichert ist, wieviel Geld wir bekommen! Sag' mir das! Du schreist immer nur drein. Komm einmal heraus da, bring' einen konstruktiven Vorschlag. Sage mir das! *(Abg. Dr. Strasser: Lagerabwertung! Eines nach dem anderen!)*

Die Lagerabwertung hat mit den degressiven Ausgleichszahlungen überhaupt nichts zu tun, Herr Sekretär Dr. Strasser. Schuster bleib bei deinem Leisten! Wenn man nichts von der Landwirtschaft versteht, sollte man nichts reden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich würde Euch trotzdem bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Ich weiß schon, das geht nicht, weil der Kollege Hiller sagt, es ist bereits zu spät. Weil man damit das Land, die Landesregierung festnagelt, daß die Bauern den 40prozentigen Anteil bekommen, und damit auch die Bundesregierung auffordert. Wenn Du meinst, das ist gesichert, sage ich, das werden wir uns anschauen, ob es gesichert ist. Ich wünsche es mir für die heimische Landwirtschaft. Aber gesichert ist bis jetzt noch gar nichts. Das stimmt und dabei muß man es auch belassen.

An die SPÖ würde ich appellieren, haltet Euch daran, was Euer Genosse Lacina gesagt hat. Vielleicht könnte man gerade einmal hier in

dieser für die Landwirtschaft so wichtigen Frage eine Mehrheit zusammenbringen. Damit die Bauern wirklich sehen, wo ihre Vertreter sitzen. Weil eines weiß ich genau, da herüber sitzen sie nicht mehr. Das hat man in der Vergangenheit schon gesehen.

Damit ich bin wieder bei dem, was der Kollege Moser gestern gesagt hat, verantwortungslose Anträge der FPÖ, verantwortungslose Politik. Ich muß Dir eines sagen: Wenn ich versuche, für die heimische Landwirtschaft die Situation so darzustellen, um das herauszuholen, daß die wirtschaften können, daß sie überleben, so finde ich das nicht verantwortungslos. Weißt Du, was ich verantwortungslos finde? Und ich hätte das heute nicht gesagt, aber da kannst Du Dich auch bei Deinem Kollegen Dr. Strasser bedanken. Wenn einer als "Mirimi"-Obmann 50 Hendlbauern, die Millionen verlieren, zu verantworten hat. Wenn einer 150 Leute in die Arbeitslose schickt und das zu verantworten hat! *(Zwischenruf bei Abg. Moser.)*

Das ist unter Deiner Obmannschaft passiert, bitte. Das ist wirklich unter Deiner Obmannschaft passiert. Jetzt weiß ich nicht, wer ist denn verantwortungsloser? Ich, der ich mich herstelle und versuche, für die heimischen Bauern etwas zu retten, oder Du, der insgesamt 200 Arbeitsplätze auf dem Gewissen hat. Und die hast du auf dem Gewissen, die nimmt Dir keiner 'runter. Du muß leben damit, ich nicht! *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Du mußt leben damit, bist heute noch "Mirimi"-Obmann. Jeder anständige Mensch wäre wenigstens zurückgetreten, wenn er nicht fähig ist, daß er so ein Unternehmen führt. Das muß ich Dir sagen. *(Abg. Moser: Erstens bin ich nicht mehr Obmann und zweitens ist es gelungen, wieder einen Betrieb dort anzusiedeln!)*

Ich kann ein gutes Beispiel erzählen von einem Menschen, der dort gearbeitet hat. Das ist uns im Wahlkampf passiert, wo einer hergekommen ist und gesagt hat, er ist 56 Jahre alt und ist arbeitslos. Bis dahin hat er in der "Mirimi" gearbeitet. Die Leute sind dort unmenschlich behandelt worden, sind hinausgeschmissen worden, hat er gesagt. Jetzt geht er einkaufen für seine Frau und die Situation ist total frustrierend für ihn. Und er hat mir ganz genau gesagt, wer seines Erachtens nach das verursacht hat. Und er hat gesagt, bis zum heutigen Tag habe ich ÖVP gewählt, aber jetzt ist es aus. So lange ich lebe, nicht mehr. Ich werde nicht immer Euch wählen, aber die wähle ich nicht mehr. Und das hast auch Du zu verantworten. Du bist einer von den

Sargnägeln! *(Abg. Moser: Du kannst doch nicht so fachlich inkompetent sein, nicht zu wissen, daß Rationalisierungsmaßnahmen getroffen werden müssen!)*

Du hast ja die Sekretärinnen alle hinausgeschmissen. Wir sind da ganz anders. Wir haben seit unserem Wahlerfolg eine neue Sekretärin in St. Pölten angestellt, die hat vorher bei der "Mirimi" gearbeitet, die arbeitet jetzt bei der FPÖ. Das ist für mich eine ordentliche Beschäftigungspolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)* Ihr schmeißt sie 'raus und wir stellen sie ein. Und dann werden die Leute auch wissen, was sie in Zukunft zu tun haben. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Die Situation am Rindermarkt und am Getreidemarkt ist wirklich erschütternd und darum ärgert mich das so, daß dieses Budget keine Ansätze zeigt, auch jetzt schon im Bereich der Agrarförderungen aktiv zu werden. Damit bin ich bei den Rinderförderungen und beim Viehabsatz. Ich zitiere jetzt aus dem letzten AMA-Bericht. Die Zahlen sind nicht von mir, die sind von der Agrarmarkt-Austria. Ein paar Sachen, damit auch die Damen und Herren Abgeordneten, die nicht aus der Landwirtschaft sind wissen, wie es sich momentan abspielt im Zuge des Beitrittes, obwohl wir noch gar nicht dabei sind *(liest)*:

"Rindermarkt: Der Stier- und Kuhpreis ist gefallen. Preise von Rinderhälften: Auf den Fleischrichtmärkten Unterdruck, in der EU Durchschnittspreis bei Jungbullen gefestigt, Kuhpreis nachgebend. Schweinemarkt: Schweinepreis gegenüber der Vorwoche Unterdruck, in der EU Schweinedurchschnittspreis gefestigt, in den Niederlanden Preisanstieg, in Bayern Schweinepreise Unterdruck, Ferkelpreise geschwächt, Vermarktung von Nutzkälbern auf den Nutzkälbermärkten weiterhin gering."

So spielt es sich ab draußen. Und wir reagieren überhaupt nicht. Der Bauer kann das nicht mehr ausgleichen. Und im Getreidebereich ist das ganz genauso. Eine Zahl, auch aus einem AMA-Bericht: Getreideernte 1993 in Vergleich zu 1994. Im Jahr 1993 sind österreichweit 462.907 Tonnen Mais geerntet worden. Im Jahr 1994 waren es 182.430 Tonnen. Das heißt ja, fast zwei Drittel an Ertragseinbußen. Und dann sagt man, man bekommt Dürreschäden ausgeglichen: Bekommen haben wir bis heute noch immer nichts! Als ich gesagt habe, das Land soll vorfinanzieren, hat es geheißt, wir haben kein Geld dafür. Eine Kulturmilliarde haben wir, aber dafür haben wir kein Geld!

Dabei muß ich wirklich sagen, das sind die Zahlen, die von der AMA kommen. Ich hoffe, die AMA-Berichte glaubt man. Die AMA hat in letzter

Zeit übrigens Schlagzeilen gemacht, weil sie jetzt pro geschlachtetem Tier noch etwas einhebt. Ich nehme den Fleischereibetrieben etwas weg und den Bauern dazu. Insgesamt werden es um die 200 Millionen sein, wovon man dem Bauern wieder 100 Millionen aus seinem Geldbörsel stiehlt.

Und wie reagiert die Regierung auf die ganze Situation? Damit komme ich zu der Erhöhung der Sozialversicherungen, Kollege Dr. Strasser. Ich zitiere wieder aus dem Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei, aus dem Kapitel Sozialversicherungen. Und ich zitiere wörtlich: Gesetzliche Pensionsversicherung: Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter. Einer der Punkte ist Erhöhung des Eigenfinanzierungsanteils bei Bauern und Selbständigen. Ziel ist die Erreichung des Anteils bei den Unselbständigen. Oder: Wiedereinführung von entsprechenden Ruhensbestimmungen bei Selbständigen. Das hört sich unheimlich gut an, ist aber nicht vollziehbar. Wenn man das bei der bäuerlichen Sozialversicherung betrachtet, durch den Strukturwandel gibt es viele Pensionisten heute in der Landwirtschaft. Und die, die einzahlen - auch durch den Strukturwandel, ich sage immer Bauernsterben dazu - die werden immer weniger. Die wenigen, die einzahlen und die vielen erhalten müssen, das kann man nie auf dieselbe Finanzierung stellen wie bei einem Arbeitnehmer, wo das Verhältnis ganz anders ist. Bitte, wenn das geschieht, wie das wortwörtlich drinnen steht, heißt das nicht, die Sozialversicherungsbeiträge um 5 Prozent zu erhöhen, wie man es jetzt schon liest. Nein, das käme einer Verdoppelung gleich, wenn das durchgezogen wird in den vier Jahren. Und das kann ich mir nicht vorstellen. Daß man bei härteren Bedingungen den Rotstift ansetzt bei Leuten, die es wirklich brauchen. Und wie reagiert der Bauernbund auf das Ganze? Da ich als eifriger "Bauernbündler"-Leser bekannt bin, habe ich mir auch das herausgesucht. Da steht: Positiv: Das EU-Paket hält. Negativ: Auch Bauern müssen mitsparen. Dann ist genau erklärt, daß die Nebenerwerbsbauern mit mäßigeren Lohnabschlüssen, weniger Pensionsregelung usw. zu rechnen haben. Und dann steht da, und damit bin ich bei Dir, Edi Keusch: "Äußerungen von Gewerkschaftsfunktionären, die Reichen und die Bauern sollen eben mehr zahlen, wurden vom Bauernbund scharf zurückgewiesen und belasten das Koalitionsklima." (*Abg. Keusch: Du verstehst mich falsch! Ich wäre ja für diese Bauernförderung, aber ich bin nicht dafür, daß Raiffeisen kassiert!*)

Dem stimme ich zu! Vielleicht können wir einmal

gemeinsam einen diesbezüglichen Antrag einbringen. Der Kollege Ing. Hofbauer wird wohl keine Freude haben mit uns. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Alles in allem ist das Sparpaket sicher nicht erfreulich. Umso wichtiger ist es nun, daß die EU-Zusagen Punkt für Punkt eingelöst werden. Die Stimmung in der Bauernschaft, insbesondere in den Grünlandgebieten, ist recht kritisch und kann nur durch glaubwürdiges Vorgehen der Regierung wieder entspannt werden. Und jetzt kommt das glaubwürdige Vorgehen: Drei Seiten später sagt der Obmann der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, zugleich jetzt auch Nationalrat in der ÖVP, Donabauer wortwörtlich, und ich schaue mir das dann an, wie er abstimmt im Parlament: "Eine weitere Beitragsbelastung in der bäuerlichen Sozialversicherung kann ich nicht hinnehmen, da die Ertragslage der Bauern keinen Spielraum mehr zuläßt. Den Bauern kann aber keine Beitragserhöhung mehr zugemutet werden, denn sie haben den Staat auch nicht in Bedrängnis gebracht." Soweit Karl Donabauer. Auf den bin ich schon neugierig, wie er dann als Nationalrat der ÖVP sich verhält. (*Abg. Lembacher: Das ist schon die Antwort auf Ihre Aussage!*) Das schauen wir uns dann an bei den Abstimmungen. Was im "Bauernbündler" steht und wie die Leute abstimmen, das ist nicht immer identisch, das müssen wir auch sagen. Und da muß man wirklich sagen, Hut ab vor dem Gewerkschaftsbund. Weil die sind schon auf die Barrikaden gegangen und haben gesagt, wir tragen das nicht mit. Die setzen sich ein für ihre Arbeiter. Aber wo war der Aufschrei der Kammerleute, des Herrn Kammerpräsidenten Schwarzböck, wo war er? (*Abg. Lugmayr: Im "Bauernbündler" steht er doch!*) Im "Bauernbündler" steht's! Der muß an die Öffentlichkeit gehen. Im "Bauernbündler" steht es, damit er die eigenen Leute beruhigt. Da muß man an die Öffentlichkeit gehen, wie das der Gewerkschaftsbund gemacht hat und sagen, wir tragen das nicht mit. Aber das geht halt auch nicht. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Aber der Präsident Schwarzböck hat halt zwei Seelen in seiner Brust, wie er auch zwei Gehälter kassiert. Auf der einen Seite soll er der oberste Interessenvertreter der Bauern sein, auf der anderen Seite ist er Nationalrat, der das, was die Regierung vorlegt, beschließen muß. Er muß das ja beschließen mit seinem ÖVP-Nationalratsklub. Und er hat es bis heute nicht gewagt, auch nur einmal dageganzustimmen. Das hat er bis heute noch nicht gewagt. Jetzt muß er sich einmal entscheiden. Ich habe mit einem Abgeordneten - ich sage nicht, wer es war, weil sonst wird der innerhalb der eigenen Reihen

diskriminiert - einmal gesprochen, der hat gemeint - ein bäuerlicher Abgeordneter - für ihn wäre das ein Skandal, daß einer Kammerpräsident ist und zugleich Nationalrat. Man kann nämlich nicht beide Seiten gleich vertreten. Und ich sehe das auch so. Kammerpräsident und Nationalrat sein, das geht halt einfach nicht. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Das sind jene Sachen, die wir den Bauern sagen werden. Und es freut mich ja, und darum ist ja das Klima auch so "klaß" momentan und Ihr "haut Euch da 'rein", weil die Kammerwahlen am 5. März 1995 vor der Tür stehen. Es geht ja darum, die Pfründe zu verteidigen. Die "schwarze Hochburg" Landwirtschaftskammer darf nicht fallen. Sie wird auch noch nicht fallen. Aber es wird Einbrüche geben. Die Einbrüche wird es geben. *(Abg. Lugmayr: Ihr wollt hinein, nicht?)* Wissen Sie, warum wir hineinwollen, Frau Kollegin? Ich vertrete die Philosophie, das Böse kann man immer nur von innen zerstören und nie von außen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Diese "schwarze Hochburg" muß fallen. Wir sind für eine Kammer, wir sind jedoch gegen diesen Zwang. Das ist keine Pflicht, das ist ein Zwang. Ich kann dort nicht austreten. Und diese Zwangsmitgliedschaft wird zumindest einmal einen Denkkzettel bekommen. *(Abg. Kurzreiter: Die Stärke leitet sich aus der Pflichtmitgliedschaft ab, das wissen Sie ganz genau!)*

Und weißt Du, was das Problem ist bei dieser Urabstimmung? Die Fragestellung wird heißen, Kammer Ja oder Nein. Und die Fragestellung ist ein Skandal. Denn für die Kammer treten wir sehr wohl ein. Die Urabstimmung war gedacht über die Pflichtmitgliedschaft. Jetzt sagte ich Pflichtmitgliedschaft. Ich tu' mir damit ein bißchen schwer,

ich sage lieber Zwangsmitgliedschaft. Aber bitte, wir sind ja angetreten, das System zu erneuern. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Bauer: Eine gesetzliche Interessenvertretung hat die Pflichtmitgliedschaft zur Folge, das wissen Sie!)*

Es steht ja im Regierungsübereinkommen auch, daß bis spätestens 1996 über die Pflichtmitgliedschaft in allen Kammern abgestimmt werden muß. Bitte lest, was Eure Leute sagen. In der Abstimmung aber geht es nicht um die Pflichtmitgliedschaft. Die Fragestellung heißt Kammer Ja oder Nein. Und diese Fragestellung ist wirklich intelligent. Das ist intelligent, nicht? Damit sagt man nämlich den Bauern, paß auf, die wollen Euch die Kammer wegnehmen. Und das stimmt ja nicht. Arbeitet die Kammer gut, dann wird auch jeder seine Beiträge dort einzahlen. Arbeitet sie nicht gut, mache ich mir das selber. Dann brauche ich sie nicht. *(Abg. Dr. Bauer: Aber stark bist du nur mit der gesetzlichen Verankerung der Interessenvertretung, das wissen Sie auch!)*

Ich möchte zurück zum Agrarbudget kommen. Ich würde noch einmal alle Damen und Herren des Hohen Hauses ersuchen, unserem Resolutionsantrag die Zustimmung zu geben. Ich muß aber zugleich sagen, daß wir das Kapitel 7 und insbesondere das Kapitel Landwirtschaftsförderung ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEEK: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Marchat, zu Ihnen ein paar Worte: Ich habe so den Eindruck, wenn Sie sich so für die Landwirtschaft "ins Zeug hauen", Sie erreichen damit überhaupt nichts. Sie zerstören eigentlich viel mehr durch die ganze Art und Weise und vor allem durch die Verunsicherung, die betrieben wird. Wenn Sie sich so ins Zeug legen, daß wir miteinander etwas weiter bringen, dann sage ich ein herzliches Danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das nächste dazu: Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. Wenn ich an den Dr. Ofner denke, der seine Ministerpension nach wie vor kassiert und im Nationalrat sitzt, dann fordere ich Sie auf, sorgen Sie in Ihren eigenen Reihen dafür, daß Ordnung einzieht. Das

muß ich Ihnen auch sagen: Stellen Sie das einmal ab! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Marchat: Der spendet sie wohltätigen Zwecken!)*

Und nun zur Sache, zu meinem Thema. Ich werde mich mit einem Bereich der Landwirtschaft beschäftigen. Der Herr Abgeordnete Kurzreiter und auch andere werden noch zur Landwirtschaft sprechen. Ich beschäftige mich heute mit dem Weinbau. Es ist ja heute schon oft angesprochen worden, daß Österreich Anfang Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union wird. Das bedeutet, Veränderung, Umstellung in vielen Bereichen, und sicher auch in der Landwirtschaft und im Weinbau. Wir müssen also mit dem Beitritt zur EU auch Teile der EU-Weinmarktordnung übernehmen. Diese Weinmarktordnung besteht bereits seit dem Jahre 1970.

Die Grundregelungen dieser einheitlichen Marktordnung sind Preisregelung, Interventionspreis für Tafelwein, nicht für Qualitätswein, ein einheitlicher Markt wird bestehen, es gibt keine Grenzen mehr, es ist eine Aus- und Einfuhr innerhalb der Mitgliedstaaten ohne Zoll, ohne Barrieren möglich. Und es gibt auch keine Zölle mehr. Das bedeutet Vorteile, sicher aber auch Erschwernisse beim Weinexport. Es ist aber so, daß sich die Europäische Union gegenüber Drittländern auch absichert. Und zwar wird sie Abschöpfungen einheben, Zölle einheben, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Inlandsmarktes gestärkt wird.

Man hat aber gesehen, daß diese Weinmarktordnung, die jetzt in der EU besteht, alle Überschußprobleme nicht lösen kann. So geht man daran, auch eine neue Weinmarktordnung in Absprache der einzelnen weinbautreibenden Länder zu gestalten. Man sieht aber, daß gerade diese neue Weinmarktordnung auf sehr großen Widerstand stößt, viele Weinbauländer produzieren eben mehr, produzieren für die Intervention. Diese Weinmarktordnung würde bedeuten, daß einige Länder auch ihre Produktion stark einschränken müßten.

Für uns wird es bedeuten, daß wir sicher auch eine Referenzmenge an Weinerzeugung zugestanden bekommen werden. Das sind zirka 2,7 bis 2,8 Millionen Hektoliter, es ist noch nicht ganz ausverhandelt. Es entspricht etwa der heurigen Ernte, so könnte man sagen. Es wird aber noch sehr viele Gespräche geben müssen, um diese Weinmarktordnung so durchzuführen, daß sie von den einzelnen Weinbauländern auch akzeptiert wird. Für uns wird sicher neu sein, wenn wir zur Europäischen Union kommen, die Öffnung der Märkte, das habe ich schon

angeschnitten. Es wird aber auch so sein, daß Wein im "Tetrapack" wieder auf den Markt kommen wird, was uns nicht gefällt, das muß ich auch sagen. Wir müssen das aber anerkennen. Wir selber haben uns aber dafür ausgesprochen im Bundesweinbauverband, österreichischen Qualitätswein wird es in Zukunft im "Tetrapack" nicht geben. Den wird es nach wie vor in Flaschen geben. Das ist, glaube ich, sehr wichtig. Wir haben uns auch dafür ausgesprochen, daß der Export für Prädikatsweine, das sind Auslesen, Kabinettweine usw., nach wie vor in den Flaschen erfolgen soll und nicht im Tank. Das gab es schon einmal und damit hat man wirklich keine guten Erfahrungen gemacht.

Es ist angeschnitten worden, daß der Ansatz für Wein im Budget zu gering ist. Es ist ein Ansatz, das muß ich sagen, und es wird sicher noch bei den Verhandlungen zum EU-Ausgleich jetzt darauf ankommen, wie schaut es mit den integrierten Weinbaumaßnahmen aus? Welche Geldmittel sind da notwendig? Auf der anderen Seite haben wir aber oft auch Geld und das ist in den 72 Millionen enthalten und wird für Interventionsmaßnahmen wie Destillationsaktionen usw. verwendet. Und ich glaube, in Zukunft muß unsere Strategie in eine Offensive gehen. Also daß man sagt, wir verkaufen mehr Wein, wir können mehr Wein exportieren und wir sind nicht auf die Intervention angewiesen.

Wie hat es nun bei der heurigen Ernte ausgeschaut? Die Ernte ist besser gewesen, war eine Normalernte. Wir hatten keine überdurchschnittliche Ernte und es gibt aber auch keinen Grund zur Panik in der Weinwirtschaft. Wir haben aber trotzdem feststellen können, daß sich die Preisentwicklung in den Gebieten unterschiedlich gestaltet hat. Leider war es im Weinviertel wieder so, daß die Traubenpreise gesunken sind. Man hat dann versucht, durch Dicksaftaktionen, also Eindickung des Traubensaftes, eben den Druck aus dem Markt zu nehmen. Es ist heuer erstmalig gelungen, auch Trauben und Traubensaft nach Tschechien zu exportieren. Und das hat sicher den Weinmarkt in manchen Gegenden und auch bei uns entlastet. Man sieht aber schon und es ist eher so, daß der Handel momentan ein bißchen zurückhaltend reagiert. Es ist noch nicht absehbar, wie wird sich der Beitritt zur Europäischen Union auswirken? Und dadurch ist natürlich schon jetzt ein gewisser Druck auf den Preis da.

In Zukunft wird es sicher so sein, daß eher auf dem Rotweinmarkt Schwierigkeiten auftreten

werden, da die Europäische Union im Rotweibereich stärker ist. Sie hat über 70 % Rotweibanteil und eher weniger Weißwein. Wir haben aber um die 70 % oder darüber Weißweibanteil und einen geringeren Rotweibanteil. Also, da muß sicher noch ein Umdenken erfolgen oder verstärkt Werbung betrieben werden, eben für diesen Wein. Und vor allem müssen wir auch den Marktanteil im Inland halten. Das ist ganz wichtig. Es wird zu Beginn unserer Mitgliedschaft zur Europäischen Union ausländischer Wein hereinkommen. Und da wird es ganz notwendig sein, schlagkräftige Organisationen zu haben, um eben den Inlandsmarkt zu verteidigen und außerdem verstärkt auf dem Auslandsmarkt aufzutreten.

Eines ist, glaube ich, erfreulich: Wir haben bei der letzten Budgetdebatte einen gemeinsamen Resolutionsantrag verabschiedet, in dem es um die Abschaffung der Weibsteuer gegangen ist. Mit dem EU-Beitritt wird diese Weibsteuer abgeschafft und damit ist auch eine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischem Wein sicher besser gegeben. Das kommt mit dem EU-Beitritt, ob das jetzt mit 1. Jänner 1995 soweit ist oder nicht. Das ist, glaube ich, sehr wichtig.

Eine Forderung von uns war auch immer wieder die Abschaffung der Banderole. Warum? Weil man gesehen hat, es ist keine wirksame Mengenkontrolle, sondern es hat teilweise mit den Verschlüssen gehapert. Man hat die Banderole über den Kork geben müssen und ganz besonders in der Gastronomie hat man sich beschwert, daß beim Öffnen der Flaschen das über den Leim geronnen ist. Und das war sicher nicht sehr gut. Wir wollen in Zukunft eine effektive Art der Mengenkontrolle mit Abschreibesystem. Die Banderole soll weg. Was wir aber haben müssen ist sicher ein Qualitätszeichen. Daß auf den ersten Blick erkennbar ist, daß das österreichischer Wein ist. Ganz besonders, wenn in den Lebensmittelregalen usw. dieser Wein stehen wird.

Gefordert ist in Zukunft sicher mehr als bis jetzt, muß ich sagen, die Zusammenarbeit der gesamten Weibwirtschaft. Derzeit erleben wir oft wirklich so etwas wie eine Konkurrenz zwischen Weibbauern, den Genossenschaften und dem Handel. Wir können uns das in Zukunft nicht mehr leisten. Es muß wirklich eine gemeinsame Strategie entwickelt werden mit Marken, mit gemeinsamen Verkauf, einer gemeinsamen Werbelinie. Ich glaube, nur dann können wir auf dem internationalen Markt Anteile gewinnen. Das halte ich für sehr wichtig. Und wir brauchen, um Fuß fassen zu können, jene hohen Qualitäten, die wir

ja haben. Die haben wir wirklich. Wir haben sie oft nur - und das muß man auch zugeben - in zu geringen Mengen. Denn oft - und das habe ich schon manchmal als Beispiel gebracht - wird auf Weibmessen der Wein verkostet, bei Präsentationen und die Leute sind begeistert. Dann würden sie vielleicht hunderttausend Flaschen oder eine Million Flaschen brauchen und die haben wir letztendlich nicht. Also dem muß abgeholfen werden, daß wir eben auch in diesem Bereich konkurrenzfähig sind.

Und noch eines, Herr Kollege Keusch, weil wir zwei da immer ein bißchen diskutieren, kommt mir vor. Sie haben immer, wenn ich von der Landwirtschaft oder über Familienpolitik rede oder vom Weibbau, Einwände. Ihr seid so einseitig! Ich möchte Ihnen nur sagen, daß der Weibbau auch ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor ist. Das möchte ich schon feststellen. Und er sichert Arbeitsplätze, im Weibbau selber, aber auch in der nachgelagerten Industrie. Wenn ich nur denke an die Flaschen-, an die Glasindustrie, wenn ich denke an die Etiketten, wenn ich denke an all die Bodenbearbeitungsmaschinen. Alles das wird, wenn ich Wein erzeuge, eben gebraucht. Damit wird auch die Wirtschaft belebt. Ein Beispiel noch: Beispielsweise die Region Hollabrunn, der Herr Kollege Dr. Bauer kann es bestätigen. Wenn dort 40 Millionen Liter Wein erzeugt werden, ich nenne jetzt nur diese Zahl als Beispiel, und dieser Wein kostet um S 1,- weniger, dann sind das 40 Millionen Schilling an Kaufkraft, die der Region verloren gehen. Und wir sehen das in der letzten Zeit, wenn es um Dürreschäden geht, oder wenn der Ertrag geringer geworden ist, daß das auch die ganze Landmaschinenindustrie, die Wirtschaft spürt. Es wird eben nicht so viel investiert und das spüren letztendlich alle. Darum glaube ich, muß es im Interesse von allen sein, auch eine funktionierende Landwirtschaft, einen funktionierenden Weibbau zu haben. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Letztendlich hängt die gesamte Wirtschaft ja zusammen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte abgesehen vom Wirtschaftlichen, aber das hängt vielleicht auch mit zusammen: Der Wein und der Weibbau, die Weingärten prägen ja auch unsere Landschaft. Viele Gäste aus anderen Bundesländern, aus dem Ausland kommen hierher, weil diese Landschaft einzigartig ist. Wenn ich etwa an die Kellergassen denke. (*Abg. Marchat: Und dann bezahlt man Rodungsprämien!*) Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Wir haben genügend Flächen - und das muß ich auch sagen - wo man vielleicht überlegen kann, gehört da Wein hin oder nicht.

Und dazu soll diese Aktion eben dienen, jenen, die sagen, ich hatte jetzt Frostschäden all die Jahre erlitten, der Weingarten ist nicht so günstig in der Lage, die Möglichkeit zu bieten oder den Anreiz, sich zu entscheiden, Ja oder Nein. Aber alles auf freiwilliger Basis, das muß ich sagen.

Doch ein Wort noch zu den Kellergassen. Die sind bei uns einzigartig. Und es ist schön, daß gerade in letzter Zeit man sich wieder dieser Kulturdenkmäler erinnert. Die Kellergassen werden restauriert, renoviert. Es werden Feste veranstaltet, Adventmärkte in den Kellergassen, Tage der offenen Kellertür. Dies alles sind Dinge, die unsere Gäste ansprechen und sie kommen auch sehr gerne her. Es ist aber notwendig, daß diese Dinge erhalten bleiben. Und dazu gehört aber eben auch, daß es Weinbauern gibt, die noch bereit sind, das zu erhalten, egal ob das jetzt im Vollerwerb ist oder im Nebenerwerb. Gerade in den Weinbauregionen finden wir natürlich auch sehr viele Betriebe, die neben einem zweiten Beruf geführt werden oder mit einem anderen Beruf verbunden sind. Und ich glaube, auch diese Leute sollten wir in der Region halten.

In Verbindung mit dem Weinbau bietet sich auch der Urlaub am Bauernhof an, ja das wäre geradezu ideal. Es wird auch schon vielfach begonnen, daß nach Weinpräsentationen, Weinverkostungen der Gast sich nicht mehr ins Auto setzen und nach Hause fahren muß, sondern daß er eben vor Ort bleiben kann. Dafür gibt es auch oft Förderung von den Gemeinden, die Bauern, wenn diese bereit sind, Fremdenzimmer, Gästebetten zu bauen, einen Zuschuß gewähren. Oder auch durch das Land, durch den Bund. Ich glaube, das ist sehr wichtig, weil das trägt zur Wertschöpfung in der Region bei. Wein ist ein Jahrtausende altes Kulturgut. Und das Kulturgut Wein und unsere Kunst und Kultur, die Musik, die Volkskunst, die schöne Landschaft, all das müssen wir eben unseren Gästen präsentieren, es ihnen schmackhaft machen. Heute ist schon die Entwicklung im Tourismus angesprochen worden, die leider keine erfreuliche ist, die zurückgegangen ist. Ich stelle mir vor, das wäre sicher auch ein Weg, den Tourismus wieder zu heben, ganz besonders in Regionen, in denen er bis jetzt eben noch nicht so gepflogen wurde. Vielleicht weil man sich der Schönheit der Region noch gar nicht so bewußt war. Dazu gehört auch die Mitarbeit der einheimischen Bevölkerung, die Erhaltung des natürlichen Brauchtums. Nicht irgendwelcher, ich sage jetzt nur, Feste oder Veranstaltungen, die abgehalten werden, weil eben Gäste, Fremde kommen, sondern ich meine wirklich die Volkskunst, das ursprüngliche Brauchtum, welches mit der Region in

Einklang steht. Das muß von den Menschen getragen werden.

Das sind ein paar Dinge, ein paar Überlegungen zum Weinbau in der Zukunft. Es wartet sicher sehr viel Arbeit auf uns alle. An uns von der politischen Seite her liegt es, Verantwortung zu tragen. Nicht nur miesmachen, die Stimmung verschlechtern, sondern echte Hilfen anzubieten, egal ob das jetzt in der Beratung liegt, in Geld usw. Das ist unser Anliegen. Es geht um gemeinsame Anstrengungen von Genossenschaften, Handel und auch dem Weinbau. Ich glaube, wir brauchen verstärkt auch den Großhandel, über die Genossenschaften. Ich habe nämlich so den Eindruck, die Direktvermarktung beim Weinbauern selber funktioniert ganz gut. Aber was uns fehlt, sind eben die größeren Einrichtungen. Das ist meine Meinung. *(Abg. Dr. Bauer: Frau Kollegin! Das heißt, daß sie verstärkt auftreten gegenüber Genossenschaften!)*

Nein, das ist nicht wahr! Herr Kollege, drehen Sie nicht immer alles um, sondern bemühen Sie sich, wirklich einmal zuzuhören und selber etwas beizutragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Klubobmann Gratzner hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung nach § 58 unserer Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Abgeordnete Lembacher! Weil Sie gerade vom Umdrehen des Wortes geredet haben: Sie haben ganz locker behauptet, der Herr Dr. Ofner kassiert die Ministerpension. Das stimmt nicht. Richtig ist vielmehr, die Pension wird überwiesen an einen Fonds. Dieser Fonds wird von niemand anderem verwaltet als von der Notariatskanzlei des Justizministers Dr. Michalek. Und diese Gelder gehen zirka zur Hälfte an Altösterreicher in Siebenbürgen und zur anderen Hälfte an Seniorenorganisationen in Niederösterreich bzw. an Sozialfälle. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Damit schreiten wir in der Debatte fort. Zu Wort hat sich der Herr Abgeordnete Schütz gemeldet.

Abg. SCHÜTZ (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist weder meine Absicht, noch halte ich es für notwendig, wie der Kollege Marchat die einzel-

nen Abschnitte der Gruppe 7 des vorliegenden Voranschlages einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen. Ich sehe meine Aufgabe auch nicht darin, den Finanzreferenten bei seinen vorgeschlagenen Maßnahmen zu unterstützen, sondern einerseits Fehlverhalten aufzuzeigen, andererseits unseren Bauern jene Hilfestellung anzubieten, die sie dringend benötigen. Dies allerdings nur im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten, die mir persönlich gegeben sind.

Und ich bin damit schon bei einem der Punkte, die ich soeben angesprochen habe, nämlich beim Fehlverhalten. Es fehlt mir in diesem Voranschlag ein entsprechender finanzieller Ansatz - und das haben wir auch schon heute gehört - welcher gewährleistet, daß die bäuerliche Landwirtschaft und die Forstwirtschaft so erhalten und entwickelt werden, daß sie als wesentliche Bestandteile des ländlichen Raumes auch im Reigen der EU-Staaten ihren Aufgaben künftighin gerecht werden können.

Bekanntlich werden wir hoffentlich ab Jänner des kommenden Jahres der Europäischen Gemeinschaft angehören. Der Bund knüpft die Gewährung von Förderungen an die Voraussetzung, daß die Länder für die diversen Förderungsmaßnahmen Mittel im Umfang von zwei Drittel der Bundesförderung für die Landwirtschaft zur Verfügung stellen. Das Motto "Partnerschaft ist unser Weg", das unser Finanzreferent hier vor zwei Tagen angegeben hat, ist, so meine ich, für die Landwirtschaft unzutreffend. Ich würde eher glauben, daß der Spruch des Kollegen Dr. Strasser paßt, der meinte, "schneller schlank werden". Das, glaube ich, trifft für unsere Landwirtschaft eher zu. Denn in seiner Einbegleitungsrede hat uns der Finanzreferent deutlich gemacht, welch' geringe Bedeutung er Niederösterreichs Landwirtschaft beimißt. Er erwähnte sie nämlich nur in zwei nichtssagenden Sätzen, so nebenbei.

Er sagte auch, es ist ein Europabudget. Man findet aber nichts über die EU in diesem Budget. Ich sage dies bewußt, weil der Finanzreferent in den Medien am 5. Dezember 1994 morgens verkündet hat, daß der Beitritt zur EU und die Abschaffung der Landesumlage den Abgang von 5,5 Milliarden in diesem Budget verursachen. Das ist schlicht und einfach falsch! Diese Aussagen beinhalten einen krassen Widerspruch zu den gegebenen Tatsachen. Von Ehrlichkeit und Wahrheit kann ich deshalb hier keineswegs etwas orten oder feststellen. Natürlich wird es notwendig sein, Vorsorge zu treffen, daß die Übernahme und die laufende Abwicklung der EU-Förderungen und Agrarmarktordnungen durch eine effiziente Ver-

waltung gewährleistet wird. Ich persönlich bezweifle allerdings, daß die AMA die Erfüllung dieser Aufgaben auch nur annähernd so kostengünstig wie der Bund durchführen kann. Ich bin auch nicht der Meinung, daß man, nur um den aufgeblähten Apparat der Bezirksbauernkammern zu erhalten, diese mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Hinblick auf die GAP-Reform, also der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, betraut.

Und nun, meine Damen und Herren, einige Anmerkungen zu den Funktionären der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer. Diese Funktionäre verlangten erst vor kurzem in einer Entschließung der Vollversammlung, rasche und konsequente Maßnahmen zur Strukturverbesserung in den Vermarktungs- und Verarbeitungsunternehmen. Dieselben Funktionäre sitzen vermutlich auch im Raiffeisenverband, dem der Schlachthof Mistelbach gehört. Dort wurden rund 50 Arbeitskräfte sozusagen über Nacht sang- und klanglos gekündigt, ohne daß man auch nur ein einziges Wort des Protestes aus den Reihen der Kammerfunktionäre gehört hätte. Kein einziges Wort! Abgesehen davon, daß die Schließung aus regionalpolitischer und arbeitsmarktpolitischer Hinsicht als skandalös zu bezeichnen ist, könnte dieser Schlachthof im Sinne einer Strukturverbesserung sicherlich von einem reinen Schlachthof in ein einschlägiges Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen umgewandelt werden. Die Bereitschaft ist allerdings nicht vorhanden. Dadurch wäre einerseits den Schweine- und Rinderzüchtern im Grenzland geholfen andererseits könnten Arbeitsplätze erhalten werden in einer Region, die ohnehin mit der Abwanderung gewaltig zu kämpfen hat. Ich unterstütze aber auch voll und ganz den Wunsch nach wirksamen Schutzmechanismen gegen marktstörende Einfuhren, welche heuer ganz besonders bei Stroh und Brennholz aus der ehemaligen Tschechoslowakei enorme Ausmaße angenommen haben.

Hohes Haus! Unbestritten für uns alle ist die Tatsache, daß, wenn auch in geringerem Maße, auch in Niederösterreich die Abwanderung der bäuerlichen Jugend im Zunehmen ist. Wir sind, so meine ich, aufgerufen, dagegen wirksame Schritte oder Maßnahmen einzuleiten. Nun hat das Land Vorarlberg, wie man hört, vor zwei Jahren im Landtag den Beschluß gefaßt, für die bäuerliche Jugend, welche am elterlichen Hof oder Betrieb arbeitet, die Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge an die zuständige Sozialversicherungsanstalt zu bezahlen. Tatsächlich konnte mit dieser Maßnahme die Abwanderung der bäuerli-

chen Jugend in diesem Bundesland nicht nur gestoppt, sondern es konnte sogar ein Zuwachs von rund sieben Prozent unter den in der Landwirtschaft beschäftigten Jugendlichen erreicht werden. Das Bundesland Kärnten hat in seinem Nachtragsvoranschlag für dieses Jahr, also 1994, rückwirkend per 1. Jänner 1994 einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Allerdings bezahlt Kärnten nur 50 % der anfallenden Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträge für die bäuerliche Jugend seines Landes. Wenn wir nun davon ausgehen, daß in Niederösterreich zirka 3.900 Jugendliche in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind, dann dürfte es für unseren Landesfinanzreferenten nicht allzu schwer sein, die notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen, um auch bei uns ein praktikables Modell - darüber kann man ja reden - als Hilfestellung für unsere ohnehin verunsicherten Bauern zu entwickeln. Gleichzeitig würde dieses Modell aber auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich bringen und die Jugendarbeitslosigkeit in Niederösterreich, wenn auch nur geringfügig, einzudämmen helfen. Für die Erhaltung unserer bäuerlichen Landwirtschaft könnten wir mit dieser Vorgangsweise zweifellos, meine Damen und Herren, einen wirksameren Beitrag leisten als mit vielen anderen Förderungsmaßnahmen, die derzeit vielfach nach dem Gießkannenprinzip vergeben werden.

Nachdem Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, immer wieder mit Stolz darauf verweisen, daß Niederösterreich das Agrarland Nummer 1 im Reigen der Bundesländer Österreichs ist, und wenn Sie dies auch tatsächlich ernst meinen, dann rufe ich Ihren Finanzreferenten Mag. Freibauer auf, diesem Kernland Österreichs, dessen Stütze unsere Bauern und ihre Jugend sind, endlich wirksam zu helfen. Das heißt, sie zu unterstützen, um auch künftigen Generationen auf Niederösterreichs Bauernhöfen eine Chance für die Zukunft zu geben. Die Prüfung meines Vorschlages könnte bereits ein Mosaikstein in die richtige Richtung sein.

Meine Damen und Herren! Seit der Einführung der Pflichtversicherung für die Bauern in den fünfziger Jahren durch die Sozialdemokratische Partei gegen den heftigen Widerstand des Bauernbundes hat sich auch der Gesundheitszustand unserer Bauern und deren Angehöriger wesentlich verbessert. Nun forderten aber in letzter Zeit in meinen Augen verantwortungslose Landes- und Bundespolitiker der ÖVP aber auch von der Freiheitlichen Partei - bezeichnenderweise beide aus Kärnten - die Einführung der Versicherungspflicht und die Abschaffung der Pflichtversicherung. Ich halte

diese Forderung für eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen. Denn das würde bedeuten, daß jeder Arbeitnehmer, auch die in der Landwirtschaft, eine private Kranken- und Pensionsversicherung abschließen müßte. Und es würde weiters bedeuten, wer es sich leisten kann, also wer Geld hat, ist gut versichert. Und wer ärmer ist und wenig hat, der kann sozusagen ohne weiters zugrunde gehen. Mit dieser Vorgangsweise hätten wir in Österreich nicht mehr den sozialen Frieden, so meine ich, sondern das Elend und die Verhältnisse, wie sie derzeit in Amerika anzutreffen sind. Und dagegen verwehre ich mich! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Zurückkommend auf die Regionalpolitik und auf die künftige Entwicklung unserer Landwirtschaft meine ich, daß bei der Erhöhung der Dotierung der Regionalfonds diese in ein umfassendes Regionalkonzept eingebunden werden müssen. Das hieße auch die vielfältigen Formen der Erwerbskombination zu fördern, was zum Teil geschieht, aber nur in geringem Ausmaße. Von besonderer Bedeutung wird vor allem die Errichtung und Umgestaltung von Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften sein, die den Anspruch auf Selbstverwaltung auch tatsächlich erfüllen.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich feststellen, daß unsere Bauern gut beraten sein werden, wenn sie das Gespräch und das Verständnis mit allen Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und Bevölkerungsschichten unseres Landes suchen. Wenn sie so wenig als möglich von der Formel des "Wachsen oder Weichen" Gebrauch machen und wenn so viele als möglich, wenn auch nur als Nebenerwerbsbauern, der Landwirtschaft unseres Landes treu bleiben. Niederösterreich könnte sich dadurch viel leichter als ökologisches Musterland innerhalb der EU darstellen und dadurch im Hinblick auf die Produktdeklaration wirtschaftliche Vorteile im hohen Maße erzielen. Natürlich werden nun auch die Bauern mehr als jemals zuvor alles tun müssen, um mit den Mitteln der Selbsthilfe als Bauer bestehen zu können. Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten werden der Gruppe 7 in diesem Voranschlag gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFEK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Hofbauer.

Abg. Ing. HOFBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hoher Landtag!

Das Budgetkapitel Wirtschaft und Landwirtschaft ist vom Betrag her sicherlich nicht das umfangreichste, hat aber auf uns alle sehr große Auswirkungen. Eine gut funktionierende erfolgreiche Wirtschaft sichert Arbeitsplätze. Arbeitsplätze auf der einen Seite in Industrie und Gewerbe, aber genauso wichtig sind die Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich und ich möchte sie auch gleichsetzen.

Im Bericht über die Situation der Landwirtschaft in Niederösterreich, den wir erst vor wenigen Wochen hier im Hohen Landtag behandelt haben, ist sehr klar aufgelistet, wir haben in Niederösterreich derzeit 23.500 Vollerwerbsbetriebe und 33.000 Nebenerwerbslandwirte. Die Zahl der Nebenerwerbslandwirte steigt von Jahr zu Jahr auf Kosten der Vollerwerbslandwirte, um eben auch den Betrieben und den Familien in diesen Betrieben ein entsprechend ausreichendes Einkommen zu sichern. Wir könnten aber gleichzeitig nicht mehr eine flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft erhalten, wenn wir diese Nebenerwerbslandwirte nicht hätten. Gerade in Regionen mit schwierigeren Produktionsbedingungen ist es notwendig, daß die Bauern und Familienangehörigen im Nebenerwerb auch eine entsprechende Einkommensmöglichkeit vorfinden.

Eines haben wir in den letzten Jahren immer wieder kritisieren müssen, und zwar daß Nebenerwerbslandwirte bei der Zuteilung von Unterstützungen und Förderungen benachteiligt waren. Die jetzt vorliegenden neuen Richtlinien zur Förderung der Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Europäischen Union haben diese Diskriminierung weitgehendst beseitigt, da die Förderungen flächenbezogen sind und daher auch Nebenerwerbslandwirten zugute kommen können. Eine Gleichstellung, um die wir schon viele Jahre kämpfen, ist leider Gottes im Bereich der Arbeitslosenunterstützung für die Nebenerwerbslandwirte noch nicht erreicht. Wird ein Nebenerwerbslandwirt arbeitslos und hat gleichzeitig vielleicht einen Besitz in einer Größenordnung von S 50.000,- Einheitswert, dann bekommt er keine Arbeitslosenunterstützung. Als Vergleich dazu ein Doppelverdienerehepaar: Wenn ein Teil arbeitslos wird, hat er sehr wohl Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung: Hier finden wir nach wie vor eine krasse Benachteiligung der Nebenerwerbslandwirte, die ja mit ihrem Betrieb noch zusätzlich ortsgebunden sind und damit weit weniger flexibel sind als andere Arbeitnehmer. Wir hoffen, daß die neue Bun-

desregierung hier vielleicht auch eine Verbesserung bringen kann. Wir könnten unsere Besiedlung, unsere dörflichen Strukturen in den Regionen nicht mehr aufrecht erhalten, wenn wir nicht Vollerwerbslandwirte und Nebenerwerbslandwirte nebeneinander in unseren Dörfern hätten.

Um Nebenerwerbslandwirt sein zu können, braucht man aber auch den regionalen Arbeitsplatz. Hier setzt die Wirtschaftsförderung eine Hilfestellung für die Landwirtschaft. Und ich möchte mich an dieser Stelle ganz besonders dafür bedanken, daß es gerade in diesen Tagen sehr konkret wird, daß wir im Raume Gmünd im internationalen Wirtschaftspark einen sehr potenten austrokanadischen Unternehmer finden werden, der hier einen bedeutenden Betrieb ansiedeln und damit in dieser Region Arbeitsplätze schaffen wird, die in dem einen oder anderen Fall auch weichenden Bauern und Nebenerwerbslandwirten zugute kommen werden. Dies ist umso bedeutender, als wir erst vor wenigen Stunden hier im Hohen Haus gehört haben, daß es im Raum Wien, im Wiener Umland in den nächsten zehn Jahren etwa 120.000 neue Arbeitsplätze geben wird. Damit wird es natürlich zu einer weiteren Sogwirkung aus den peripheren Gebieten in Richtung Bundeshauptstadt kommen. Wir sind daher sehr, sehr froh, wenn es auch in den regionalen Bereichen draußen zu entsprechenden Ansiedelungen kommen kann.

Die Aufgabe der Bauern liegt aber nicht nur im Erhalten eines möglichst geschlossenen bäuerlichen Kulturlandes. Vielmehr hat die ursächliche Bedeutung in der Erzeugung von hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten für die Ernährung unserer Menschen in Niederösterreich nach wie vor Vorrang. Die Produktion der NÖ Bauern könnte vier Millionen Menschen versorgen und deren Bedarf abdecken.

Wir werden am 1. Jänner 1995 EU-Mitglied sein. Das bedeutet für die gesamte österreichische Lebensmittelwirtschaft und auch für den gesamten Agrarbereich, daß der bisher gewohnte Außenschutz wegfallen wird. In vielen Bereichen wird die Sorge laut, daß wir damit auch vermehrt ausländische Lebensmittel angeboten erhalten in Österreich und damit die österreichische Produktion vielleicht nicht mehr in dem Umfang abgesetzt werden kann. Es wird von jener Partnerschaft abhängen, von der Partnerschaft, von der wir in den letzten Tagen hier im Hohen Haus sehr viel gehört haben, von der Partnerschaft der Bauern mit den Unternehmungen, ob es Genossenschaften oder

die Privatunternehmungen sind, aber auch von der Partnerschaft mit den Konsumenten. Wird sich der Konsument - und da sind wir alle gefordert - für Produkte aus österreichischer Herkunft entscheiden, dann ist damit den NÖ Bauern in ihrer Produktion Hilfestellung gegeben. Dann werden wir den Unternehmungen und den Dienstnehmern in den Unternehmungen auch die Möglichkeit geben, weiterhin einen gesicherten Arbeitsplatz in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe vorzufinden. Wir selbst aber haben landwirtschaftliche Rohstoffe als hochwertige Lebensmittel zur Verfügung, die nach dem strengsten Lebensmittelgesetz in Europa erzeugt und verarbeitet werden. Daß wir dadurch mit kurzen Transportwegen auch die Umwelt schonen und vielleicht das eine oder andere Verkehrsproblem auf den Straßen reduzieren können, ist ein weiterer Vorteil.

Mit dem Wegfall der Grenzbarrieren zu unseren Nachbarländern eröffnet sich für die österreichische Landwirtschaft und die österreichischen Unternehmungen in der Verarbeitung auch die Möglichkeit, unsere Produkte auf europäischen Märkten anzubieten. Und ich habe mit Freude von einem Projekt gehört, das vor wenigen Wochen die Agrarmarkt Austria gemeinsam mit privaten österreichischen Lebensmittelverarbeitern und genossenschaftlichen Unternehmungen in den Filialen in einer großen Handelskette in Norddeutschland veranstaltet hat. Man hat dort "Österreichwochen" durchgeführt und die Produktmenge von Käse, Wein, Wurstspezialitäten und Getränken, die für die 14 Tage dauernde Veranstaltung geplant war, war nach zwei Tagen ausverkauft. Ein Zeichen dafür, daß der europäische Konsument österreichische Qualität und österreichische Lebensmittel schätzt und er die Werbung, die er in seinem Urlaubsort in Österreich für diese Produkte erfährt, auch in seinem Heimatlande noch gerne nützt. Hochwertige Markenartikel werden also auch im europäischen Bereich abgesetzt werden können. Die österreichische Lebensmittelwirtschaft ist sicherlich verstärkt gefordert, diese Intentionen weiterzuführen.

Die Förderung der NÖ Landwirtschaft, insbesondere im Bereich der Innovation, bietet gerade in einer Phase des strukturellen Wandels der österreichischen Landwirtschaft Gewähr dafür, daß wir auch in Zukunft eine gesicherte Versorgungslage mit hochwertigen inländischen Lebensmitteln haben werden. Und daß wir gleichzeitig unsere gepflegte Kulturlandschaft erhalten werden. Daß wir strukturelle Veränderungen erleben, ist für uns alle klar. Wir müssen sie aber bewerkstelligen zum Wohle unseres Landes. Ich

bin hier nicht ganz einer Meinung mit dem Herrn Kollegen Marchat, der es immer wieder vorzieht, eher zu verunsichern, als den Bauern und den Beschäftigten in der Industrie Zuversicht und den Optimismus für die Zukunft zu geben. Nachdem alles kritisiert wird, möchte ich nur einige wenige Punkte herausnehmen, um dazu Stellung zu beziehen.

Die Landarbeiterkammer: Ein Instrumentarium, von dem sich ein Teil unserer Mitarbeiter und Menschen in unserem Land vertreten weiß und auch optimal vertreten wissen will in Zukunft. Und wenn man mit den Mitarbeitern in der Landarbeiterkammer und mit den Mitgliedern der Landarbei-

terkammer spricht, hat man nicht das Gefühl, daß die neun Millionen Schilling, die hier als Landesförderung aufgewendet werden, fehlinvestiert sind. Die Leute wissen, daß sie Unterstützung brauchen.

Auch können wir eines nicht wegdiskutieren: Wir haben im Bereich der gesamten agrarischen Verarbeitung einen gewaltigen Umstrukturierungsprozeß zu verzeichnen. Wir werden nicht alle Voraussetzungen halten können. Herr Kollege Schütz! Der Schlachthof Mistelbach, den Sie hier angesprochen haben, ist sicherlich für die Region ein Verlust, aber man muß sich doch auch die Entwicklung vor Augen führen. Es hat die Rinderhaltung, die Viehhaltung in dieser Region um 50 % bis 60 % abgenommen. Es ist natürlich ein Verlust für die Stadt. Aber wir können nicht Strukturen erhalten und Bedingungen weiterhin aufrecht erhalten, die sich aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus nicht mehr aufrecht erhalten lassen. Auch gegen den Vormerkverkehr, der hier bereits im agrarischen Bereich diskutiert wurde, also, in Mistelbach Vormerkverkehr zu betreiben, sprechen viele Punkte. Der Aufbau von Marken europaweit, den die Dachorganisation der österreichischen Landwirtschaft, die Austria Milch- und Fleischorganisation entwickelt hat, zeigt, daß hier Investitionsaufwendungen von sehr großen Beträgen notwendig sind, um Verarbeitungsstrukturen zu schaffen. Wir werden uns in Zukunft nicht leisten können, in jedem Ort einen kleinen Betrieb aufrecht zu erhalten, der dann dem europäischen Feld als Partner gegenüberstehen wird. Wir brauchen entsprechende Größenordnungen und damit wird es leider Gottes auch zu Veränderungen kommen. Ich hoffe, daß es uns auch noch gelingen wird, und ich bitte den Herrn Landesrat Blochberger darum, der in den letzten Tagen bei Verhandlungen Standhaftigkeit und Kontinuität bewiesen hat, daß es ihm auch gelingen möge, bei den noch ausstehenden Agrarverhandlungen mit der Bundesspitze und mit dem Finanzministerium Beträge zu erreichen, damit wir in den nächsten Tagen die notwendigen Unterstützungen auch tatsächlich der österreichischen Landwirtschaft und den Beschäftigten in der NÖ Landwirtschaft zuteil werden lassen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Herr Abgeordneter Dr. Prober hat nun das Wort.

Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte im Rahmen dieses Kapitels mich besonders mit der Energiepolitik des Landes Niederösterreich auseinandersetzen.

Gestatten Sie mir vielleicht vorerst eine Bemerkung. Ich meine, daß sich heute schon zu viele Staaten und das schon viel zu lange, den sträflichen Luxus geleistet haben und noch immer leisten, unsere "Mutter Erde" auszuplündern. Vor allem bezüglich fossiler Energieträger auszuplündern und damit zur nahen Klimakatastrophe wesentlich beitragen. Wer gestern zufällig am späten Abend die Fernsehsendung "Mit der Kraft der Sonne" gesehen hat, der weiß, wovon ich jetzt rede und was ich angesprochen habe. Ich meine, daß mit dem überhöhten Ausstoß von CO₂-Emissionen die stärkere und immer stärker werdende Erderwärmung verbunden ist, dies auch zum Abschmelzen der Polkappen beiträgt und damit also auch zum Steigen des Meeresspiegels. Was nichts anderes, zum Beispiel für EU-Staaten wie Holland bedeutet, als daß sie in ihrer gesamten landwirtschaftlichen Produktionsfläche in Zukunft sehr stark gefährdet sein werden. Ich meine, daß weltweit, aber auch für Österreich daher besonders gilt, die CO₂-Emissionen gemäß dem Toronto-Ziel einzubremsen und auch die Ziele des Klimabündnisses zu erreichen, dem ja Niederösterreich im Jahre 1993 beigetreten ist. Das heißt, eine entscheidende Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahre 2010 soll auch in Niederösterreich erreicht werden.

Das heißt aber auch, damit natürlich einen wesentlichen Beitrag zu leisten, daß die weit über 60 Milliarden Schilling großen Energieimporte aus dem Ausland und die damit verbundenen Devisenabflüsse eingebremst werden. Ich meine, daß dieses Einbremsen auch Hand in Hand damit gehen muß, daß den nachwachsenden Rohstoffen, der Biomasse, entscheidende neue Impulse und neue Chancen eröffnet werden müssen. Und ich meine, daß das Realisieren dieser Ziele auch in Niederösterreich neben der Umweltkomponente natürlich besonders positiv zum Tragen kommen muß. Nämlich durch die Verringerung der Energieabhängigkeit vom Ausland, durch die Verringerung des Devisenabflusses, durch zusätzliche Einkommen für unsere Bauernfamilien. Damit ist aber auch die Verbesserung der regionalen Kaufkraft zu bewerkstelligen und schlußendlich auch ein Halten und eine Steigerung innovativer Arbeitsplätze im Heizungsbau zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Jede Tonne Öl und jede Tonne Gas, die wir heute

verbrennen, macht uns abhängig von politischen und wirtschaftlichen Kräften, die wir nicht unterstützen wollen und verhindert damit auch gleichzeitig einen Teil der wirtschaftlichen Weiterentwicklung unserer eigenen Heimat. Das müssen wir wissen, das müssen wir akzeptieren, wenn wir über eine offensive und zukunftsorientierte Energiepolitik in Niederösterreich reden. Ich darf allerdings heute mit Stolz vermerken, daß gerade das Land Niederösterreich schon frühzeitig versucht hat, dieser Situation Rechnung zu tragen. Und auch gegengesteuert hat - eindrucksvoll bewiesen mit den schon lange gefaßten Energieleitlinien des Landes Niederösterreich einerseits, aber auch gleichzeitig mit der förderungspolitischen Praxis, die Hand in Hand damit gegangen ist. Ich glaube, daß damit viele neue Chancen eröffnet worden sind und damit auch einer energiepolitische Eigenständigkeit des Landes Niederösterreich eine neue Chance eröffnet wurde. So ist zum Beispiel heute die Förderung von Hackschnitzelanlagen ebenso klar und einfach unausbleiblich wie die Förderung von Solaranlagen, deren Zahl immer stärker zunimmt, wie auch von Nahwärmeversorgungsanlagen auf Biomassebasis.

Ich darf Herrn Hofrat Rauter mit seinem Team danken, die federführend daran mitgewirkt haben, daß der Energiebericht des Landes Niederösterreich so klar, transparent und einfach deutlich ausgefallen ist. Laut Energiebericht des Landes Niederösterreich hat diese Entwicklung dazu beigetragen, daß in Niederösterreich der Brennholzverbrauch ständig im Steigen begriffen ist. Daß 60 regionale Biomasse-Fernheizwerke in Arbeit sind, daß derzeit in Niederösterreich rund 5.000 Hackschnitzelanlagen voll in Betrieb sind, daß der Zuwachs an Solaranlagen förmlich explodiert und daß die Windenergie- und Biogasanlagen auch im städtischen Bereich im Vormarsch sind. Mit diesen Fakten liegt Niederösterreich, das möchte ich anmerken, im absoluten Spitzenfeld unseres Vaterlandes, der Republik Österreich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen aber, weil hier oft Skepsis vorherrscht, auch versichern, daß die Rohstoffe für die weitere Abdeckung dieser energiepolitischen Zukunft auch absolut gesichert sind. In unseren Wäldern stecken nämlich rund drei Millionen Tonnen Vorratsholz für Energiezwecke, was nichts anderes bedeutet, als daß damit eine Million Tonnen Heizöl ersetzt werden kann. Das heißt, zur Zeit werden davon rund die Hälfte energetisch genutzt. Es wäre wünschenswert und auch möglich, die zweite Hälfte durch zusätzliche neue

Impulse auch zu nützen. Ich meine, daß die Nutzung dieser Möglichkeiten auch Impulse für das Land auslösen würde. Und daher erfüllt es uns mit großer Zuversicht, daß die Hauptverantwortungsträger des Landes, beginnend von Landeshauptmann Dr. Pröll über die Landesräte, über sehr viele Bürgermeister und über Gemeindefraktoren hier bereits entscheidende Impulse gesetzt haben. Natürlich auch im Bewußtsein, daß damit viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich möchte auch diesen Aspekt heute ansprechen. Anerkannte Experten, wie zum Beispiel der St. Pöltener Dipl.Ing. Kapusta haben errechnet, daß der kontinuierliche Ausbau der Biomasse in den nächsten zehn Jahren eine jährliche Auslastung von etwa 3.000 Arbeitskräften in der Bauindustrie, in der Baunebenindustrie und in der Heizungsindustrie erbringen würde. Für Niederösterreich, das zu einem Drittel an dieser Kapazität insgesamt partizipiert laut Energiebericht, bedeutet das schlußendlich, daß hiermit eine zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeit von rund 1.000 Menschen verbunden wäre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube aber, daß trotz dieser Erfolge in der Vergangenheit es auch in Niederösterreich notwendig ist und es gilt, Energiepolitik systematisch zu planen. Das heißt, ich halte es hier mit unserem Landeshauptmann, der meint, neben der Beschleunigung der Biomassenutzung insgesamt ist auch die künftige Energieversorgung unter Verwendung regionaler Ressourcen und Kapazitäten auf dezentrale Raumordnungsaspekte abzustützen. Und ich halte es auch mit unserem Agrarlandesrat Franz Blochberger, der formuliert, daß für Niederösterreich demnächst ein Energieleitplan erstellt werden soll, der eine ökologisch und wirtschaftlich sinnvolle Energieversorgung für die einzelnen Regionen ausweist. Ich meine, das sind zwei Parameter der zukünftigen Entwicklungspolitik im Energiebereich für unser Land, denen wir enorme Beachtung schenken sollen. Und wo wir aufgerufen sind, hier auch jeder für sich das Rüstzeug mit einzubringen, in der Umsetzung wirklich Hand anzulegen und tatkräftig voranzuschreiten.

Ich meine, daß eine Überarbeitung der bisher erfolgreichen Energieleitlinien des Landes in Richtung Energiekonzept und dessen Umsetzung sich auch für Niederösterreich sehr positiv auswirken würde. Internationales Beispiel und Vorbild dafür könnte Dänemark sein, wo eine flächendeckende Verwirklichung eines solchen Energiekonzeptes auf Biomassebasis bereits in Realisierung begriffen ist. Natürlich, meine sehr verehrten Damen

und Herren, brauchen wir für eine solche zukunftsorientierte Energiepolitik auch Partner. Und wir sind daher sehr zuversichtlich, daß durch die Partnerschaft mit der EVN, durch die Partnerschaft mit wesentlichen Wohnbauträgern im Lande Niederösterreich, aber auch mit Organisationen, wie sie zum Beispiel in der Energieplattform Niederösterreich Süd zusammengefaßt sind, hier neue energiepolitische Akzente gesetzt werden können. Ziel muß es sein, und das erklärt die Absicht auch von uns im Lande Niederösterreich, daß kleinräumige kommunale und regionale Energiekonzepte erarbeitet werden, die zum Beispiel den zukünftigen Einsatz von Biomasse und den Einsatz von Gas regeln und gleichzeitig leitungsgebundene Energieträger koordinieren. Es muß aber auch Ziel sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, zukünftig die Fernwärmeförderung im eigenen Bundesland Niederösterreich sicherzustellen. Ich möchte hier Landesrat Franz Blochberger hinsichtlich seiner Bemühungen gratulieren, der es wieder zustande gebracht hat, im Budget 1995 30 Millionen Schilling für diesen Zweck zu verankern. Und wir hoffen sogar, daß wir diesen Betrag noch aufstocken können, in dem wir auch aus der EU Förderungsmittel lukrieren können. Gleichzeitig ist es aber auch notwendig, daß wir auf Bundesebene unbedingt die Fernwärmeförderung wieder aufleben lassen durch die Wiedereinrichtung des Fernwärmeförderungsgesetzes. Wenn man sich etwas wünschen darf zum Christkind, vielleicht ein bißchen besser dotiert als in der Vergangenheit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang wird es aber auch wichtig sein, regionale Energiekonzepte in das einheitliche NÖ Programmplanungsdokument aufzunehmen und diese so darin Eingang finden zu lassen, daß ein Energiekonzept jenseits des Jahres 2000 und dessen Realisierung auch seitens der Europäischen Union kofinanzierbar werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird aber auch besonders entscheidend sein - und das halte ich für das Wesentlichste insgesamt - daß in Zukunft auch eine CO₂-Abgabe kommt, eine Energiesteuer kommt oder ein Umweltretungsgroschen kommt, oder wie Sie das auch immer bezeichnen wollen. Damit festgehalten wird, daß eine bessere Wettbewerbsfähigkeit nachwachsender Rohstoffe gegenüber den fossilen Energieträgern auch in Zukunft Platz greifen kann. Dann fährt meiner Meinung nach der Zug in die richtige Richtung. Österreich wäre aus meiner Sicht auch sehr gut beraten, eine

solche Energiesteuer in Brüssel europaweit zu verlangen und dort anhängig zu machen. Weil ich meine, daß mit internationalem Gleichklang hier einfach viel mehr auch in Richtung der Rettung unserer sehr dramatisch bedrohten Umwelt erreicht werden kann. Positiv zu bewerten ist ohne Zweifel aus meiner Sicht das Arbeitsübereinkommen der neuen Bundesregierung, das ja ausweist, daß im Rahmen eines Mehrphasenkonzeptes die Mineralölsteuer durch das Einbeziehen weiterer Energieträger zu einer Energiesteuer ausgestaltet werden soll. Ich kann nur hoffen, daß beim dritten Anlauf das auch gelingt, nachdem schon zweimal ein Versuch gestartet wurde, der aber trotzdem nicht zum endgültigen Ziele geführt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme schon zum Abschluß: Auch an der künftigen Energiepolitik des Landes Niederösterreich wird es aus meiner Sicht liegen, ob die Erde weiter hemmungslos ausgeplündert werden muß, die Importe fossiler Energieträger steigen und damit die Umwelt nachhaltig schädigen. Oder ob - wie wir schon begonnen haben in Niederösterreich - der Biomasseweg zügig fortgesetzt werden kann, damit die Umwelt entlastet, damit Arbeitsplätze geschaffen werden können und damit auch die Zielsetzungen des Klimabündnisses erreicht werden können. Ich möchte alle Fraktionen, alle Damen und Herren in diesem Hohen Hause dazu einladen, diesen Weg im Interesse Niederösterreichs konsequent und aktiv mitzugehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Herr Abgeordneter Rupp gelangt zum Wort.

Abg. RUPP (SPÖ): Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Der morgige Tag beschert ein Jubiläum. Zehn Jahre sind es seit der Besetzung der Hainburger Auen. Jeder, der die Presse heute verfolgt hat, kann feststellen, daß die Titelseiten voll dazu sind. Ich glaube, daß es in diesen zehn Jahren ein wesentliches Umdenken in der Energiepolitik gegeben hat. Ob immer zum Vorteil, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sei dahin gestellt. Sie haben von meinem Vorredner gehört, daß bis zum Jahre 1991 Österreich ein Energieexportland war. Ich möchte konkret einige Vergleichszahlen nennen, die uns das noch einmal vor Augen führen können. Im Jahre 1987 hatten wir noch einen Energieexport von 9.507 Gigawattstunden gegenüber einem Import von 3.919 Gigawattstunden, das heißt,

eine positive Differenz von 5.588 Gigawattstunden. Jetzt möchte ich Ihnen die Jahresvergleichszahlen ersparen und sage nur, daß dieser Wert bis zum Jahre 1991 rapide abgesunken ist. Das bedeutet, 1988 ein Plus von 2.730 Gigawattstunden, im Jahre 1989 ebenfalls ein Plus von noch 2.355 Gigawattstunden und im Jahre 1990 konnten wir nur mehr einen Export von 504 Gigawattstunden aufweisen. Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, innerhalb von drei Jahren haben wir einen Verlust von 9.507 Gigawattstunden im Exportbereich auf 504 Gigawattstunden. Im Jahre 1991 hat sich die Situation zum ersten Mal umgedreht und wir hatten leider nur mehr einen Export von 7.649, jedoch einen Import von 8.514 Gigawattstunden zu verzeichnen. Das heißt, ein Minus von 766 Gigawattstunden. Und so gehen bis zum heutigen Tage, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Minus-Differenzen weiter.

Wenn man bedenkt, daß eine Gigawattstunde eine Million Kilowattstunden ergibt, so kann man daraus errechnen, wie sehr der finanzielle Verlust aus den Stromimporten angewachsen ist. Die Gründe dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, kennen wir hinlänglich. Der Energierückgang ist nicht neu. Einerseits wird der von der Elektrizitätswirtschaft geplante Ausbau unserer Wasserkraftwerke häufig blockiert, andererseits verhindert ein völlig überlastetes Hochspannungsnetz, dessen Ausbau ebenfalls bekämpft wird, eine optimale Verteilung des verfügbaren Stromangebotes. Strom aus den Wasserkraftwerken des Westens und des Südens Österreichs kann nicht ausreichend nach Gesamt-Österreich transportiert werden. Die vorläufige Energiebilanz von Österreich zeigt bei den Energieträgern, die dem energetischen Energieverbrauch zugeführt wurden, abnehmende Anteile der festen, mineralischen und elektrischen Energie zugunsten der Anteilentwicklung übriger Energieträgergruppen. Die inländische Erzeugung von Rohenergie befindet sich auf 292,1 Petajoule, davon entfielen auf die Wasserkraft 58,6 %, Rohöl 16,8 %, Naturgas 18,3 % und Braunkohle 6,3 %. Die österreichische Primärenergiegewinnung lag bei 8,9 Petajoule oder einer Steigerung von 3,1 % gegenüber dem Vorjahreswert.

Zum Energiebericht 1994 möchte ich folgendes ausführen: Die Inlandförderung an Kohle wurde seit 1968 bis einschließlich 1989 in Österreich nur aus Braunkohle bestritten und der Inlandbedarf wurde damit fast zur Gänze abgedeckt. Aus den Bundesländern Oberösterreich und Steiermark wurde Steinkohle gefördert und zwar 632 Tonnen. Die

Inlandförderung bei Erdöl beträgt 13,4 %. In Niederösterreich, wo der Schwerpunkt der Rohölgewinnungstätigkeiten liegt, wurden im Berichtsjahr insgesamt 1.052.197 Tonnen gefördert. Das Anlegen von Erdölreserven ist eine der wichtigsten Aufgaben. Die Erdölreserven betragen 1993 14,5 Millionen Tonnen. Zum Vergleich wurden 7.453.235 Tonnen Rohöl importiert. Da sich das Verhältnis von Inlandsförderung zu Importen mit 13,4 % zu 86,6 % so ungünstig gestaltet, ist eine breite Streuung der Bezugsquellen notwendig. Spitzenreiter der Importe sind Nigerien, Saudi Arabien und Algerien.

Die österreichische Erdgasproduktion lag 1993 bei 1.487.000.000 Kubikmeter und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 47.035 Millionen Kubikmeter oder 3,3 %. Die Erdgasreserven liegen derzeit bei 19,6 Milliarden Kubikmeter. Die Erdgasimportmengen beliefen sich im Berichtsjahr auf 5.380.500.000 Kubikmeter oder 78,3 %. Die heimische Produktion beträgt somit 21,7 %. Die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft als eine der saubersten Energiegewinnungen Österreichs beläuft sich derzeit auf 70 % des gesamten elektrischen Stromes und liegt damit international im Spitzenfeld. Der EVN-Anteil an der Stromerzeugung beträgt 21,7 %.

Die Energieproduktion aus Biomasse, Brennholz, Stroh und Solaranlagen ist in den letzten Jahren beachtlich gesteigert, ja in manchen Bereichen sogar verdoppelt worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle diese genannten Energieproduktionen, die sicherlich von großer wirtschaftlicher und umweltrelevanter Bedeutung sind, haben den Nachteil, daß die Errichtungskosten mit hohen Investitionen verbunden sind. Die genaue Durchsicht aller Förderungsaktionen durch Land oder Bund in Form von zinsbegünstigten Darlehen, Zinszuschüssen, Übernahme von Kreditbürgschaften oder das anerkannte Förderungsmaß bei der Errichtung von Solaranlagen hat für mich persönlich zur Überlegung geführt, daß für die Erstellung eines Energieraumordnungskonzeptes eine große Notwendigkeit besteht.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mir hier ein Beispiel sagen. Wenn man die fossilen Energieträger hernimmt - und wir haben ja gehört, wie wichtig diese sind - ist es sicherlich so, daß ein Raumordnungskonzept erstellt werden soll für die Zukunft. Wenn man zum Beispiel große Projekte errichtet mit hohen

Investitionskosten, wenn die dann umgerechnet werden, dann könnte man ja für diese Projekte die Stromkosten für einige Jahre übernehmen. Das heißt, ich könnte mir persönlich vorstellen, wenn irgendwo eine Erdgasleitung vorbeiführt, daß diese hohen Investitionskosten für die Errichtung alternativer Energiegewinnungsanlagen nicht in diesem Ausmaß gefördert werden. Und daß zum Beispiel Solaranlagen, Holzschnitzelanlagen, Biomassewerke etc., wie wir das heute schon gehört haben, sicherlich in jenen Bereichen stärker gefördert werden, wo kein NIOGAS-Anschluß zum Beispiel möglich wäre. Und um das für unser gesamtes Bundesland in der Zukunft besser abdecken zu können, davon bin ich überzeugt, würde ein Energieraumordnungskonzept sicher eine positiv Entwicklung mit sich bringen.

Wenn man den gesamten Energieverbrauch innerhalb eines Jahres erfaßt und zum Vergleich Import und Export gegenüberstellt, muß festgestellt werden, daß Österreich in Zukunft ein immer größeres Energieimportland wird und sich daher eine größere Auslandsabhängigkeit ergibt. Sie haben in der Einleitung gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren, welchen Rückgang wir vom Jahr 1987 bis zum Jahr 1991 im Export hatten, und ich glaube, daß die Abhängigkeit derart groß ist, auch im politischen und wirtschaftlichen Bereich, daß wir in unserem Bundesland, aber in auch der gesamten Republik Österreich alles unternehmen müssen, alle möglichen Energieträger auszunützen.

Abschließend möchte ich noch auf das geplante slowakische Atomkraftwerk Mochovce eingehen, das nach Fertigstellung sicherlich eine große Gefahr für die österreichische Bevölkerung mit sich bringen würde. Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich Ihnen eine Aussendung unseres Klubobmannes Dr. Hannes Bauer ganz kurz vorlese (*liest*): "Appell gegen AKW-Bedrohung. Eine sofortige und endgültige Einstellung von Arbeiten am slowakischen Atomkraftwerk Mochovce fordert SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes Bauer. Das geplante Kraftwerk mit seiner veralteten und daher riskanten Technologie liegt nur 160 Kilometer von Wien entfernt und stellt somit nicht nur für die slowakische, sondern auch für die österreichische Bevölkerung eine große Gefahr dar, unterstreicht der Klubobmann. Bauer betonte, daß bei allem Verständnis für die wirtschaftliche Situation unserer östlichen Nachbarn die Appelle unserer Bürger, aber auch großer Teile der slowakischen Bevölkerung nicht überhört werden dürfen. Deshalb müssen wir weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Staaten zu einem

baldigen Ausstieg aus der Atomenergiewirtschaft zu bewegen. Befremdend sei in diesem Zusammenhang auch, daß einer der beiden zur Fertigstellung vorgesehenen Kraftwerksblöcke ausschließlich für den Stromexport bestimmt ist. Die SPÖ habe schon vor Jahren mit Nachdruck auf die Sicherheitsrisiken der grenznahen Kraftwerke hingewiesen. Sowohl die Bundesregierung, das Land Niederösterreich, aber auch Privatinitiativen hätten seither größte Anstrengungen unternommen, um die Verantwortlichen in der Slowakei, aber auch in Tschechien zu einem Verzicht auf die Atomenergie zu bewegen. Unter anderem mit einer Unterschriftenaktion der SPÖ Niederösterreich, bei der alleine in den grenznahen Gebieten rund 40.000 Menschen ihren Protest zum Ausdruck brachten, erinnerte der Klubobmann, forderte aber abschließend eine verstärkte Einflußnahme der Bundesregierung auf die involvierten Länder, damit diese riskanten Investitionen endlich unterbleiben." Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese sehr wichtige Forderung muß im Interesse und zur Sicherheit der betroffenen Bevölkerung voll unterstützt werden. In diesem Sinne darf ich mitteilen, daß wir in der Gruppe 7 dem Kapitel "Energie" unsere Zustimmung geben werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kurzreiter.

Abg. KURZREITER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Landesrat Mag. Freibauer hat bei seiner Budgetrede unüberhörbar klar und eindeutig darauf hingewiesen, daß der Voranschlag für dieses Jahr ein Budgetprovisorium ist. Er hat gesagt, dieser Haushalt ist ein unvollendeter. Erst nach Abschluß der Finanzausgleichsverhandlungen wird feststehen, welcher Anteil an der EU-Finanzierung auf unser Bundesland entfällt.

Ich möchte hier kurz zurückblenden. Anlässlich der vor uns stehenden Volksabstimmung über einen Beitritt Österreichs zur EU hat es damals eine Vereinbarung gegeben, einen sogenannten Solidarpakt zwischen dem Bund und den Ländern, in dem man sich bereiterklärt hat, gemeinsam Maßnahmen zu finanzieren, die notwendig sind, damit auch die Landwirtschaft einen EU-Beitritt bewältigen kann.

Es ging damals nicht um zusätzliche Agrarförderungen oder ähnliches, sondern eben darum,

bei Preiseinbußen, die hier zu erwarten sind, hier, nachdem ja das Binnenmarktmodell zum Tragen kommt und es keine Übergangsfristen gibt, so wie das anderen Ländern seinerzeit bei einem EU-Beitritt zugestanden wurde, konkret diese Einbußen durch Maßnahmen abzufedern. *(Abg. Marchat: Es ist eben schlecht verhandelt worden!)* Ja, Herr Kollege Marchat! Auch die Schweden und die Finnen waren vor uns schon bereit, dieses Binnenmarktmodell zu übernehmen. Es hat hier keine Bereitschaft von seiten der EU gegeben, uns fünf- oder gar siebenjährige Übergangsfristen zuzugestehen. Das war nicht erreichbar. *(Abg. Marchat: Wenn ich auf dem Bauch hinkrieche, anstatt meine Stärke auszuspielen!)* Nein! Herr Kollege Marchat! Ich möchte hier ganz klar festhalten: Diesen Anteil, den wird auch Niederösterreich übernehmen. Diese Verpflichtungen sind wir eingegangen, hier gibt es klare und eindeutige Aussagen. Und ich habe keinen Grund, daran nur im geringsten zu zweifeln. Hier würde die Glaubwürdigkeit und das Ansehen unseres Landes und auch der führenden Repräsentanten dieses Landes auf dem Spiel stehen. Auch Budgetprobleme, die vorhanden, auch ein Sparpaket, das notwendig, haben damit nichts zu tun und sind daher auch damit nicht im Zusammenhang zu sehen. Und daß Du hier bewußt die Dinge wieder sehr negativ darstellst, ist, glaube ich, auch darin zu suchen, daß hier schon klar verhandelt wurde. Zum Beispiel über die Lagerabwertung. Hier liegt ein konkretes Ergebnis vor. Und hier sieht man auch, warum diese Zahlen vorher nicht verankert waren. Weil sich nämlich jetzt herausstellt, daß nicht 5,3 Milliarden für die Lagerabwertung notwendig sind, sondern nur rund 4,5 Milliarden. Und das wird eben in der Form finanziert, daß zwei Milliarden von der Kasse Brüssel übernommen werden, eineinhalb Milliarden wird der Bund tragen und eine Milliarde aus dieser Lagerabwertung werden die Bundesländer gemeinsam tragen. 250 Millionen Schilling davon wird unser Anteil, der Anteil Niederösterreichs sein. Und diese Summe ist fix. *(Abg. Marchat: 269 Millionen!)* 249 Millionen ist der NÖ Anteil ganz genau, Herr Kollege Marchat. Offenbar hast Du andere Zahlen. Das ist auch der Grund, warum im Budget diese Ansätze nicht konkret verankert wurden. Weil man eben hier fiktive Zahlen nur hätte annehmen können. Und das kann ja nicht der Sinn sein, wenn man letztendlich wieder alles korrigieren muß.

Und in derselben Form wird sich das auch abspielen, was die degressiven Ausgleichszahlungen anbelangt. Dazu gibt es Aussagen des Landwirtschaftsministers, daß vor Weihnachten

noch dieser Passus abgehandelt werden wird und daß die Bauern wissen werden, wieviel sie bekommen. Nämlich, was seinerzeit bei diesen Förderungsrichtlinien, Herr Kollege Marchat, vereinbart wurde. Das wird hier auch eingehalten.

Für mich ist ja interessant, daß Sie neuerlich die Mittel, die aus dem Landesbudget für die Landwirtschaftskammer und den Betrieb der Bezirksbauernkammern zur Verfügung gestellt werden, so negativ kritisieren. Ich habe Ihnen ja im November schon gesagt, Sie sind anscheinend dafür, daß die Bauern die doppelte Kammerumlage bezahlen. Denn darauf würde das hinauslaufen. *(Abg. Marchat: Ihr habt die Kammerumlage erhöht um den Sockelbetrag! Wir haben nicht zugestimmt!)*

Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Marchat, daß die Kammerumlage, was die absolute Höhe anbelangt, seit mehr als 20 Jahren unverändert blieb. Daß hier ein Sockelbeitrag eingeführt wird in einem sehr vertretbaren, geringfügigen Ausmaß. Daß auf spezielle Leistungen eingegangen wird, die die Kammer für alle Mitglieder erbringt. Und daß die Bauern den Beitrag, den sie leisten müssen, als vertretbar ansehen. Würden aber Ihre Anschauungen Platz greifen, dann hätten die Bauern mehr als das Doppelte zu zahlen. Ihre Vorschläge laufen auf eine Schwächung der bäuerlichen Interessensvertretung hinaus, auf eine eindeutige Schwächung der bäuerlichen Interessensvertretung! Und das ist etwas, was ich hier in dieser Form nicht verstehen kann, nachdem Sie ja immer wieder behaupten, Sie wären angetreten, um auch Bauerninteressen zu vertreten. Wenn Sie also hier kritisieren, daß beim Viehabsatz derselbe Betrag eingesetzt wird wie im heurigen Jahr, so möchte ich Sie daran erinnern, daß ja durch den EU-Beitritt eine völlig andere Situation gegeben ist. Wir sind dann in der EU, das heißt, wir haben keine Grenzen mehr zu überwinden. Zum Beispiel beim Export von Fleisch nach Italien. Und es wird sich die gesamte Exportsituation völlig anders darstellen. Wahrscheinlich werden diese Mittel in dieser Form gar nicht mehr notwendig sein. Es ist aber gut, daß wir diese Ansätze haben, weil es vielleicht in anderen Bereichen bei der Viehwirtschaft eventuell Probleme geben wird.

Sie haben ferner kritisiert, es ist kein Ansatz da, daß das Land den entsprechenden Prämienanteil für die Hagelversicherung nicht gewährt. Also auch das ist sichergestellt. Daß hier nämlich 25 % der Prämien im kommenden Jahr vom Land getragen werden, neben 25 % vom Bund. Das heißt, daß sich die Prämien für die Landwirte im

kommenden Jahr, was die Hagelversicherung anbelangt, um die Hälfte verbilligen werden. Dann gibt es von Ihnen eine alte Forderung, zum Beispiel, was die Erhaltung der Mostobstbäume speziell im Mostviertel anlangt. Sie haben hier einen Resolutionsantrag gestellt. Auf der anderen Seite stimmt die Freiheitliche Partei dagegen, wenn es hier um die sogenannte "Mastensteuer" geht. Obwohl diese Gelder, Herr Kollege Marchat, im überwiegenden Teil dazu verwendet worden wären, um etwa dem Landschaftsfonds zu dienen. Und man aus diesem Landschaftsfonds gerade solche Projekte sehr gut finanzieren könnte. Das ist auch wieder eine eigenartige Doppelstrategie. Sie stellen zwar Forderungen auf, wenn es aber darum geht, auch hier notwendige Mittel für das Land zu erreichen, dann stimmen Sie eindeutig dagegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Satz zu den Dürreschäden: Natürlich wäre wichtig, daß hier schon gehandelt worden wäre. Das ist aber auch nicht dem Land zuzuschreiben. Die Schuld liegt nicht auf Landesseite. Sondern es hat eben monatelang keine vernünftigen Verhandlungen mit der Bundesseite geben können. Ich möchte nur erwähnen, Nationalratswahlen, vorher Wahlkampf, nachher lange Regierungsverhandlungen usw. Es ist nun einmal der Finanzminister als Verhandlungspartner notwendig. Und diese Verhandlungen konnten nicht früher geführt werden. Aber auch hier wurde in den letzten Tagen eine Einigung dahingehend erzielt, daß bei Schäden über 50 % - ich möchte das hier deutlich herausstreichen, daß es nicht so ist, daß Ernteeinbußen geringfügigster Art abgedeckt werden, bei Gott nicht - wenn also die Dürreschäden mehr als 50 % von langjährigen Durchschnittserträgen ausmachen, wird es hier eine gestaffelte Entschädigung geben. Und das Land Niederösterreich wird auch hier Geldmittel zur Verfügung stellen.

Sie kritisieren auch, daß die Landwirte Beiträge an die sogenannte AMA, "Agrarmarkt-Austria", abliefern. Ich glaube, hier sind klare Konzepte notwendig und diese Konzepte wird die AMA umsetzen. Es geht hier um Werbe- und Marketingstrategien und diese brauchen wir notwendig, um unsere Marktpositionen auch in Zukunft halten zu können. Sowohl auf den inländischen Märkten, als auch auf den ausländischen.

Was die Sozialversicherungsbeiträge anbelangt, so haben Sie selbst zitiert den Obmann Karl Donabauer, der gesagt hat, in der jetzigen Situation ist es nicht vertretbar, daß man den Bauern zusätzliche Belastungen auferlegt. Es ist in dem

Zusammenhang schon irgendwie interessant, der Herr Kollege Schütz hat einen Vorschlag unterbreitet, um mehr junge Leute zu veranlassen, in der Bauernschaft zu bleiben. Daß sie in ihrem Bauernhaus weiter bleiben. Herr Kollege Schütz! Da wird es schon ausschlaggebend sein, wie sie sich, was ihre Berufswahl betrifft, entscheiden. Ich weiß nicht, ob diese Maßnahme, die eine finanzielle Entlastung herbeiführen sollte, die ich auch begrüßen würde, ob die letztlich ausschlaggebend ist, daß sich zusätzlich junge Leute für diesen Beruf entscheiden. Ich glaube, da müßte die ganze Stimmung in der Landwirtschaft in Zukunft eine andere werden, eine optimistischere, eine zuversichtlichere, um hier zusätzlich junge Menschen bei der Berufswahl in diese Richtung beeinflussen zu können. Mit dieser Maßnahme allein weiß ich nicht, ob das gehen würde. Nur sehe ich jetzt einen gewissen Widerspruch. Es hat von Gewerkschaftsseite her die Forderung gegeben, auch hier die Sozialversicherungsbeiträge anzuheben. Auf der anderen Seite verlangt Herr Kollege Schütz - und das ist sicher ein sehr gutgemeinter Vorschlag, so sehe ich das auch - daß man Entlastungen herbeiführt. Ich sehe hier einen gewissen Widerspruch, der wohl zu nichts führen würde. Und was die Einführung der sogenannten Bauernpension anbelangt, Herr Kollege Schütz: Dieses Gesetz wurde im Jahr 1969 beschlossen. Damals gab es eine ÖVP-Alleinregierung auf Bundesebene. Also, man soll hier nicht die Fakten verändern oder womöglich Geschichtsfälschung betreiben. Das würde hier auch zu nichts führen.

Herr Kollege Marchat! Sie haben gesagt, warum rühren sich die Bauern nicht wie die Gewerkschaft, die so laut schreit über das Sparpaket. Ich sage Ihnen eines: Auch die Gewerkschaften werden dieses Sparpaket letztlich mittragen müssen. Daran wird kein Weg vorbeiführen. Ich sage Ihnen, wir sind in einer Situation, in der wahrscheinlich in Zukunft diese Zuwächse am Lohnsektor, die wir Gottseidank in der Vergangenheit gehabt haben, eben nicht mehr möglich sind. Wir können es von den Budgets, den öffentlichen Haushalten her einfach nicht mehr verkraften. Und dieser Tatsache werden alle in diesem Staat Rechnung tragen müssen. Auch jene, die sich jetzt so stark machen und sagen, hier wird uns weiß Gott was alles zugemutet. Ich glaube, es geht darum, daß hier ein ausgewogenes Sparpaket umgesetzt wird, eines, das auch sozial ausgewogen ist. Wir müssen letzten Endes die Weichen in diesem Land so stellen, daß auch in Zukunft der Wohlstand gesichert wird, dieses soziale Netz weiterhin vorhanden ist und die Stabilität unserer Währung und ähnliches mehr erhalten bleibt. Und

dafür sind wahrscheinlich diese Sparmaßnahmen eine unbedingte Voraussetzung.

Ich möchte hier nochmals erwähnen, daß man im Regierungsprogramm der Bundesregierung ein klares Bekenntnis abgelegt hat zu einer flächendeckenden, bäuerlich strukturierten Land- und Forstwirtschaft, die - und das steht in diesem Regierungsprogramm auch drinnen - unverzichtbare und vielfältige Leistungen für die gesamte Gesellschaft erbringt. Und es ist letztlich eine Einkommenspolitik erforderlich, die auch in Zukunft den Bauern die Teilnahme an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung ermöglicht. Dazu sind insbesondere die Marktchancen für landwirtschaftliche Produkte aus Österreich zu wahren. Ich habe ja schon hingewiesen, wie wichtig die Maßnahmen im Bereich der AMA zu bewerten sind.

Auch unser Förderungsprogramm, und das halte ich für ganz besonders wichtig, zielt auf verstärkte ökologische Kriterien ab. Das Umweltprogramm, durch das die Bauern, wenn sie entsprechend bereit sind, diese Auflagen zu erfüllen, sehr wohl die Möglichkeit haben, Einkommenseinbußen, die durch die deutlich niedrigeren Agrarpreise zustande kommen, durch eine Bewirtschaftung nach ökologischen Kriterien auszugleichen. Natürlich ist in diesem Programm der Bundesregierung klar und deutlich verankert, daß es gilt, einen Ausbau der Direktzahlungen, vor allem in benachteiligten Regionen zu forcieren. Dort wo eben auf Grund von Erschwernissen klimatischer und anderer Art es besonders wichtig ist, daß eine flächendeckende Landwirtschaft betrieben wird. Dort geht es letztlich um die Erhaltung der Infrastruktur. Um eben, wie Herr Kollege Schütz auch richtig ausgeführt hat, gerade in den peripheren Zonen eine weitere Abwanderung hintanzuhalten, weil das größte Probleme bereiten würde.

Kollege Ing. Hofbauer hat auch auf etwas hingewiesen, was besonders wichtig erscheint und das möchte ich zum Abschluß noch erwähnen: "Partnerschaft ist unser Weg", unter diesem Motto steht das Budget des Landes für das kommende Jahr. Auch für den Bereich der Agrarwirtschaft, muß unser Ziel sein, eine neue Partnerschaft zu finden. Partnerschaft zwischen Bauern und Konsumenten. Auf Grund des hohen Qualitätsstandards unserer österreichischen Produkte gibt es sehr gute Ansätze, hier auch diese Partnerschaft zu verwirklichen. Man muß dem Konsumenten deutlich vor Augen führen, daß er beim Kauf dieser Produkte auch die Existenz bäuerlicher Betriebe in Österreich sichert. Und damit einen Bei-

trag leistet, daß auch in Zukunft die Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft gesichert bleibt.

Zukünftige Förderungsmaßnahmen wie das Umweltpaket werden auf eine verstärkte Ökologisierung bei der Bewirtschaftung abzielen, auf eine konsequente Qualitätsproduktion. Und der "Feinkostladen Österreich", meine sehr geehrten Damen und Herren, wird kein Schlagwort sein, sondern wird Realität sein. Nur eine lebensfähige, leistungsfähige und in ihrer Existenz gesicherte bäuerliche Landwirtschaft wird auch in Zukunft ihre Aufgaben, nämlich die Produktion hochwertiger Lebensmittel und die Pflege und Erhaltung unserer Kultur- und Erholungslandschaft, erfüllen können. Da sind Leistungen, welche bei den Österreicherinnen und Österreichern einen sehr hohen Stellenwert einnehmen. Hier gibt es klare Umfrageergebnisse, in denen von mehr als 80 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen diese Leistungen als unverzichtbar betrachtet werden. Man darf daraus die Feststellung ableiten, daß der Gesellschaft die Existenzsicherung der Bauern ein echtes Anliegen ist. Und daß sie erwartet, daß auch von politischer Seite entsprechende Maßnahmen gesetzt werden, um auch in Zukunft den Grundstein dafür zu legen, daß in Österreich diese lebens- und leistungsfähige Landwirtschaft ihre Existenz findet. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Schütz.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Meine Wortmeldung bezieht sich nur auf meinen ursprünglichen Resolutionsantrag zur Gruppe 7, Ausweispflicht für ausländische Arbeiter, den ich zurückziehe und durch einen neuen Antrag betreffend ausländische Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt ersetze.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort nunmehr gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Wagner.

Abg. Ing. WAGNER Josef: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Es sind da zwei Resolutionsanträge vorhanden, zu denen ich ganz kurz Stellung nehmen möchte. Meine Meinung kennt man ja, weil ich mich auch in humorvoller Weise dazu schon ein- oder zweimal geäußert habe.

Der eine betrifft also die ausländischen Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt. Bitte bedenken Sie, ich will wirklich nicht der Illegalität das Wort sprechen, aber es gibt keinen legalen Weg für unsere Firmen, besonders im Gastgewerbe oder im Baugewerbe, zu halbwegs ordentlichen Arbeitern zu kommen. Bitte, schaffen Sie, bevor Sie wie wild auf die Firmen losgehen, schaffen Sie vorher legale Möglichkeiten, vernünftige Arbeiter zu bekommen. Ich bin monatelang beim Arbeitsamt gewesen. Was glaubt Ihr, was mir die alles geschickt haben? Zum Fürchten, es war wirklich zum Fürchten! Das kann man nicht mehr beschreiben. Der Tag sei verflucht, an dem ich mich entschlossen habe, ein Wirtshaus zu führen. Ihr wißt nicht, was ich durchmache, was da an Arbeitskräften daherkommt. Es geht nicht. Ihr braucht Euch nicht

wundern, wenn es nur mehr Chinasrestaurants gibt. Die Chinesen melden jemanden an als geringfügig Beschäftigten und der arbeitet praktisch rund um die Uhr, um, ich weiß nicht, 5,- Schilling oder um 10,- Schilling in der Stunde. Dort wird nicht kontrolliert. Und dort wird man auch nie jemand auf die Schliche kommen, weil die offenbar Macht und Möglichkeiten genug besitzen, die Strukturen und vor allem die Strafstrukturen zu durchbrechen.

Bevor Sie da durchgreifen, schaffen Sie legale Möglichkeiten. Etwa ein Modell mit Saisoniers, kurzfristig oder saisonmäßig Beschäftigten mit geringfügigeren Sozialleistungen, was auch immer. Aber irgendein Modell, das die Firmen davonkommen läßt. Oder Ihr sperrt diese Firmen einfach zu. Sagt, wir brauchen Euch nicht, sperren wir den Laden zu!

Der Aufschwung im Industrieviertel findet nur deswegen statt, weil eine Dunkelziffer von 10.000 bis 20.000 Schwarzarbeitern, meistens ausländische, da vorhanden ist. Das ist der Grund, warum unser Bezirk Mödling so boomt. Das ist der wirkliche Grund. Seht doch das einmal ein. Wenn Ihr das nicht wollt, dann sperren wir alle Firmen zu, die boomen. Und dann schauen wir, wo der Aufschwung bleibt, der österreichische. Dann ist nämlich für den sogenannten Arbeitslosen auch kein Geld mehr da.

Zu den ausländischen Arbeitnehmern: Bitte habt Gnade mit den Firmen, die nicht mehr aus und ein wissen, wo sie die Arbeitskräfte hernehmen sollen. Ich habe selber interveniert, ich bin fragen und betteln gegangen, bitte, kannst Du mir nicht eine legale Arbeitsgenehmigung verschaffen? Das geht nicht. Ich bekomme sie nicht. Es gibt nur einen einzigen Mann, der noch ein einzelnes Kontingent für persönliche Interventionen zur Verfügung hat. Ich möchte diesen Namen hier nicht nennen. Aber es gibt nur einen einzigen Mann, der noch für ein paar Arbeitskräfte Möglichkeit für Lizenzen hätte. Ich meine, wenn wir so weit schon sind, wo soll die Wirtschaft bleiben? So kann es nicht weiter gehen, bitte schön! Habt Gnade mit den Firmen. Illegalität ist abzulehnen, aber schafft bitte eine legale Möglichkeit!

Das zweite Thema sind die Zeltfeste und die gastronomischen Betriebe. Natürlich sind die Feuerwehren bevorzugt und die Rettungen usw., weil sie einerseits mit kostenlosen Arbeitskräften arbeiten, andererseits die Ausrüstung kostenlos von ihrer eigenen Ausrüstung haben und weil sie auch ständig ansuchen um Subventionierung zum Beispiel der Lustbarkeitsabgabe, aber auch von der

AKM. Ich habe schon ein paar Mal den Versuch unternommen, vernünftige Lösung zu finden in bezug auf die Lustbarkeitsabgabe. Das ist eine unglückselige Erfindung angeblich eines Wiener Bürgermeisters während des Ersten Weltkrieges. Ein Anachronismus sondergleichen, der heute besonders unsere Wirte trifft. Denn wenn der einen Musikanten hinstellt, ja selbst wenn er sich selber hinstellt und dort "fiedelt", muß er Lustbarkeitsabgabe zahlen. Angeblich 20 % von seinem Umsatz. Da kann er einfach nicht legal bleiben. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Entlastet doch die Wirte! Der "Chinesen" zahlt überhaupt nichts. Wenn wir so weiter machen, wird überhaupt kein Gastwirt mehr da sein, der etwas entrichtet, weil nur mehr Chinesen da sind oder Türken. Nichts gegen Chinesen oder Türken, aber bitte schön, so ist es doch. Im Bezirk Mödling gibt es an die 20, 30 chinesische Lokale. Zählt doch einmal die "normalen" Lokale zusammen. (*Abg. Soukup: Das hat aber nichts mit der Lustbarkeitsabgabe zu tun!*)

Das hat schon etwas damit zu tun, weil wir bei dem Thema Zeltfeste, Feuerwehrfeste sind. Entlastet doch die Gastwirte von der Lustbarkeitsabgabe, warum zieht Ihr nicht das in Erwägung?

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich möchte zu zwei Standpunkten Stellung nehmen. Vorerst darf ich auf die Rede meines Kollegen Schütz eingehen, der zwei Punkte angeschnitten hat, mit denen ich nicht einverstanden sein kann.

Nämlich, die Errichtung einer Sozialversicherungsanstalt als Einrichtung für die Bauern beruht nicht auf einer sozialistischen Initiative. Es ist sicherlich richtig, daß es damals im Bauernstand keine einheitliche Meinung gegeben hat. Ich habe erst vor kurzem im Protokoll in meiner Kammer aus dem Jahr 1952 nachgelesen, daß es zu einer Kampf abstimmung gekommen ist, daß aber dennoch die Mehrheit für die Einführung gewesen ist.

Und das zweite Thema betrifft die Schließung des Schlachthofes in Mistelbach. Auch dazu eine Bemerkung. Mir tut das natürlich auch selbst als Landwirt und als Regionalpolitiker weh, daß das voraussichtlich passieren wird. Es hat aber nicht nur die Ursache darin, daß einerseits die Viehbestände bei uns permanent zurückgehen. Ich habe die Zahlen erheben lassen. Im Zeitraum von 1986 bis 1992 ist der Bestand an Schlachtschweinen

um insgesamt 25 % rückläufig gewesen. Das betrifft nicht nur den Schlachthof Mistelbach, sondern es hat in diesem Zeitraum auch so mancher Stechviehhändler seinen Beruf oder seine Profession aufgegeben, bedingt eben durch mangelndes Viehaufkommen. Aber was noch mehr störend eingreift, ist jener Umstand, daß der Wiener Landtag einen Beschluß gefaßt hat, daß auf Wiener Areal zum Nulltarif für den zukünftigen Betreiber, wer immer das auch sein mag, ein neuer Schlachthof errichtet wird mit Errichtungskosten von 400 Millionen Schilling und einem eingebrachten Grundstückswert in etwa von 300 Millionen Schilling. Hier entsteht natürlich eine unsägliche Konkurrenz für die Betriebe, die an und für sich, im Weinviertel, im Waldviertel, geographisch benachteiligt sind. Ich glaube, es wäre höchst notwendig, daß man über die Parteien hinweg auch von dieser Situation, von dieser Warte aus dieses Problem behandelt. Und versucht, einfach die Strukturen, die als richtig hier in unserem Gebiet erhalten werden sollen, auch in Zukunft zu erhalten.

Schließlich darf ich zum Resolutionsantrag meines Kollegen Marchat einige Bemerkungen sagen. Wir gehen mit diesem Resolutionsantrag nicht mit, aus zweierlei Gründen: Erstens aus inhaltlichen Gründen. Man muß sagen, daß diese Inhalte, die hier eingefordert werden, sich großteils bereits in Erfüllung befinden. Erst vor einer Woche hat es eine Finanzausgleichsverhandlung gegeben, in der zum Beispiel die Aufteilung der degressiven Ausgleichszahlungen zwischen den Finanzreferenten und dem Bund abgeschlossen wurde. Der Bericht und dieser Beschluß war auch bereits in der Sitzung der letzten Landesregierung am Dienstag aufgetragen und wurde einstimmig, auch mit der Stimme des Regierungsmitgliedes der Freiheitlichen Partei zur Kenntnis genommen. Also was soll das? Wenn sowieso, minutiös möchte ich fast sagen, der ganze Verhandlungsplan und der Terminplan des EU-Beitrittes, beginnend mit dem 12. Juni 1994 der Volksabstimmung, eingehalten wird, was soll diese Sache dann? Von der Optik her natürlich auch abzulehnen, da damit nach außen hin quasi signalisiert werden sollte, daß hier nichts passieren würde. Das entspricht ja nicht der Wahrheit! Keine Rede davon, was tatsächlich hier für diesen Beitritt an zahlreicher und sensibler Arbeit geleistet wird. Ich glaube, es geht nicht an, daß aus der Optik heraus, um hier einem Nachläufer der ganzen Situation eine gewisse Presse zu vermitteln, daß hier solche Anträge im NÖ Landtag gestellt werden. Es ist schade, daß man sich nicht ernsthaft mit der Agrarpolitik aus-

einandersetzt. Wir werden daher diesem Antrag keine Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Vorerst als letzter zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte eingehen auf die Wortmeldungen meiner Vorredner. Zur Frau Kollegin Lembacher: Mit Ihnen stimme ich voll überein, Ihre Ansichten, den Rotwein betreffend. Das wird wirklich ein großes Problem werden. Ich billige Ihnen auch zu, daß Sie sich wirklich einsetzen für die Weinbauern. Gut gefallen hat mir der Hinweis auf die Flaschenindustrie. Ich glaube, die wird schon profitieren von dem Ganzen. Weil wir wissen, daß in der EU Qualitäts- und Kabinettweine nicht nur in der Flasche verführt werden dürfen, sondern daß man Qualitätsweine dort auch im großen Tank vorzeigen, verführen und exportieren kann. Und ich zeichne jenes Szenario, daß wir eine Unmenge französischen Landweines in riesigen Tankwägen hereinbekommen. Das wird in Österreich abgefüllt werden, damit hat die Flaschenindustrie wirklich etwas davon. Von der Preissituation her wird der österreichische Wein nicht konkurrieren können. Und ich weiß nicht, ob der Konsument dann wirklich so unterscheidet, wenn Sie sagen, das "A" steht drauf. Es gibt auch dort hervorragende Weine und ich sehe da wirklich eine große Gefahr.

Zum Kollegen Schütz muß ich sagen, er hat eines richtig gesagt: Daß wirklich gerade in der Vergangenheit die massiven Strohimporte der Landwirtschaft sehr geschadet haben. Der Bauernbündler hat das so klaß geschrieben, Stroh ist momentan unverkäuflich. Das steht drinnen und das ist auch so. Das muß man ganz ehrlich sagen.

Mit dem Modell, daß die Jugendlichen in der Land- und Forstwirtschaft die Sozialversicherungsbeiträge vom Land bezahlt bekommen, das, wie er gesagt hat, in Vorarlberg schon läuft und in Kärnten mit 50 % gefördert wird, also ich kann mich mit dem Vorschlag sicher anfreunden. Ich habe ihm auch schon angeboten, daß wir in der Zukunft etwas einbringen in diese Richtung. Ich bin wirklich neugierig, Herr Kollege Kurzreiter, Du hast ja gesagt das gefällt Dir oder eigentlich doch auch nicht, wie sich dann die ÖVP verhält.

Zu Ing. Hofbauer: Die Geschichte gefällt mir gut, wie die AMA nach Deutschland fährt, für 14

Tage Lebensmittel mitnimmt und nach zwei Tagen, so hast Du gesagt, war das ausverkauft. Wir wissen alle, daß bei einer Präsentation nichts verkauft wird. Dort ist präsentiert worden, und nach dem Motto, "wir trinken gerne, wenn es nichts kostet", haben die Leute "gekostet". In zwei Tagen waren dort die Lebensmittel weg, das stimmt. *(Abg. Ing. Hofbauer, Lembacher u. Moser: Es ist nicht präsentiert worden, dort ist verkauft worden!)*

Das waren Präsentationen dort. Das kann man nachvollziehen. Du hast ein paar gute Sachen gesagt, die wirklich genau das aufdecken, wie die Agrarpolitik der ÖVP arbeitet. Strukturelle Veränderungen sind klar, hast Du gesagt. Die werden kommen. Damit bin ich genau bei dem, was der EU-Kommissar und ehemalige Landwirtschaftsminister Fischler gesagt hat: Es wird uns nicht erspart bleiben, daß pro Jahr vier bis fünf Prozent der Bauern zusperrt. Also, Ihr nehmt das einfach so zur Kenntnis. Ihr nehmt zur Kenntnis, vier bis fünf Prozent der Bauern müssen pro Jahr zusperrt, sonst "derpacken" wir das nicht. Man kann sich dann genau ausrechnen, wie lange dann diese flächendeckende Landwirtschaft, die Du angesprochen hast, noch erhalten bleibt. Ich sage, sie ist ja jetzt schon nicht mehr da, die flächendeckende Landwirtschaft. Sie ist ja gar nicht mehr da.

In der agrarischen Verarbeitung wird es auch einen Umstrukturierungsprozeß geben, hast Du gesagt. Das ist ganz klar, das hat schon eingesetzt. Molkereien, Mühlen usw. werden zusperrt, die Arbeitsplätze werden vernichtet. Es wäre wirklich interessant, daß die sozialdemokratische Partei da auch einmal sich dafür einsetzt. Das trifft wirklich hauptsächlich die Arbeitnehmer, die in dieser Industrie, in diesen Betrieben tätig sind. Du hast gesagt, es kann nicht sein, daß in jedem Ort ein kleiner Betrieb überlebt. *(Abg. Kurzreiter: Das ist unseriös, was Du da machst!)*

Das sind wörtliche Zitate, bitte. Ich habe mir das aufgeschrieben. Er hat gesagt, es kann nicht in jedem Ort einen kleinen Betrieb geben, in Zukunft wird es große Betriebe geben. Damit kommt es genau zu dem, was man in Brüssel gehört hat. Überbleiben werden die zwei großen Molkereien, eine im Osten des Landes, eine im Westen. Und da gibt es dann das gute Beispiel, wenn ich nur in Niederösterreich bleibe, daß der Bergbauer von Waidhofen a.d. Ybbs die Milch an die Milchrampen liefert. Dort wird sie geholt, wird bis nach Wr. Neustadt geführt, wird pasteurisiert. Dann fährt die Milch wieder nach Waidhofen a.d. Ybbs und die Hausfrau, die neben dem Bauern wohnt, kauft die Milch dann dort in irgendeinem

Geschäft. Und sie nimmt eine Milch, die dann schon sechs Tage alt ist. Und soweit sind wir schon, die Qualität der Milch hat bereits stark nachgelassen.

Ich verstehe nur eines nicht: Wie diese Philosophie mit der "Feinkostladenphilosophie" zusammenhängt. Das sind nämlich zwei total verschiedene Dinge. Das ist ein Gegensatz, den begreife ich nicht. Auf der einen Seite sagt man, man kann nicht die kleinen Vermarktungsbetriebe erhalten. Auf der anderen Seite sagt man, wir sind der Feinkostladen, wir wollen uns unterscheiden. Ja, damit unterscheiden wir uns aber kein bißchen. Es ist so wie in Bayern. Dort gibt es die große "Süd-Milch", die gehört ihnen gar nicht mehr, die gehört schon jemand anderen. Genau in diese Richtung wollt Ihr gehen. Und das ist von der Bauernseite her zu verurteilen, aber selbstverständlich auch von der Arbeitnehmerseite aus.

Herr Kollege Kurzreiter, zu Dir noch: Weil ich immer die Mittel für die Landwirtschaftskammer angreife und die Aufrechterhaltung der Bezirksbauernkammern. Wir haben jetzt einen Stand in Niederösterreich, wenn ich alle Agrarbeamten zusammenrechne, ob das Landwirtschaftsministerialbeamte sind, Kammerbeamte und so weiter, daß auf elf Vollerwerbsbauern ein Landwirtschaftsbeamter kommt. (*Abg. Kurzreiter: Du hast das gesamte Ministerium nach Niederösterreich gerechnet?*)

Nein, da habe ich nicht das ganze Ministerium gerechnet. Doch das System ist nicht zu erhalten. Es gibt in Kärnten ein gutes Modell und zwar schon aus dem Jahre 1976. Und da hat man eines gemacht. Man hat diese Bezirksbauernkammern aufgelöst. (*Unruhe im Hohen Hause.*) In Kärnten hat man im Jahre 1976 die Bezirksbauernkammern aufgelöst. Aber nicht, indem man die Häuser zugesperrt hat. Man hat diese gewählten Bezirksbauernkammerräte abgezogen. Damit hat man der ÖVP ein politisches Instrumentarium weggenommen. Und das fürchtet Ihr so. Fragt die Bauern da draußen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich will das Modell erklären. Die Bezirksbauernkammern als Häuser sind offen geblieben, die Beratungstätigkeit wird weiterhin wahrgenommen. Dafür kann ich mich auch erwärmen. Für 65 Bezirksbauernkammern, die offen sind und wo Beratung angeboten wird. In jeder der 65 Bezirksbauernkammern aber gibt es 15 Bezirksbauernkammerräte. Die haben zwar nicht recht viel zu tun, aber sie sitzen halt in jedem Nest und halten dort die Bauern nieder. Zusätzlich kommen dann noch die Ortsbauernräte

dazu. (*Heftige Unruhe bei der ÖVP. - Beifall bei der FPÖ.*)

Auch wir haben schon Bezirksbauernräte. Die berichten mir, daß alles so ist. Aber wir werden auch mehr bekommen, das kann ich Dir schon versichern. Und genau das ist das, was die ÖVP fürchtet. In Kärnten hat das über diese Zeit jetzt so sehr gewirkt, daß jeder eigentlich sagt, ich brauch' die ja wirklich nicht. Dort gibt es keine Ortsbauernräte mehr, dort wird von der Landes-Landwirtschaftskammer pro Bezirksbauernkammer ein Mann eingesetzt. Das ist in der Regel dann auch ein "Schwarzer", aber da nimmt man halt den Besten. Den setzt die Landes-Landwirtschaftskammer ein, die ist ja vorher gewählt worden. Und da gibt es dann einen Bauern, der das dort vertritt. Das ist der Ansprechpartner, der macht das ehrenamtlich. Das ist in der Regel auch ein "Schwarzer", der macht das aber gut. Und eine Bäuerin ist eingesetzt für den Bezirk. Damit hat man dieses ganze politische Instrumentarium ausgeschlossen. (*Heftige Unruhe bei der ÖVP.*) Es ist ja nur gut, daß Ihr die letzten Wahlen alle gewonnen habt. Ein Selbstbewußtsein habt Ihr, das ist wirklich zu bewundern.

Man muß den Bauern beweisen, daß diese politischen Instrumentarien total unnötig sind. Und vor dem habt Ihr Angst. In Kärnten haben sie schon kapiert, man braucht das alles nicht, darum braucht man eigentlich auch nicht mehr "schwarz" zu wählen. Und da kommt man so weit, wie Ihr in Kärnten seid. Und davor habt Ihr die größte Angst. Ich verstehe das sogar. Vielleicht, wenn ich in Eurer Lage wäre, würde ich genauso denken.

Du hast noch die Geschichte mit der "Mastensteuer" angezogen. Wir wissen ja, mit diesen Prozentrechnungen, wieviel wirklich für die Bauern übrig geblieben wäre. Aber ich weiß nicht, ob Du das Abstimmungsverhalten im Ausschuß kennst. Da hat nämlich der Abgeordnete Bartenstein von der ÖVP gegen die "Mastensteuer" gestimmt. (*Abg. Hiller: Der ist kein Bauer, der Bartenstein. Aber Du bist doch einer! - LR Blochberger: Euer Schreiner war Wortführer dagegen!*) Aber er ist ein "Schwarzer" und ich bin keiner. Ich bin Euch nicht in den Rücken gefallen. Außerdem wäre das im Parlament dann sowieso so passiert. Und da sind Eure umgefallen. Und die SPÖ ist auch geschlossen umgefallen. Wenn sie sich da herinnen stark macht, daß eine "Mastensteuer" kommt, und im Parlament stimmen geschlossen alle Abgeordneten dagegen.

Zur AMA-Werbung: Daß das so notwendig ist, daß man jetzt den Bauern das Geld wegnimmt, diese 100 Millionen aus dem Fleisch, das ist wirklich ... *(Abg. Kurzreiter: Für die Werbung! Du bist der Meinung, man braucht für gar nichts zu werben!)* Na gut. Es kommt darauf an, wie man wirbt. Denn wenn ich mir diese blödsinnige Werbung anschau mit den drei alten Bauern, womit man Bauern wieder hinstellt als diesen rückständigen Berufsstand, also ich finde den Werbespot total schlecht. Ich halte es für eine blöde Werbung. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß wegen dieser Werbung jemand ein österreichisches Lebensmittel kauft. Das ist nicht der Sinn. Aufklärung wäre der Sinn. Ich hätte auch gesagt, daß wir das strengste Lebensmittelgesetz Europas haben. Wer weiß denn das draußen? *(Abg. Kurzreiter: Das wird auch gemacht!)*

Wo machen sie das? Hast Du von der AMA schon einmal etwas bekommen, wo drinnen steht, daß und wie man den Konsumenten informiert? Dafür etwas zu zahlen, werden die Bauern sehr wohl bereit sein. Für diese blödsinnige Fernsehwerbung, muß ich sagen, werden die Bauern kein Verständnis haben, daß ihnen pro geschlachtetem Tier etwas abgezogen wird. Und beim Getreide wird es dasselbe sein.

Und nun, zum Schluß: Das ausgewogene Sparpaket. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Du das ernst meinst. Sogar Euer Landesparteiobermann und Landeshauptmann Dr. Pröll hat keine Freude damit, daß man kinderreiche Familien bestraft. Und die werden damit bestraft. Er hat sich auch bis zum Schluß dagegen quergelegt. *(Abg. Kurzreiter: Ich habe nicht gesagt, daß mir alles gefällt, was drinnen ist!)* Du hast gesagt, das ist ausgewogen. Und wenn etwas als ausgewogen

bezeichnet wird, dann nimmt man an, daß man damit einverstanden ist. Mit den kinderreichen Familien triffst Du auch wieder viele Bauern, weil in der Regel die Bauernfamilien auch kinderreiche Familien sind. Zweitens triffst Du sie dann noch bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Zusätzlich triffst Du die kleinen Selbständigen, die kleinen Mittelbetriebe. Und man trifft auch die Arbeitnehmer, das darf man nicht vergessen. Ich habe schon einmal gesagt heute, da muß man sich halt vom Gewerkschaftsbund ein bißchen was anschauen. Die haben aufgeschrien. Aber von der Landwirtschaftskammer habe ich überhaupt nichts gehört. Im "Bauernbündler" stand das geschrieben. Wer liest das? Ich bin wahrscheinlich einer, der das am genauesten liest.

Und zum Schluß, Herr Kollege Hiller, die 60:40-Lösung. Es geht hauptsächlich dabei um die Höhe der versprochenen Summen. Und das ist bis heute noch nicht festgelegt. Und mit so einem Beschluß könnte man die Landesregierung und in weiterer Folge damit die Bundesregierung, wenn Sie aufgefordert wird vom zuständigen Regierungsmitglied, festnageln. Daß man sagt, das, was versprochen worden ist, ist zu halten. Den Beschluß gibt es bis heute nicht. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Das ist ungefähr das Niveau, auf dem Ihr Euch bewegt. Ich hoffe, ich habe einiges klarstellen können. Ich hoffe, ich habe da einiges klargestellt und möchte noch einmal sagen, wir werden dem Budgetentwurf beim Kapitel Landwirtschaft nicht zustimmen. Ich würde mir trotzdem wünschen, ich weiß es von der SPÖ noch nicht, daß man meinem Resolutionsantrag die Zustimmung gibt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich ersuche nunmehr Herrn Abgeordneten Dirnberger, zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, den notwendigen Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 1.518,275.000 und Einnahmen von S 107,879.000 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 7 Wirtschaftsförderung, ordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung):* Mit den Stimmen

der Sozialdemokraten und der Volkspartei, sohin mit Mehrheit angenommen! (*Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ und LIF.*)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionsanträge.

Als erstes lasse ich abstimmen über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Preiszler, Klupper, Dr. Bauer betreffend Ausweisungspflicht für ausländische Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt. Der Inhalt ist dem Hohen Hause bekannt.

(*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Mit Mehrheit angenommen! Die Mandatäre des Liberalen Forums und der Abgeordnete Ing. Wagner haben nicht zugestimmt. (*Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ; Ablehnung LIF und Abg. Ing. Wagner Josef.*)

Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Beteiligungsmodell, Änderung der Umsatzuntergrenze.

(*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Abgelehnt! Positiv votiert haben die Mitglieder der Freiheitlichen Partei, des Liberalen Forums und Herr Abgeordneter Ing. Wagner. (*Zustimmung FPÖ, LIF, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP u. SPÖ.*)

Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend periodischer Wechsel von Wirtschaftsprüfern bei mehrheitlich im Eigentum des Landes Niederösterreich befindlichen Gesellschaften sowie bei Fonds im Bereich des Landes Niederösterreich.

(*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Abgelehnt! Positiv votiert haben die Mandatäre der Freiheitlichen Partei. (*Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF und Abg. Ing. Wagner Josef.*)

Resolutionsantrag der Abgeordneten Keusch, Dkfm. Rambossek und Breiningen betreffend Umsetzung von Tourismuskonzepten.

(*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Einstimmig angenommen!

Resolutionsantrag der Abgeordneten Keusch, Gruber, Kautz, Sacher betreffend Beschaffung von Panoramawagen.

(*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion und Herr Abgeordneter Ing. Wagner haben zugestimmt. Der Antrag ist somit abgelehnt! (*Zustimmung SPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, FPÖ, LIF.*)

Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Geltendmachung von Steuerfreibeträgen durch gastronomische Betriebe bei Abhaltung von sogenannten "Zeltfesten".

(*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Abgelehnt! Die Zustimmung erfolgte nur durch die Mandatäre der Freiheitlichen Partei. (*Zustimmung FPÖ; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF und Abg. Ing. Wagner Josef.*)

Resolutionsantrag des Abgeordneten Marchat betreffend Finanzierung der Zuwendungen an die Landwirtschaft im Verhältnis 60 % Bund - 40 % Länder.

(*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Abgelehnt! Die Zustimmung gaben die Mitglieder der Freiheitlichen Fraktion und Herr Abgeordneter Ing. Wagner. (*Zustimmung FPÖ, Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, SPÖ, LIF.*)

Wir kommen zum nächsten Kapitel des Vorschlages und ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dirnberger, zur Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatte Abg. DIRNBERGER (ÖVP): In die Gruppe 8, Dienstleistungen, fallen die Einnahmen und Ausgaben für Liegenschaften sowie für land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 12,387.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 10,687.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,03 %. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 315,000.000 und Einnahmen von S 332,000.000 vorgesehen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort ist niemand gemeldet. Ich ersuche den Berichterstatte, den Antrag zu stellen bezüglich der Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher und außerordentlicher Teil.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 8, Dienstleistungen, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 12,387.000 und Einnahmen von S 10,687.000 sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 315,000.000 und Einnahmen von S 332,000.000 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Sie haben den Antrag gehört. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über die Gruppe 8, Dienstleistungen, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, in Erfordernis und Bedeckung):* Mit Mehrheit angenommen! Die Zustimmung gaben nicht die Mitglieder des LIF. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung LIF.)*

Wir kommen damit zur Gruppe 9. Ich ersuche den Berichterstatter, zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): In der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, beziehen sich die Ausgaben und Einnahmen auf Kapitalvermögen und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, öffentliche Abgaben, Umlagen, Finanzzuweisungen und Zuschüsse, nicht aufteilbare Schulden sowie Verstärkungsmittel.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 4.459,483.000 ausgewiesen, denen Einnahmen von S 18.465,658.000 gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 10,14 %. Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 16,680.000 und Einnahmen von S 147,212.000 vorgesehen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich eröffne die Debatte. Vorerst liegen zwei Wortmeldungen vor. Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft ist mit Einnahmen von rund 18,6 Milliarden Schilling die Hauptsäule unseres Landesbudgets auch für das Jahr 1995. Sie spiegelt den Fleiß unserer Mitbürger wider, sie gibt Aufschluß über die Steuerlei-

stungen der Bevölkerung in unserem Land. Diese Gruppe macht aber auch deutlich, daß der Hohe Landtag erst durch den Fleiß unserer Mitbürger, durch die Steuerleistungen der Bevölkerung in die Lage versetzt wird, Beschlüsse über die verschiedensten Ausgabenpositionen im Landeshaushalt überhaupt zu fassen. Daher sei heute auch von dieser Stelle auch unseren fleißigen Mitbürgern für ihre Steuerleistungen ein herzliches Dankeschön gesagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, gibt aber auch Gelegenheit, sich mit dem Voranschlag 1995 insgesamt noch einmal auseinanderzusetzen und zusammenzufassen. Einiges wurde in den letzten zwei Tagen und auch heute bereits aufgezeigt. Punktuell muß ganz einfach festgehalten werden:

Erstens: Die Ausgaben wachsen auch 1995 wieder einmal stärker als die Einnahmen. Das Auseinanderklaffen zwischen Einnahmen und Ausgaben setzt sich ungebremst fort, der Gesamtabgang wird im kommenden Jahr eine noch nie dagewesene Marke von beinahe 5,5 Milliarden Schilling erreichen. Der Herr Kollege Schütz hat in seiner Wortmeldung schon aufgezeigt, daß hier sicherlich die Aussagen unseres Herrn Landesfinanzreferenten, daß diese Rekordmarke des Abganges zurückzuführen ist auf die Abschaffung der Landesumlage sowie auf den EU-Beitritt, daß diese Aussagen nicht richtig sind.

Zweitens: Dieses Budget ist am Vorabend der EU kein EU-Förderbudget. Es ist in keinsten Weise geeignet, die erforderlichen zusätzlichen Impulse für den EU-Beitritt zu geben. Dies muß betont werden, da der Herr Finanzreferent die Ausgaben- und Abgangssteigerungen in seinen Presseaussendungen unter anderem mit der Notwendigkeit begründet hat, langfristige Investitionen jetzt in Angriff zu nehmen, um die Chancen des EU-Beitrittes zu nützen. Kritisch betrachtet, Hohes Haus, muß jedoch jedem wirtschaftlich denkenden Menschen bewußt sein, daß fehlende EU-Impulse sofort durchschlagen, daß fehlende EU-Anpassungsförderungen mittelfristig bei der in Niederösterreich vorhandenen Betriebsstruktur eine bestimmte Zusperrate nach sich ziehen werden. Und Zusperrate ist nun einmal gleichzusetzen damit, daß wir mittelfristig eine erhöhte Arbeitslosenquote zu versorgen haben werden.

Drittens: Dieser Voranschlag für 1995 muß auch als phantasieloses Budget bezeichnet werden. In großen Teilen des Voranschlages werden die Zahlen der Vorjahre einfach fortgeschrieben.

(Abg. Keusch: Es ist allerdings erst der Rechnungsabschluß für 1993 bekannt!)

Richtig. Es ist auch eine Fortschreibung dieser Zahlen. Aber ein solcher Budgetkurs ... (Zwischenrufe bei Abg. Keusch und Abg. Gruber.) Ich würde nicht sagen, bitte Herr Kollege Keusch und Herr Kollege Gruber, daß ein Rechnungsabschluß eine Vorgabe ist. (Abg. Präs. Haufek: Eine Orientierungshilfe!)

Das muß aber auch nicht, Herr Präsident, bei aller Wertschätzung, eine Orientierungshilfe sein. Denn es ist allgemein anerkannt, man braucht verschiedene Budgetvergleiche anderer europäischer Länder nur herzunehmen, daß vor allem die Fortschreibung von Zahlen eines vorausgegangenen Budgets immer mehr dazu führt, daß in den zukünftigen Jahren ganz einfach immer mehr verteilt wird, als vorhanden ist. Das wollte ich zum Ausdruck bringen. Und ich glaube, daß das von mir aufgezeigt werden muß, damit dann in Zukunft vielleicht gemeinsam ein anderer Budgetweg gegangen wird, den auch wir mittragen können.

Wenn der Herr Landesrat Mag. Freibauer seinen Budgetkurs oder seinen Budgetweg wieder einmal als neuerlichen Vorgriff, der aber in den nächsten Jahren wieder eingebracht werden muß, in seiner Budgetrede verteidigt hat, dann muß ich schon anmerken, daß mir bei den vielen Vorgriffen fast angst und bange wird, und daß ich an der Realität des Einbringens Zweifel haben muß.

Ich möchte aber auf eine weitere Ankündigung von Herrn Mag. Freibauer eingehen, daß es 1995 keinen Nachtragsvoranschlag mit einer Ausweitung des Defizits geben wird und nach seiner Vorstellung zusätzliche Aufgaben und Ausgaben durch Umschichtungen im Budget zu finanzieren sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich halte diese Aussage für einen ganz gefährlichen Weg. Sie ist nach meinem Erachten gleichzusetzen mit einem Anschlag auf den Grundsatz der Budgethoheit des Landtages. Sie ist gleichzusetzen, vereinfacht gesagt, daß das Budget ausgabenseitig als neun Globalsummen betrachtet werden sollte, mit denen die Mitglieder der Landesregierung ihre Aufgaben und Ausgaben zu finanzieren haben. Mit einem solchen Gedankengang wird ganz eindeutig die Budgethoheit des Landtages eingeschränkt. Daß ein solcher Weg praktisch aber nicht gangbar sein wird, sei vor allem an drei Beispielen aufgezeigt:

- Im Budget 1995 wurde nicht vorgesorgt für die Deckung des Betriebsabganges bei den Landespensionisten- und Pflegeheimen, obwohl um eine entsprechende Bedeckung

durch das zuständige Mitglied der Landesregierung angesucht wurde.

- Im Budget 1995 wurde für die Betriebsabgangsdeckung bei den Krankenanstalten nur unzureichend vorgesorgt.
- Im Budget 1995 wurde kein realistischer Landesbeitrag für die Behebung möglicher Katastrophenschäden vorgesehen. Wir wünschen uns keine Katastrophe, aber wenn es keinen Nachtragsvoranschlag gibt, muß im Grundbudget ganz einfach eine entsprechende Vorsorge getroffen werden.

Das, Hohes Haus, sind nur drei Beispiele, die aber die Hundertmillionen-Schillinggrenze sehr leicht überschreiten können und Beträge über 100 Millionen Schilling werden sicherlich nicht durch Ausgabenumschichtungen aufgebracht werden können. Es sei denn, daß im vorliegenden Grundbudget Beträge in einer derartigen Größenordnung ausgabenseitig als Budgetreserve bereits vorgesehen wurden. Aber derartiges will ich ja doch nicht annehmen, weil eine solche Vorgangsweise den Voranschlag überhaupt zu einer Farce machen würde.

Wenn der Herr Finanzreferent gemeint hat, daß es 1995 keinen Nachtragsvoranschlag geben wird, erweckt das aber auch ein bißchen den Eindruck, daß der Herr Mag. Freibauer der Budgettransparenz eine Absage erteilen möchte und vor allem, daß der Landtag als Kontrollinstanz des Budgetvollzuges möglichst ausgeschaltet werden soll.

Ich bringe daher einen Resolutionsantrag ein und darf die Damen und Herren des Landtages ersuchen, diesem die Zustimmung zu geben (liest):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zur Gruppe 9 des Voranschlages des Landes NÖ für das Jahr 1995, Ltg. 218/V-2, betreffend Bericht und Begründung von Kostenüberschreitungen bei Bauprojekten des Landes.

Die Bauprojekte des Landes NÖ werden in der überwiegenden Mehrzahl gemäß den geltenden Vorschriften vor Durchführung dem Landtag von NÖ zur Genehmigung vorgelegt.

Mit dieser Landtagsvorlage werden u.a.

- die allgemeine Darstellung des Vorhabens sowie

- die Darstellung der Gesamtkosten des Projektes, usw.

beschlossen.

Die Beobachtung der realisierten Projekte hat nun ergeben, daß die endabgerechneten Beträge von den genehmigten Beträgen z.T. erheblich abweichen. Dies kann mehrere Gründe haben (Lohn- und Preiserhöhungen, bauliche Erschwerisse, Umbauten, o.ä.); in jedem Fall hat dies Auswirkungen auf Gesamtkosten, Bauzinsen und Finanzierungskosten und stellt daher eine nicht unerhebliche Belastung des Budgets dar.

Um dem Pendant des Budgetrechtes, nämlich der Kontrollpflicht zu entsprechen, wäre dem NÖ Landtag ehestens nach Abschluß und Abrechnung eines Projektes eine Information

- über die seinerzeit genehmigten Kosten,
- über die vorliegenden Endabrechnungsbeiträge sowie
- über die nunmehr sich ergebende Laufzeit von Finanzierungen bzw. die jährlich den Landeshaushalt belastenden Raten,

zu geben.

Vor allem ist jedoch die Überschreitung der veranschlagten Gesamtkosten ausführlich zu begründen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung für eine ausführliche Begründung von Kostenüberschreitungen bei baulichen Projekten des Landes NÖ zu sorgen, welche laufend dem Landtag von NÖ zur Information vorzulegen sind."

Hohes Haus! Eingehen möchte ich aber noch auf die Ausführungen von Herrn Mag. Freibauer, daß sein Haushaltsvoranschlag ein unvollendeter ist und daß daher im März auch ein EU-Anpassungsbudget vorgelegt wird.

Meine Anfrage wegen der Beteiligung des Landes Niederösterreich an den Beitrittskosten zur Europäischen Union hat Herr Mag. Freibauer am 19. Oktober 1994 unter anderem wie folgt beantwortet, ich zitiere: "Erst nach einem Abschluß dieser Gespräche" - ich darf dazu anmerken, gemeint sind die Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden - "kann über eine Auswirkung auf das Land eine Aussage

getroffen werden. Aus diesem Grund wird das Budget 1995 vorerst ohne die finanziellen Folgen des EU-Beitritts vorgelegt. Nach Vorliegen der Verhandlungsergebnisse zwischen dem Bund und den Ländern werden die Auswirkungen des EU-Beitritts in einem eigenen EU-Anpassungsbudget erfaßt." Dazu muß ich aber schon erwähnen, daß der Herr Bundesminister für Finanzen Dkfm. Lacina am 22. April 1994 eindeutig ausgeführt hat, daß bei der Agrarförderung eine 40prozentige Länderbeteiligung paktiert ist. Wenn er ausgeführt hat, daß das paktiert ist, so müßte das auch für das Land Niederösterreich gelten. Es ist aber auch schon seit längerer Zeit bekannt, daß für alle EU-Ausgaben ein Schlüssel von 60 % Bund und jeweils 20 % Länder bzw. Gemeinden vom stärksten Finanzausgleichspartner Bund angestrebt wird. Demzufolge hätten wir sicherlich Zeichen in unserem Landeshaushalt setzen können, auch im Hinblick auf das neue Europa.

Ich habe ein bißchen den Eindruck in diesem Zusammenhang, daß man weiterhin unserer Bevölkerung das wahre Ausmaß der EU-Beitrittskosten vorenthalten möchte. In diesem Zusammenhang möchte ich noch jemanden zitieren, nämlich unseren Herrn Bundeskanzler. Auf eine dringliche Anfrage der Freiheitlichen im Bundesrat betreffend Unklarheiten hinsichtlich eines allfälligen EU-Beitrittes und zwar vom 1. Juni 1994 meinte Dr. Vranitzky damals: "Ich halte nochmals fest, es wird aus dem Titel EU-Beitritt zu keinerlei Steuererhöhungen kommen. Wir werden unseren Beitrag zur Europäischen Union, der im übrigen auch Österreich bei gemeinsamen EU-Aktivitäten zugute kommt, durch die von allen Wirtschaftsforschern vorhergesagte konjunkturelle Stärkung und Belebung finanzieren. Damit und nur damit wird nämlich eine ausgaben- und einnahmenseitige Budgetverbesserung und Budgetkonsolidierung herbeigeführt." Nach diesen Worten, ich glaube, ich lege sie richtig aus, dürfte es eigentlich zu keiner Ausweitung der Budgetdefizite in den Ländern kommen. Nachdem dem aber nicht so ist, glaube ich, daß der Herr Bundeskanzler diese Aussage wohl nur im Vorfeld der EU-Abstimmung gemacht hat. Da möchte ich schon aufzeigen, daß das angekündigte EU-Anpassungsbudget gleichzusetzen ist mit einer gewaltigen Ausweitung des Defizites.

Mangels der vorhandenen Reserven für das EU-Anpassungsbudget wage ich heute bereits die Behauptung, daß sich die EU-Budgetbelastungen im Jahre 1995 für Niederösterreich sicherlich in einer Größenordnung zwischen 1,5 und 1,8 Milliarden Schilling bewegen werden. Und das müssen wir erst verkraften. Das hier ist ein Weg,

der nur mehr über weitere Kreditaufnahmen finanziert werden kann. Und das ist ein Weg, den wir nicht gehen wollen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich stimme dem zu, was Abgeordneter Dkfm. Rambossek zu Beginn gesagt hat. Wir fühlen uns insgesamt als Treuhänder jener Budgetmittel, die uns von unserer Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Und es ist ausschließlich unsere Aufgabe, diese Mittel verantwortungsbeußt und zielorientiert zu investieren.

Sie haben auch von einer Zusperrate gesprochen und gemeint, daß es Richtung EU und im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft kaum irgendwelche Voraussetzungen und Maßnahmen gibt. Ich erinnere mich nur an eine Konferenz im westlichen Niederösterreich, in der diese EU-Förderungsprojekte vorgestellt worden sind. Und wenn ich mich an diesen Tag zurückerinnere, habe ich dort sicherlich niemanden von der Freiheitlichen Partei gesehen. Es wäre also eher die Mitarbeit erwünscht, als die Kritik. Und das Zusperrern bringt mich auf einen Gedanken: Wir müssen insgesamt mehr Vertrauen in die Kraft unserer Unternehmungen, der Betriebsinhaber selbst und auch der Arbeitnehmer haben und uns auf diese Kraft stützen und auf diese Kraft vertrauen.

Der Voranschlag 1995 ist ein Rahmen, der eine Bewegungsfreiheit bietet, der eine Beweglichkeit anbietet. Jedoch ist hier auch eine Grenze gesetzt. Und das wollte Landesrat Mag. Freibauer damit dokumentieren, daß dieser Rahmen nicht überschritten wird. Vor allem, wenn Sie selbst den

Abgang kritisieren, ist das eine absolute Notwendigkeit. Ich erinnere an einen Ausspruch während der Generaldebatte. Hier ist der Ausdruck gefallen, daß es sich um geschönte Arbeitsplatzziffern handelt. Dieser sehr subjektiven Interpretation stehen natürlich die nüchternen Zahlen und Fakten gegenüber. 1994 war bereits die heimische Konjunktur von einem Aufschwung gekennzeichnet und dieser Aufschwung wird sich auch 1995 nicht nur fortsetzen, sondern festigen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut prognostiziert für 1995 ein Wachstum von drei Prozent. Und dieser Aufschwung-Zyklus wird sich auch im anschließenden Jahr 1996 fortsetzen. Es gibt dafür vor allem aus niederösterreichischer, aber auch aus österreichischer Sicht einige Gründe. Die Investitionstätigkeit ist in Schwung gekommen, die Bautätigkeit behält ihr Wachstum bei. Und da seien vor allem ein paar signifikanten Daten erwähnt. Der Hochbau stieg um 7,2 Prozent. Und der Wohnbau ist einmal mehr der Träger dieser Bautätigkeit, denn der Wohnbau verzeichnet ein Wachstum von mehr als 27 %. Niederösterreich liegt hier im Bundesländervergleich eindeutig im Vordergrund. Eines sei noch erwähnt: Die Landeshauptstadt hat sich hier, auch was die Baukonjunktur betrifft, als eine der Säulen gezeigt. Wir haben seit 1993 eine rege Bautätigkeit. Rund 2.000 Wohnungen wurden errichtet, vorbereitet oder eingereicht, stehen also knapp vor dem Beginn. Und das Verwaltungs-, Regierungs- und Kulturzentrum bewirkt ein tägliches Bauvolumen von eineinhalb Millionen Schilling. Es ist also durch diese tägliche Bewegung, es ist also tatsächlich eine positive Entwicklung auch durch diese Landeshauptstadt initiiert worden. Weil nämlich viele öffentliche Einrichtungen und Wohnbaugenossenschaften sich daran orientieren und für die Zukunft bedeutsame Maßnahmen, für die Gegenwart jedoch wirtschaftliche Impulse setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Kulturbezirk darf ich nur eines sagen. Er wird immer wieder kritisiert. Es gehört ganz einfach auch zu einer demokratischen Gepflogenheit, auch wenn man einer Idee nicht zustimmt, hat man Entscheidungen, die mit Mehrheit gefaßt worden sind, zur Kenntnis zu nehmen. Da nützt es nichts mehr, dann dagegen zu sein, das demokratische Faktum steht dann eben der eigenen Idee entgegen. Und so sollte man auch diesen Kulturbezirk sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Voranschlag 1995 steht unter dem Motto "Partnerschaft ist unser Weg". Es gibt dafür meh-

rere Beweggründe, dieses Motto voranzustellen. Ich möchte vor allem nur ganz kurz zwei dieser Schwerpunkte nennen. Auch deshalb, weil mir scheint, daß manches zur Selbstverständlichkeit geworden ist und draußen wenig bekannt ist.

Ich erwähne hier den NÖ Wasserwirtschaftsfonds. Dieser Wasserwirtschaftsfonds hat bereits von 1993 bis 1994, allerdings unter dem Hinweis, daß 1993 bereits der Rechnungsabschluß zugrunde liegt, eine Steigerung von 27,6 % erfahren. Und noch einmal wurde der Ansatz von 1994 auf 1995 um dreieinhalb Prozent angehoben. Das ist eine Partnerschaft mit den Gemeinden, ist aber auch eine Partnerschaft mit unseren Landsleuten. Es wird ein Bauvolumen von 2,7 Milliarden bewegt. 40 Prozent stellt das Land zur Verfügung und trägt dazu bei, daß die Kanalgebühren doch noch in annehmbaren Grenzen gehalten werden können.

Markant ist auch das NÖ Familienbudget, das eine Anhebung von 35 % erfahren hat. Das Land Niederösterreich ist also auch hier Partner. Nicht nur mit den Gemeinden, sondern auch mit den Familien. Niederösterreich setzt seine engagierte Familienpolitik fort, mit dem alten, bewährten Grundsatz, daß eine gesunde Familie ein tragfähiges Fundament für einen gesunden Staat ist. Und auch aus einem gewissen Eigen- und Selbstnutz heraus. Denn die Kinder sind die künftigen Arbeitnehmer, sind im Arbeitsprozeß beschäftigt und sichern damit auch die Pensionen für die nächste Generation ab.

Zusammenfassend sei festgestellt: Der Voranschlag 1995 ist eine tragfähige Basis, die die verantwortungsvolle und impulsgebende Finanzpolitik erfolgreich fortsetzen läßt. Es ist der Beschluß dieses Voranschlages 1995 zu erwarten. Dieser bedeutet auch für den Landtag eine Bindung und verlangt den Entscheidungsträgern eine gewisse Verlässlichkeit ab. Die Positionen Niederösterreichs sind hervorragend. Die Beschäftigung stieg in Niederösterreich am stärksten innerhalb aller Bundesländer. Abgeordneter Dr. Strasser hat ja die Zahlen als Fakten bereits erwähnt. Die Arbeitslosenstatistik bestätigt, daß auch Niederösterreich in diesem Bereich eine überdurchschnittliche Position erreicht hat. Wir sollten eher stolz darauf sein, diese Erfolge, die durch die Zusammenarbeit über weite Strecken erreicht worden sind, nicht selbst herabwürdigen und unsere Erfolge nicht unter den Scheffel stellen. Dieser bisherige erfolgreiche Weg wird mit der Partnerschaft mit unseren Gemeinden und mit den Landsleuten konsequent fortgesetzt. Daher ist der Voranschlag 1995 insgesamt als festes

Fundament zu sehen, das wir gerne mittragen, mitverantworten und wir sind auch bereit, seine Vorgaben konsequent umzusetzen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf abschließend auch noch zu dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Dkfm. Rambossek Stellung nehmen und ihn auf den Voranschlag des Landes Niederösterreich für 1995, Bericht, Antrag und Erläuterungen hinweisen. Und zwar finden Sie auf Seite 5 unter III, Durchführung und Überwachung des Voranschlages als Unterpunkt unter 8 "mehrjährige Projekte" und ich zitiere: "Die Finanzierung von Bauzeitplänen jener Vorhaben, die sich über mehrere Jahre erstrecken, werden zur Kenntnis genommen. Um den Baufortschritt nicht zu verzögern, wird die Landesregierung ermächtigt, bis zur Höhe der Gesamtkosten, einschließlich während der Bauzeit eingetretener indexmäßiger Erhöhungen Aufträge in Übereinstimmung mit dem Finanzierungs- und Bauzeitplan zu vergeben." Das ist ein eindeutiger Auftrag, ist auch eine Bindung für die Entscheidungsträger in der Regierung und jene Bauvorhaben, die nicht dem unterstellt werden können und valorisiert werden, sind ohnedies dem Landtag vorzulegen, sodaß durch diese zwei Fakten diesem Resolutionsantrag Rechnung getragen wird. Wir werden daher diesem Resolutionsantrag nicht die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Bitte, Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Meine sehr geehrten Damen! Hohes Haus!

Ich möchte schon Stellung nehmen zur Aussage des Herrn Abgeordneten Treitler. Ich weiß sehr wohl, daß dieser Punkt im Haushaltsvoranschlag enthalten ist. Wenn Sie ihn aber genau analysieren und genau lesen und wenn Sie meinen Resolutionsantrag lesen, so ist das ein bißchen etwas anderes.

Daß die indexmäßigen Erhöhungen bei einem Beschluß für Sonderfinanzierungen automatisch genehmigt werden, das ist mir vollkommen bewußt. Und daß bei indexmäßigen Kostensteigerungen auch kein weiterer Bericht an den Landtag erfolgen soll, ist mir auch vollkommen bewußt. Doch wenn es einmal über die indexmäßige Erhöhung hinausgeht, dann, bin ich der Meinung, sollte über die Differenzsumme auf Grund von Abänderungen dem Landtag berichtet werden. Damit der Landtag bitte auch weiß, welche zukünftigen Budgetbelastungen

vorhanden sind. Und wenn Sie mir den Punkt im Haushaltsvoranschlag zeigen, wodurch das sichergestellt ist, dann kann ich Sie vielleicht verstehen. Sonst kann ich Sie nicht verstehen, wenn Sie diese Kontrolle des Landtages nicht wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor, der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dirnberger, nunmehr zur Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil, den notwendigen Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 4.459,483.000 und Einnahmen von S 18.465,658.000 sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 16,680.000 und Einnahmen von S 147,212.000 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für den Antrag. Wir kommen zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung): Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll vermerken wir, nicht zugestimmt haben die Mandatare der Freiheitlichen Partei und des Liberalen Forums. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek betreffend Bericht und Begründung von Kostenüberschreitungen bei Bauprojekten des Landes. Der Inhalt dieses Antrages ist Ihnen, Hohes Haus, bekannt.

(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Abgelehnt! Zugestimmt haben die Mandatare der FPÖ und des Liberalen Forums. *(Zustimmung FPÖ, LIF; Ablehnung ÖVP und SPÖ.)*

Ich ersuche nunmehr den Berichterstatter, zum Dienstpostenplan 1995 zu berichten.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich berichte zum Dienstpostenplan.

Gemäß § 6 Abs. 1 der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 hat die Landesregierung alljährlich einen Dienstpostenplan zu verfassen und dem Landtag gemeinsam mit dem Voranschlag vorzulegen.

Gegenüber den vom Hohen Landtag für 1994 systemisierten 17.601 Dienstposten und den mit den Beschlüssen der Landesregierung vom 12. April 1994 zusätzlich systemisierten 4 Dienstposten werden für 1995 17.972 Dienstposten beantragt. Dies bedeutet eine Vermehrung um 367 Dienstposten, das sind rund 2,08 %.

Gemäß § 2 Abs. 1 des NÖ Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes, LGBl. 2600-5, obliegt der Landesregierung die Festsetzung des Dienstpostenplanes für Landeslehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen auf Vorschlag des Kollegiums des Landesschulrates. Gegenüber dem Dienstpostenplan für das Schuljahr 1993/94 (Stichtag 1. 10. 1993) ergeben sich folgende Veränderungen:

Aufgrund von leicht gestiegenen Schülerzahlen bei den Volksschulen ergibt sich eine Erhöhung der Planstellen um drei. Bei den Sonderschulen wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst infolge der Einführung der Integration für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf im September 1993 die Schlüsselzahl für die Berechnung der Planstellen von 4,25 auf 3,95 geändert. Die Planstellen für Sonderschulen erhöhen sich dadurch um 52. Durch eine Steigerung der Schülerzahl an Hauptschulen kommt es auch zu einer Vermehrung der Klassenzahl sowie der Planstellen um 52. Bei den Polytechnischen Lehrgängen ist durch die Verminderung der Schüler- und Klassenzahlen eine um 22 geringere Planstellenzahl festzustellen.

Ebenso obliegt der Landesregierung die Erstellung des Dienstpostenplanes für Landeslehrer an berufsbildenden Pflichtschulen auf Vorschlag des Gewerblichen Berufsschulrates. Gegenüber dem Dienstpostenplan für das Schuljahr 1993/94 enthält der Antrag für das Schuljahr 1994/95 einen Mehrbedarf von 97,8 Dienstposten. Der Bedarf an Dienstposten wird mit 919 festgesetzt. Die sich im Detail ergebenden Veränderungen sind aus den Motivenberichten zum Dienstpostenplan zu entnehmen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine Wortmeldung liegt nicht vor, ich darf daher den

Berichterstatter bitten, den notwendigen Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich stelle den Antrag, den Dienstpostenplan für das Jahr 1995 zu genehmigen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen damit zur Abstimmung.

(Nach Abstimmung über den Dienstpostenplan 1995 sowie über die im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze): Mit Mehrheit angenommen! Nicht zugestimmt haben die Mandatare der FPÖ und des LIF. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ und LIF.)*

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Punkt I bis Punkt VIII unter einem abstimmen. Der Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses liegt den Mitgliedern des Hauses in vollem Wortlaut vor. Ich glaube daher, dem Herrn Berichterstatter die Verlesung des Antrages ersparen zu können. Gibt es einen Einwand? Das ist nicht der Fall. Damit ersuche ich den Berichterstatter, seinen Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. DIRNBERGER (ÖVP): Ich beantrage, die Punkte I bis VIII des Antrages des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses anzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: *(Nach Abstimmung über diesen Antrag):* Mit Mehrheit angenommen! Nicht mitgestimmt haben die Mandatare der FPÖ und des LIF. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ und LIF.)*

Nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des Konjunkturausgleichsteiles und des Dienstpostenplanes 1995 sowie nach Genehmigung der im allgemeinen Teil des Dienstpostenplanes festgelegten Grundsätze gelangen wir nunmehr zur Abstimmung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und des Antrages des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag, Punkt I bis Punkt VIII.

(Nach Abstimmung über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1995 als Ganzes sowie den Antrag, Punkt I bis Punkt VIII): Mit Mehrheit angenommen! Ich darf

für das Protokoll vermerken, die Zustimmung verweigerten die Mandatare der FPÖ und des LIF. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Ich darf damit, Hohes Haus, der Geschäftsordnung entsprechend feststellen, der Voranschlag 1995 ist somit verabschiedet. Es liegt eine Wortmeldung vor. Ich darf den Herrn Landesfinanzreferenten bitten, das Wort zu nehmen.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Worte sind nun genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen! Sie kennen das Zitat aus Goethes Faust und das trifft genau den Kern dessen, was ich als Finanzreferent am Ende dieser dreitägigen Debatte noch zu sagen habe.

Der Landeshaushalt 1995 wurde beraten und beschlossen, aber noch ist er Papier. Wir alle, die Landesregierung, der Landtag, die Landesverwaltung und die Verantwortungsträger in den Bezirken und Gemeinden haben nunmehr die Aufgabe, das Zahlenwerk in die Wirklichkeit umzusetzen und das Motto "Partnerschaft ist unser Weg" mit Leben zu erfüllen.

Es war, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, die 16. Budgetdebatte, die ich im Hohen Haus miterleben konnte. Aber auch beim 16. Mal ist man offenbar vor Überraschungen nicht gefeit. Denn daß sich eine Fraktion praktisch aus der Diskussion verabschiedet, das ist bisher in diesen 16 Debatten noch nicht vorgekommen. Das war eine Premiere. Ich bin durchaus der Meinung, daß man über eine weitere Straffung der Haushaltsdebatte, die früher einmal sogar vier Tage gedauert hat, diskutieren kann und diskutieren soll. Aber in einem zwanzigminütigen Beitrag in der Generaldebatte den Haushaltsentwurf pauschal abzuqualifizieren ... *(Abg. Uhl: Das ist nicht Sache eines Regierungsmitgliedes, hier zu sagen, welcher Abgeordneter gut oder schlecht gehandelt hat!)*

Herr Abgeordneter! Ich darf hier genauso meine freie Meinung sagen, wie jeder andere. *(Abg. Uhl - mehrmals wiederholend: Nein! Nein, das nicht! - In der Folge heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Das ist keine Zumutung, sondern ich sage meine persönliche Meinung und ich lasse mir das Wort nicht verbieten! Das ist schon so. Ohne Kritik, ohne zu präzisieren, ohne Alternativen, ohne Vorschläge einzubringen, das entspricht nicht meinem Verständnis, das ist nicht mein Verständnis von parlamentarischer Demokratie.

Und eine Belebung und Aufwertung der Gesetzgebung und des Landtages, wie sich manche vielleicht vom Einzug einer vierten Partei in das Hohe Haus sich das erwartet haben, ist mit diesem Diskussionsboykott sicher nicht verbunden. Weiters möchte ich mich dazu gar nicht äußern. *(Abg. Ing. Dautzenberg: Das hätten Sie uns vorher sagen sollen! Doch Sie sind nicht ein einziges Mal gekommen! Nicht ein einziges Mal! Das ist Demokratie! - Beifall bei FPÖ und LIF.)*

Es ist mir vielmehr ein Anliegen, dem Landtag in seiner Gesamtheit ein aufrichtiges Dankeschön zu sagen. Ich danke zunächst selbstverständlich für die positive Beschlußfassung. Ich danke weiters für die ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung um den Landeshaushalt 1995. Und wenn manche vielleicht der Meinung sind, daß die Diskussion zu sachlich war, dann möchte ich dazu feststellen, so wie ein Argument nicht durch die Lautstärke an Gewicht gewinnt, so ist eine parlamentarische Debatte, ganz besonders, wenn es um die entscheidenden Weichenstellungen für das kommende Jahr geht, also um das Regierungsprogramm für 1995, nicht an ihrem Unterhaltungswert zu messen.

Ein aufrichtiges Dankeschön sage ich auch für die vielen positiven Anregungen, die Sie in Ihren Debattenbeiträgen eingebracht haben, sowie für jede einzelne konstruktiv-kritische Bemerkung. Es ist nicht so, daß ich nur ein Ja zum Budget haben will. Auch das Nein ist gerechtfertigt, nur soll es ein begründetes Nein sein. *(Beifall bei der ÖVP. - Heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Mein Dank gilt selbstverständlich den Damen und Herren Regierungskollegen, an der Spitze unserem Landeshauptmann Dr. Pröll, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung, die zum reibungslosen Ablauf der Budgetverhandlungen beigetragen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Mit dem Dank verbinde ich meinen nochmaligen Appell, alles dazu beizutragen, daß das Landesbudget 1995, so, wie heute beschlossen, auch hält. Daß es zu keinem Nachtragsbudget mit einer weiteren Ausweitung des Defizits kommt. Der erste Schritt jeder Budgetkonsolidierung heißt nämlich, Einhaltung des beschlossenen Budgets.

Wir dürfen uns künftige Handlungs- und Gestaltungsräume in der NÖ Landespolitik nicht ver-

bauen. Das, glaube ich, ist ein gemeinsames Anliegen aller Fraktionen in diesem Haus. Der im Zuge der Generaldebatte zum Beschluß erhobene Resolutionsantrag, wonach künftig bei Initiativ- und Resolutionsanträgen immer auch Vorschläge für die finanzielle Bedeckung einzubringen sind, war sicher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. *(Abg. Dr. Bauer: Der hat keine Bedeutung, muß ich offen sagen, der verstößt gegen die Geschäftsordnung. - Unruhe bei der SPÖ.)*

Das kommt darauf an, was die Abgeordneten ihren Beschlüssen selbst für Bedeutung geben. Meine Herren, regen Sie sich nicht auf, ich habe den Beschluß nicht gefaßt. Ich bedanke mich nur für diesen Beschluß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wenn wir auch in Zukunft in den entscheidenden Fragen das Trennende überwinden und das Gemeinsame suchen, wenn wir den Weg der Partnerschaft mit den Gemeinden, mit der Wirtschaft, mit den Familien, mit den sozial Schwächeren gehen, dann ist dieses Budget sicher eine gute Basis dafür, daß wir auch starke und verlässliche Partner in einem größeren Europa sein werden, in einem Europa der Regionen zum Vorteil unseres Landes Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Gestatten Sie mir eine kurze abschließende Bemerkung.

Der Voranschlag wurde heute von diesem Hohen Haus beschlossen. Wir wissen alle insgesamt, daß das Budget 1995 sicher die wichtigste Entscheidung des Landtages im Arbeitsjahr war. Und daß mit diesem Budget die guten Voraussetzungen für das Jahr 1995 getroffen wurden, die hoffentlich weiter eine gute Entwicklung ermöglichen. Das wünschen wir uns alle insgesamt, ganz gleich, wie unser Abstimmungsverhalten heute und hier gewesen ist. Ich darf daher ebenfalls als Präsident des Landtages ein Wort des Dankes sagen. Ich danke heute speziell dem zweiten und dritten Präsidenten, die mich bei der Vorsitzführung während dieser drei Tage unterstützt haben. Und ich darf heute einen besonderen Dank zum Ausdruck bringen dem langjährigen zweiten Präsidenten Alfred Haufek, der in dieser heutigen Sitzung das letzte Mal aktiv an einer Landtags-sitzung teilnimmt. Herr Präsident, Respekt, Dank und Anerkennung! *(Anhaltender Beifall im Hohen Hause.)*

Wir werden, Hohes Haus, anläßlich der Neuwahl des zweiten Landtagspräsidenten am

15. Dezember 1994 noch Gelegenheit haben, die Leistungen des Herrn Präsidenten Haufek für das Land Niederösterreich und für den NÖ Landtag hier in diesem Hohen Haus zu würdigen.

Ich bedanke mich heute bei dem Berichterstatter, bei allen Diskussionsrednern für das engagierte, zum Teil sehr emotionell, aber sicher immer sachbezogene Wort, das hier deutlich zum Ausdruck kam. Mein Dank gilt dem Finanzreferenten, der gesamten Landesregierung, allen Beamten und Mitarbeitern der Finanzabteilung und aller zuständigen Abteilungen des Landes, der Druckerei, Buchbinderei, auch den Damen und Herren der Presse, hier speziell der hauseigenen Presseabteilung. Ich bedanke mich - und das sei mir gestattet - auch bei meinen Mitarbeitern in der Landtagsdirektion, die durch ihren Einsatz mitgeholfen haben, daß die Sitzungen der letzten drei

Tage problemlos ablaufen konnten. Ein Danke auch in dieser Stunde dem Landesstudio Niederösterreich, weil man, glaube ich, festhalten kann, daß der Rundfunk sich sehr bemüht hat, von dieser Landtagssitzung entsprechend zu berichten.

Die Diskussion dieser Tage hat trotz verschiedener politischer Standpunkte deutlich gezeigt, daß das Gemeinsame in diesem Land im Vordergrund steht. Ich hoffe, Hohes Haus, es möge auch in Zukunft so bleiben.

Hohes Haus! Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen, was ich eingangs gesagt habe, daß hier nach dieser heutigen Landtagssitzung die Ausschlußberatungen stattfinden. Ich bitte, daß deren Obmänner dann die notwendigen Veranlassungen treffen mögen. Danke. Die Sitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 14.40 Uhr.)*